

95. Sitzung

Montag, den 27.10.2008

Erfurt, Plenarsaal

**Auswirkungen der Finanz-
marktkrise auf Thüringen,
seine Bürger, die Wirtschaft
und die öffentlichen Haus-
halte sowie Maßnahmen zur
Bekämpfung der Krise**

9524

Antrag der Fraktion DIE LINKE

- Drucksache 4/4531 -

dazu: Alternativantrag der Frak-
tion der SPD

„Zügige und kraftvolle Maß-
nahmen zur Bekämpfung
der Finanzmarktkrise und
deren Folgen“

- Drucksache 4/4554 -

dazu: Alternativantrag der Frak-
tion der CDU

„Auswirkungen der Finanz-
marktkrise auf Thüringen,
seine Bürger, die Wirt-
schaft und die öffentlichen
Haushalte sowie Maßnah-
men zur Bekämpfung der
Krise“

- Drucksache 4/4555 -

*Ministerpräsident Althaus und Ministerin Diezel erstatten gemein-
same Sofortberichte zu der Nummer I des Antrags der Fraktion
DIE LINKE - Drucksache 4/4531 - und zu Nummer 1 des Alter-
nativantrags der Fraktion der SPD - Drucksache 4/4554 -.*

Die Erfüllung des Berichtersuchens wird festgestellt.

*Die Nummern II bis V des Antrags der Fraktion DIE LINKE
- Drucksache 4/4531 - werden abgelehnt.*

*Die Nummern 2, 3, 4 und 6 insgesamt sowie die Nummer 5
des Alternativantrags der Fraktion der SPD - Drucksache
4/4554 - werden jeweils abgelehnt.*

*Die Nummern 1 bis 5 des Alternativantrags der CDU - Druck-
sache 4/4555 - werden in Einzelabstimmung jeweils ange-
nommen.*

Anwesenheit der Abgeordneten:**Fraktion der CDU:**

Althaus, Bergemann, Bornkessel, Carius, Diezel, Emde, Fiedler, Prof. Dr. Goebel, Grob, Groß, Grüner, Gumprecht, Günther, Heym, Holbe, Jaschke, Köckert, Kölbel, Dr. Krapp, Dr. Krause, Kretschmer, von der Krone, Lehmann, Lieberknecht, Meißner, Mohring, Panse, Primas, Reinholz, Prof. Dr.-Ing. habil. Schipanski, Schröter, Schugens, Schwäblein, Seela, Dr. Sklenar, Stauche, Tasch, Wackernagel, Walsmann, Wehner, Weißbrodt, Wetzel, Worm, Dr. Zeh

Fraktion DIE LINKE:

Bärwolff, Berninger, Blechschmidt, Buse, Döllstedt, Dr. Fuchs, Gerstenberger, Dr. Hahnemann, Hauboldt, Hausold, Hennig, Huster, Jung, Kalich, Dr. Kaschuba, Dr. Klaubert, Kummer, Kuschel, Lemke, Leukefeld, Nothnagel, Dr. Scheringer-Wright, Sedlacik, Skibbe, Sojka, Wolf

Fraktion der SPD:

Baumann, Becker, Doht, Döring, Eckardt, Ehrlich-Strathausen, Höhn, Künast, Matschie, Pelke, Dr. Pidde, Pilger, Dr. Schubert, Taubert

Anwesenheit der Mitglieder der Landesregierung:

Ministerpräsident Althaus, die Minister Diezel, Lieberknecht, Müller, Reinholz, Scherer, Dr. Sklenar, Walsmann, Dr. Zeh

Rednerliste:

Präsidentin Prof. Dr.-Ing. habil. Schipanski	9524, 9527, 9531, 9536, 9537, 9541, 9543
Vizepräsidentin Dr. Klaubert	9546, 9555, 9556, 9557, 9560, 9561
Blechschmidt (DIE LINKE)	9561
Günther (CDU)	9541
Hausold (DIE LINKE)	9537
Höhn (SPD)	9561
Huster (DIE LINKE)	9543, 9556
Matschie (SPD)	9532, 9536
Mohring (CDU)	9547
Dr. Pidde (SPD)	9555
Althaus, Ministerpräsident	9524
Diezel, Finanzministerin	9527
Reinholz, Minister für Wirtschaft, Technologie und Arbeit	9557

Die Sitzung wird um 10.02 Uhr von der Präsidentin des Landtags eröffnet.

Präsidentin Prof. Dr.-Ing. habil. Schipanski:

Meine Damen und Herren Abgeordneten, ich heiße Sie herzlich willkommen zu unserer heutigen Sondersitzung des Thüringer Landtags, die ich hiermit eröffne. Ich begrüße unsere Gäste auf der Zuschauertribüne und die Vertreterinnen und Vertreter der Medien ebenfalls recht herzlich.

Die heutige Sitzung wurde gemäß Artikel 57 Abs. 2 Satz 2 der Verfassung des Freistaats Thüringen in Verbindung mit § 19 Abs. 3 der Geschäftsordnung des Thüringer Landtags auf Antrag der Fraktion DIE LINKE einberufen. Die entsprechende Unterrichtung liegt Ihnen in Drucksache 4/4532 vor.

Als Schriftführer hat neben mir Platz genommen Abgeordnete Wolf. Die Rednerliste führt Abgeordnete Wackernagel.

Für die heutige Sitzung haben sich Herr Minister Wucherpfennig, Frau Abgeordnete Enders, Herr Abgeordneter Kubitzki und Herr Abgeordneter Gentzel entschuldigt.

Wird der Ihnen vorliegenden Tagesordnung widersprochen? Das ist nicht der Fall, dann ist die Tagesordnung festgestellt und ich rufe unseren einzigen **Tagesordnungspunkt** heute auf

Auswirkungen der Finanzmarktkrise auf Thüringen, seine Bürger, die Wirtschaft und die öffentlichen Haushalte sowie Maßnahmen zur Bekämpfung der Krise

Antrag der Fraktion DIE LINKE

- Drucksache 4/4531 -

dazu: Alternativantrag der Fraktion der SPD

„Zügige und kraftvolle Maßnahmen zur Bekämpfung der Finanzmarktkrise und deren Folgen“

- Drucksache 4/4554 -

dazu: Alternativantrag der Fraktion der CDU

„Auswirkungen der Finanzmarktkrise auf Thüringen, seine Bürger, die Wirtschaft und die öffentlichen Haushalte sowie Maßnahmen zur Bekämpfung der Krise“

- Drucksache 4/4555 -

Wünscht die Fraktion DIE LINKE das Wort zur Begründung zu ihrem Antrag? Das ist nicht der Fall. Wünschen die Fraktionen der SPD und der CDU das Wort zur Begründung zu ihren Alternativanträgen? Das ist auch nicht der Fall.

Dann möchte ich Ihnen mitteilen, dass die Landesregierung angekündigt hat, zu den Berichtersuchen einen Sofortbericht zu geben. Ich erteile deshalb das Wort zuerst Herrn Ministerpräsidenten Althaus und daran anschließend Frau Ministerin Diezel. Bitte, Herr Ministerpräsident Althaus.

Althaus, Ministerpräsident:

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren, der Thüringer Landtag befasst sich heute in dem Plenum mit der Finanzmarktkrise, die uns seit einigen Wochen international, national, aber natürlich auch hier in Thüringen bewegt. Was auf den Finanzplätzen der Welt an den Börsen und Banken im Gang ist und auf die Realwirtschaft überschwappt, stellt uns alle vor eine besondere Bewährungsprobe. Es handelt sich, das kann man so formulieren, um eine außergewöhnliche Krise und die Politik hat zügig gehandelt. Ich will die Entwicklung der Krise jetzt nicht in allen Einzelheiten nachzeichnen, wichtig scheint mir, dass wir alles Erdenkliche und Mögliche tun, damit unser Finanzsystem und damit unser Wirtschaftssystem nicht zusammenbricht. Wenn wir jetzt die Hände in den Schoß legen und nichts tun, sind die Folgen im Besonderen für Arbeitnehmer, aber auch für Unternehmen und im Besonderen auch für die Sparer verheerend. Demagogie, Lamento und reflexartige Schuldzuweisungen helfen hier nicht weiter. Wir müssen Schaden von der deutschen Volkswirtschaft abwenden im Interesse aller Bürger. Jetzt geht es darum, durch staatliche Garantien, durch gemeinsames staatliches Handeln das Vertrauen zu erhalten oder, wo es verloren gegangen ist, zurückzugewinnen, Vertrauen der Bürger, Vertrauen der Unternehmer in das deutsche Bankensystem.

Ich meine, die Bundesregierung unter Führung der Bundeskanzlerin hat ein überzeugendes Krisenmanagement geleistet; das schafft Vertrauen in Deutschland. Die Deutschen lassen ihr Geld auf den Konten, sie verfallen trotz der Krise nicht in Hysterie und Angst und das ist der Arbeit des Bundeskabinetts, vor allem dem souveränen Auftreten, der großen Ernsthaftigkeit und Ehrlichkeit des Duos Merkel/Steinbrück zu verdanken.

Ich möchte an dieser Stelle betonen, auch der Föderalismus hat sich in dieser Notsituation bewährt. Bund und Länder haben gemeinsam bewiesen, dass unsere föderale Ordnung auch außergewöhnlichen

Herausforderungen gewachsen ist. Wir haben schnell und solide gehandelt.

(Beifall CDU)

Ich will auf einiges kurz eingehen und Frau Kollegin Diezel wird dann im Detail vertiefen. Am 17. Oktober haben der Deutsche Bundestag mit deutlicher Mehrheit und der Bundesrat einstimmig das Finanzmarktstabilisierungsgesetz beschlossen; ein beispielloses Rettungspaket, um den deutschen Finanzmarkt zu sichern. Das Vorgehen ist, wie Sie alle wissen, auch eng mit den Mitgliedsländern der Europäischen Union und den G 7-Staaten abgestimmt. Das Gesetz hat vor allem zwei Ziele:

Erstens soll damit das Vertrauen in das Finanzsystem wiederhergestellt werden und zweitens soll damit der sogenannte Interbankenmarkt wieder aktiviert werden. Dabei sollen die Maßnahmen, wenn überhaupt, die deutsche Volkswirtschaft und die Steuerzahler nur minimal belasten. Das Paket bietet Sicherungsmöglichkeiten, mobilisiert aber auch Eigenverantwortlichkeit. Die geplanten Maßnahmen sehen vor, dass die Finanzinstitute ihr Eigenkapital stärken und Liquiditätsengpässe durch staatlich abgesicherte Garantien beheben können. Das Angebot ist nach Gesetz befristet bis zum 31. Dezember 2009.

Der sogenannte Finanzmarktstabilisierungsfonds hat drei Komponenten: Die Rekapitalisierung, die Garantieermächtigung und die Risikoübernahme. Mit Bürgschaften und Kapitalhilfen im Umfang von bis zu 480 Mrd. €, im Extrem bis 500 Mrd. €, will die Bundesregierung die Finanzmarktbranche unterstützen. Eine der wichtigsten Maßnahmen ist die Garantieposition von 400 Mrd. € für Geschäfte von Bank zu Bank. Der Staat springt erst ein, wenn ein Kredit platzt. Der Bund veranschlagt dafür 20 Mrd. €. Außerdem soll ein Sonderfonds bis Ende des nächsten Jahres Banken Eigenkapital von bis zu 80 Mrd. € bereitstellen. Institute, die den Fonds in Anspruch nehmen wollen, müssen dafür aber Gegenleistungen erbringen. Dazu ist der § 10 besonders wichtig, denn - das ist auch eine wichtige politische Aussage - der Staat stellt Anforderungen, zum Beispiel zur Verwendung der Mittel oder wie die Gremien und die Verantwortlichen in einer Bank in einer solchen Situation vergütet werden. Er stellt auch Anforderungen an mögliche Ausschüttungen. Das ist wichtig, damit die berechtigte Sorge, die auch in Thüringen überall diskutiert wird, dass die Verantwortung der Manager in den entsprechenden Banken nicht wahrgenommen wird, dass sie aber trotzdem entsprechend hohe Vergütung bekommen, nicht einzeln erfüllt wird, sondern dass es umgekehrt dann Finanzhilfe gibt, wenn auch eine Managerverantwortung wahrgenommen wird und wenn sich auch die Vergütung der Manager an Regeln orientiert, die der Staat vor-

gibt.

(Beifall CDU)

Falls es zu Defiziten aus dem Fonds kommen sollte - ich spreche bewusst im Konjunktiv, weil das heute niemand abschätzen kann -, werden sie im Verhältnis 65 : 35 zwischen Bund und Ländern aufgeteilt. Ich mache ausdrücklich deutlich, dieser Verteilungsschlüssel ist eine Ausnahme, der der gesamstaatlichen Notsituation geschuldet ist. Bund und Länder sind einig geworden, dass wir das auch festlegen. Es gibt ein Schreiben des Vorsitzenden der Ministerpräsidentenkonferenz, der darauf verweist, und es gibt eine entsprechende Reaktion des Bundeskanzleramts. Wir haben eine Deckelung der möglichen maximalen Belastung erreicht, sie liegt bei 7,7 Mrd. €. Das ist immer noch eine große Summe, aber erstens haben wir so Planungssicherheit und zweitens haben wir für die Abwicklung und Auflösung des Fonds auch Mitsprache gesichert. Ich bin sehr froh, dass wir uns als Länder einstimmig entscheiden konnten, Kurt Biedenkopf in den Lenkungsausschuss zu entsenden. Er vertritt Landesinteressen und ist als Volks- und Finanzwirt ausgewiesener Fachmann.

Außerdem haben wir erreicht, dass für Landesbanken oder Zweckgesellschaften, aber auch Finanzinstitute des Bundes die Länder bzw. der Bund entsprechend der jeweiligen Anteile die Verantwortung tragen. Auch das war ein Streitpunkt, der gut aufgelöst worden ist. In diesem Zusammenhang bin ich froh, dass nach aktuellen Erkenntnissen die Hessisch-Thüringische Landesbank im Grundsatz eine solide Finanzsituation aufweist. Ein Beispiel dafür, dass das auch national so gesehen wird, ist, glaube ich, dass der frühere Vorstandsvorsitzende Dr. Günther Merl jetzt dem Bewilligungsausschuss vorsitzt, auch eine Wertschätzung seiner Arbeit, aber auch der Arbeit der Hessisch-Thüringischen Landesbank.

(Beifall CDU)

Ich will an dieser Stelle etwas zur Wahrscheinlichkeit möglicher Verluste sagen, weil die Spanne aller denkbaren Szenarien sicher sehr breit ist. Die Bundesregierung hat sich an den Erfahrungen Schwedens Anfang der 90er-Jahre orientiert. Nachdem alle Risiken überstanden waren und abgerechnet wurde, hat der Staat nicht eine einzige schwedische Krone verloren. Sicher anders als damals beschränkt sich jetzt die Finanzmarktkrise nicht nur auf ein Land, sondern hat eine globale Dimension, aber gleichwohl kann man auch Parallelen ziehen. Nach heutigem Kenntnisstand ist es nicht wahrscheinlich, dass die öffentlichen Haushalte das gesamte Paket im Umfang von 480 Mrd. € finanzieren müssen. Experten gehen - und so ist es auch im Gesetz verankert -

von einer Summe bis 20 Mrd. € aus. Sollte aber der worst-case-Fall eintreten und der Staat für Verluste aus dem Rettungspaket haften, müsste der Freistaat Thüringen rund 184 Mio. € zahlen - eine Belastung, die für Thüringen einen enormen Kraftakt bedeutet, das wissen wir alle, wenn wir unseren Haushalt anschauen. Ich will das auch gar nicht schönreden, aber es ist ein außergewöhnlicher Erfolg, dass wir eine Deckelung der Risiken erreicht haben und sie auf ein Niveau begrenzen konnten, das über Jahre auch tragbar ist.

Neben der möglichen Beteiligung Thüringens am Rettungspaket muss es vor allem darum gehen, weiterhin unsere regionale Wirtschaftsstruktur zu stärken und zu verbessern, denn wettbewerbsfähige Unternehmen sind auch für die Zukunft der wichtigste Garant für Arbeitsplätze. Und gerade in Krisenzeiten wie der jetzigen beweist sich, dass die Thüringer Mittelstandsstruktur eine solide Grundlage bietet.

Aber auch Schönrechnerei hilft nicht. Das Wachstum der deutschen Wirtschaft hat sich deutlich abgeschwächt. Die Finanzmarktkrise befördert diese Entwicklung.

Gleichwohl müssen wir auch aufpassen, dass wir nicht den Teufel an die Wand malen. Die Experten der führenden Wirtschaftsforschungsinstitute, der Bundesregierung, der Bundesbank, des Deutschen Industrie- und Handelskammertages sind sich einig, ich zitiere beispielgebend den Hauptgeschäftsführer der IHK Erfurt: „Populistische Ausgabenerhöhungen und ein Aktionismus in Einzelbranchen werden derzeit als Konjunkturprogramme verkauft, erhöhen aber nur die Staatsverschuldung.“ Nachhaltige Investitionen - so sind wir der Meinung - und gezielte Entlastung sind wichtig. In diese Richtung zielen ja auch die Punkte, die die Bundesregierung derzeit diskutiert. Ich spreche nur einige an - steuerliche Absetzbarkeit der Krankenversicherungsbeiträge schon auf 2009 vorziehen, das entlastet das private, aber auch das unternehmerische Budget;

(Zwischenruf Abg. Becker, SPD:
Das entlastet nicht.)

die Lohnnebenkosten zu senken, Arbeitslosensicherungsbeitrag, der Beschluss ist gefasst; die Kfz-Steuer von der Hubraum- auf die CO₂-Bemessung umzustellen oder auch die CO₂-Gebäudesanierung nochmals deutlich zu erhöhen. Außerdem wird über einen kommunalen Investitionspakt diskutiert, über die Förderung stromsparender Elektrogeräte und Infrastrukturinvestition.

Wir als Thüringer Landesregierung bleiben bei unserer Investitionspolitik, die die großen Ziele Bildung,

Forschung, Entwicklung und Wirtschaft haben. Ich erinnere an das Gesamtpaket von weit über 2,8 Mrd. € in vier Jahren, das genau an diesen Nahtstellen zwischen Wirtschaft, Forschung, Entwicklung und Technologie greift.

(Beifall CDU)

Wir wollen aber auch, dass die vorhandenen Instrumente sich in dieser Situation anpassen:

1., dass man zum einen das sogenannte GuW-Plus-Programm öffnet. Dazu muss man nicht mehr Geld in die Hand nehmen, sondern muss in der heutigen Situation die Konditionen prüfen.

2., dass wir die Finanzierungsmöglichkeiten für Unternehmen durch den gezielten Einsatz der Bürgschaftsprogramme des Freistaats stützen. Auch dazu gibt es die entsprechenden Programmmöglichkeiten.

3. Wir wollen mit dem Bund darüber reden, dass wir die Anwendung der Förderinstrumente der Gemeinschaftsaufgabe Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur ebenfalls durch eine erleichterte Anwendung der Situation entsprechend anpassen. Wir werden auch mit Nachdruck gerade in dieser Situation für die Reform der Erbschaftssteuer eintreten; denn die mittelständische Wirtschaft - gerade die Thüringer - und das Handwerk brauchen eine solche Reform, um ihre Eigentumsstruktur auch in die nächste Generation überführen zu können.

(Beifall CDU)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, lassen Sie mich ein Wort zur Föderalismuskommission II und ihrer Arbeit sagen. Wir wollten ursprünglich vor 14 Tagen in die entscheidenden Verhandlungen eintreten. Das wird nun um etwa einen Monat verschoben durch die Situation, aber die Thüringer Landesregierung rückt von ihrer Position in einer entscheidenden Frage nicht ab. Wir wollen nach wie vor ein grundsätzliches Neuverschuldungsgebot; denn das schließt gerade ein, dass man in Notsituationen wie dieser handeln kann. Ein Haushalt darf nicht in Stein gemeißelt sein und diese Situation, die der Bund jetzt durch seine Vorlage so bewältigt, zeigt, dass in Ausnahmesituationen wie dieser Finanzmarktkrise schnell gehandelt wird. Diese Flexibilität steht nicht im Widerspruch zu einem grundsätzlichen Neuverschuldungsgebot. Wichtig ist, dass eine solide Abfinanzierung mit festgelegt wird, und auch da zeigt die jetzige Regelung mit der Deckelung, dass wir einen solchen Weg gehen können.

(Beifall CDU)

Thüringen hat eine, wie Sie alle wissen und in Ihren Regionen tagtäglich nachvollziehen können, sehr kleinteilige Wirtschaftsstruktur. Unser Mittelstand hat sich sehr solide entwickelt und, Gott sei Dank, ist das Ergebnis am Arbeitsmarkt entsprechend positiv. Wir haben, so meine ich, wie der Bundesfinanzminister formuliert hat, die größten Brände gelöscht oder sind dabei, die größten Brände zu löschen, aber diese Krise hat auch dreierlei deutlich gemacht:

1. Es war richtig und bleibt richtig, an der Drei-Säulen-Struktur unseres Bankensystems in Deutschland festzuhalten: private Banken, Genossenschaftsinstitute und Sparkassen. Das ist eine solide Grundlage in einer internationalen Finanzwirtschaft und es zeigt sich auch im europäischen Kontext, dass es richtig war, gerade für die Sparkassen einzustehen und die Sparkassen zu sichern.

2. Diese Krise zeigt ganz eindeutig, wir müssen europäisch und international handeln. Es geht nicht so sehr um deutsche Finanzmarktregeln, die sind außergewöhnlich gut und haben sich auch in den letzten Jahren und Jahrzehnten immer als handlungsfähig erwiesen.

3. Die soziale Marktwirtschaft hat einen Ordnungsrahmen, der einzuhalten ist. Das heißt, wir brauchen nicht eine Veränderung der sozialen Marktwirtschaft, sondern umgekehrt, wir brauchen eine stärkere Akzeptanz der Regeln der sozialen Marktwirtschaft auf europäischem und vor allen Dingen auf internationalem Gebiet. Deswegen hat die Bundeskanzlerin sehr recht, was sie schon in der Zeit der EU-Ratspräsidentschaft deutlich gemacht hat: Wir brauchen an dieser Stelle internationale Absprachen. Die Dringlichkeit ist jetzt, ich denke, existenziell deutlich geworden. Was wir brauchen, ist aber nicht Staatswirtschaft oder staatlichen Dirigismus, sondern wir brauchen eine Ordnung der Zukunft, die auch international angewandt wird; denn gerade die Finanzwirtschaft der USA zeigt, dass dort eine erhebliche Nachbesserung im Blick auf finanzielle Ordnungsrahmen und wirtschaftliche Ordnungsrahmen gerade auch für die kleinen Sparer und die kleinen Immobilienbesitzer von großer Bedeutung ist, denn der Verlust dieser Immobilien und finanziellen Grundlage vieler in den USA führt zu einer erheblichen Liquiditätsproblematik, führt aber auch im individuellen Fall zu einer erheblichen Belastung für den Einzelnen, das heißt, ein internationales Regelwerk, das Durchsichtigkeit, Redlichkeit und Kontrollierbarkeit gewährleistet, das gleiche Chancen im internationalen Wettbewerb für das deutsche Bankensystem, für die deutsche Wirtschaft und damit auch für die Thüringer Wirtschaft sichert. Ein Regelwerk, das auch, und das will ich deutlich sagen, die Verantwortung des Managements klar definiert und bei Verstößen auch entsprechende Konsequenzen einfordert. Die Bundesregierung hat

das mit „Verkehrsregeln“ überschrieben. Es gibt erste Verhandlungen, die Anfang und Mitte November auch international verstärkt werden. Das Vertrauen der Menschen in die Handlungsfähigkeit des Staates und die Zukunftsfähigkeit der sozialen Marktwirtschaft auch damit in die Überlegenheit der Demokratie fordert uns alle. Denn zur Freiheit gehört auch Sicherheit und auch die Sicherheit für persönlich Erarbeitetes, das solide gespart und angelegt ist, gehört zu dieser Sicherheit. Hierfür steht die klare, unmissverständliche Zusage der Bundesregierung. Und wir sehen in dieser Situation überhaupt nicht, dass ein ideologisches Süppchen gekocht werden kann oder dass - wie das im Antrag auch deutlich wird - die LINKE hier eine neue politische Ordnung einfordert. Ich halte das sogar für verwerflich. Das ist eine Krisensituation, der wir gerade mit unserer Systematik in der Demokratie gewachsen sind, soziale Marktwirtschaft mit klaren Regeln bewältigen können. Das heißt, wir nehmen die Sorgen der Menschen ernst. Wir handeln, um die Krise zu bewältigen. Aber ich bitte auch, dass wir das gemeinsam tun. Es ist die Aufgabe aller Demokraten, der wir uns mit gemeinsamer Kraftanstrengung stellen.

(Beifall CDU)

Präsidentin Prof. Dr.-Ing. habil. Schipanski:

Das Wort hat Frau Ministerin Diezel.

Diezel, Finanzministerin:

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren, der Ministerpräsident hat auf die wesentlichen Neuerungen für den deutschen Finanzmarkt hingewiesen. So soll die Garantie der Bundesregierung für die privaten Spareinlagen das Vertrauen zwischen den Marktteilnehmern wieder herstellen. Wie notwendig diese Garantie war und ist, zeigt eine aktuelle Umfrage des Allenbach-Instituts vom 22.10.2008, in der knapp ein Viertel das große Vertrauen in Banken verloren hat.

Seit einer Woche nun ist das Finanzmarktstabilisierungsgesetz in Kraft getreten, um vor allem das Interbankengeschäft, das heißt den Handel der Banken untereinander, aufrechtzuerhalten und wieder zu beleben. Es war wichtig, dass der Bund und die Länder mit diesen Maßnahmen ein Signal für Stabilität und Verlässlichkeit des Finanzplatzes Deutschland setzen. Diese Stabilisierung musste in gesamtstaatlicher Verantwortung durchgeführt werden. Der Freistaat Thüringen hat deshalb im Bundesrat dem Finanzmarktstabilisierungsgesetz unter Wahrung der Thüringer Belange zugestimmt.

Meine sehr verehrten Damen und Herren Abgeordneten, die Lage an den Finanzmärkten ist sehr ernst.

Aber wie konnte es überhaupt dazu kommen? Seit Anfang 2000 erlebt der Markt für Wohnimmobilien in den Vereinigten Staaten von Amerika einen starken Aufschwung. Maßgeblich begünstigt wurde diese Entwicklung durch expansive Geldpolitik der amerikanischen Notenbank. Dadurch kam es zu einem ungewöhnlich niedrigen Zinsniveau von zwischenzeitlich 1 Prozent. Im großen Umfang konnten auch Bürger mit geringer Bonität ihre Eigenheime finanzieren. Die Immobiliennachfrage führte zu erheblichen Preissteigerungen auf dem Immobilienmarkt. Solange der Wert der Immobilien stieg und die Zinsen stabil niedrig blieben, konnten Immobilienbesitzer auf ihre Grundstücke sogar zusätzliche Konsumkredite aufnehmen. Die schnellen Preisanstiege im Immobiliensektor verleiteten eine Vielzahl von Kreditinstituten, ihre Risiken bei der Kreditvergabe gering zu gewichten. So vergaben sie sogar Kredite an Schuldner mit mangelhafter Bonität, die sogenannten Subprime-Kredite. Das wäre in Deutschland in dieser Weise völlig undenkbar. Kreditvergabestandards sind ein unverzichtbares Erfordernis für ein funktionierendes Finanzsystem.

(Beifall CDU)

Auf diese Standards haben wir in Deutschland nie verzichtet. Vielmehr ist und bleibt in Deutschland die Bonität des Kunden für die Kreditvergabe das Ausschlaggebende. Dies verhindert in Krisenzeiten unüberschaubare Ausfälle. In diesem Zusammenhang tragen auch oftmals die als lästig und überflüssig empfundenen Auskünfte von SCHUFA oder BÜRGEL für einen Schutz in der Kreditvergabe bei.

Meine sehr verehrten Damen und Herren Abgeordneten, darüber hinaus wurde in den Vereinigten Staaten häufig mehr als der Gesamtwert der Immobilie fremdfinanziert. Die Banken erwarteten im Falle von Kreditstörungen, dass bei weiter steigenden Immobilienpreisen eine Tilgung der Darlehen jederzeit durch den Verkauf der Häuser möglich wäre. Verstärkt wurde diese Entwicklung weiterhin dadurch, dass die Hypothekenbanken die Kreditkrisen oftmals nicht in ihren Bilanzen behielten, sondern die risikobehafteten Kredite an Investoren veräußerten. Als sich die Rahmenbedingungen änderten, sah sich die amerikanische Notenbank mit einer steigenden Inflationsgefahr konfrontiert. Sie erhöhte daraufhin die Zinsen und löste eine Kettenreaktion aus. Viele Schuldner konnten ihre Kredite nicht mehr bezahlen. Parallel dazu kämpfte die USA mit dem Nachlassen der Konjunktur; Einkommen stagnierten, Arbeitszahlen verschlechterten sich. Immer mehr Immobilien mussten zwangsversteigert werden. Das Überangebot drückte die Nachfrage. Die Zahl der Ausfälle von Subprime-Krediten stieg deutlich. Die Hypothekenbanken als Finanzierer der Subprime-Kredite gerieten unter Druck. Und dann traf es die In-

vestmentbanken, denen die Hypothekenbanken ihre Darlehen verkauft und damit die Risiken weitergereicht hatten. Die Immobilienbanken hatten diese Darlehensforderungen mit anderen Forderungen unterschiedlicher Bonität gemischt, zusammengefasst und weltweit veräußert. Man spricht auch zynisch von der sogenannten Verpackungsindustrie, gemischt, neu verpackt und gut verkauft.

Gestatten Sie mir deshalb eine Zwischenbemerkung. Die Ratingagenturen, die Wirtschaftsprüfer, aber auch Finanzaufsichten sind in diesem Verfahren nicht ganz schuldlos und waren teilweise blauäugig. Ihre Rolle ist im Rahmen einer Finanzverfassung, einer Finanzordnung neu zu diskutieren. Es ist Vertrauen gerade in diese Ratingagenturen und in Ratings zurückzugewinnen. Das kann nur kommen, wenn wir uns gemeinsame Spielregeln auferlegen. Diese Spielregeln hat ja die Bundeskanzlerin beim letzten G 8-Gipfel gefordert, und die wurden damals vor allem von England nicht mitgespielt.

Wie ging es nun mit den Subprime-Darlehen weiter? Aufgrund der sich verschlechternden Finanzmarktentwicklung konnten die Investmentbanken die von ihnen erworbenen Darlehen am Kapitalmarkt nicht mehr platzieren. Finanzpapiere verloren deutlich an Wert, so dass viele betroffene Banken in erhebliche Schwierigkeiten gerieten. Die geänderten Markteinschätzungen zwangen zu bilanziellen Korrekturen der Anlagen auf den aktuellen Marktwert. Diese gefährdete natürlich die Bonität der Institute. Das entstandene Misstrauen zwischen den Marktteilnehmern beeinträchtigte den Interbankenhandel. Die dadurch entstehenden Liquiditätssengpässe spitzten die Finanzkrise zu.

Meine sehr verehrten Damen und Herren Abgeordneten, der deutsche Finanz- und Kapitalmarkt steht im Vergleich zum amerikanischen und auch zu anderen europäischen Finanzmärkten stabiler da, aber er ist weltweit im Handel. Und auch weil Amerika jährlich ca. 600 Mrd. solcher Finanzpapiere in der Welt veräußert hat, sind der europäische Markt, aber auch der deutsche Markt da mitbetroffen. Bei Lehman Brothers wurde vor Monaten noch von „A +“ geredet, so wurde auch mancher Anleger beraten, das heißt, dass Banken in Deutschland eben verbunden damit auch Papiere dieser Institute verkauft haben.

Die Bundesrepublik profitiert vom Universalbankensystem. Universalbanken bieten, auch wenn mit unterschiedlicher Gewichtung, regelmäßig die gesamte Bandbreite der Banken- und Finanzdienstleistungen an. In den USA bestand hingegen das Trennbankensystem. Ich bin darauf im HuFA näher eingegangen. Das heißt, die meisten Banken waren auf Teilmärkte spezialisiert, wie z.B. die Investmentban-

ken auf Kapitalgeschäfte. Investmentbanken verfügen nicht - wie in Deutschland - über klassische Spar- und Termingeldeinlagen. Zu diesen Banken gehörte eben Lehman Brothers. Im Zuge der Finanzmarktkrise hat dieser Banktyp als eigenständige Form eigentlich aufgehört zu existieren. In den USA gibt es keine klassische Investmentbank mehr, Teile hiervon sind zurzeit in der Umbildung zu Universalbanken oder sind von anderen Banken aufgekauft worden. Als Argument für die Etablierung von Trennbanken in den USA wurde immer aufgeführt, dass eine Universalbank in Interessenkonflikte geraten würde, wenn sie einerseits Kunden z.B. bei Aktiengesellschaften beim Börsengang begleitet und andererseits die gleichen Kunden bei der Kreditvergabe berät und ihre Bonität prüft. Die Finanzmarktkrise hat jedoch bestätigt, dass eine Spezialisierung auf dem Kapitalmarkt in der Krise tendenziell zu höheren Ausfallrisiken führt und dass die betreffenden Banken, denen Einlagen fehlen, die schwierigste Situation meistern müssen.

Als weiterer Vorteil des deutschen Finanzmarkts erweist sich die Dreigliedrigkeit des Bankensystems, oft kritisch diskutiert bei der EU. Dieses System aus Privatbanken, Genossenschaftsbanken und Sparkassen hat in der Vergangenheit stabil den Finanzmarkt Deutschlands gestaltet, wurde aber vom Ausland kritisch beäugt. Es erweist sich heute als zukunftsfähiger Vorteil für den deutschen Finanzmarkt. Neben der stabilisierenden Wirkung dieses Systems möchte ich beispielhaft auf das Geschäftsmodell der Thüringer Sparkassen und des Sparkassen- und Giroverbandes verweisen. Diese sind dezentral in einem Verbundsystem organisiert und nicht ausschließlich auf Gewinnmaximierung ausgerichtet. Ähnliches gilt für die Genossenschaftsbanken. Hauptsächlich diese Kreditinstitute haben eine maßgebliche Bedeutung für die regionale Wirtschaft.

(Beifall CDU)

So stellen sie die Finanzierung kleinerer und mittlerer Unternehmen, Versorgung unserer Bürger, der Bevölkerung sowie der mittelständischen Wirtschaft mit flächendeckenden Dienstleistungen sicher.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir haben hier auch oft diskutiert über die Pflicht, allen Bürgern ein Konto zur Verfügung zu stellen. Auch das leisten die Sparkassen, nicht die Privatbanken.

(Beifall CDU)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, Presseberichten zufolge, geraten in den Vereinigten Staaten nunmehr auch die Kreditkartenunternehmen in finanzielle Schwierigkeiten. Es ist üblich in den USA, dass ein Bürger mehrere Kreditkarten besitzt. Die-

ses System - jetzt mitnehmen, später bezahlen - ist sehr gängig dort. Mit diesen Karten wird dort ein großer Teil des Lebensstandards finanziert. Die Salden der Kreditkarten werden aber nicht monatlich ausgeglichen, sondern verzinst und in Raten abbezahlt. Sie stellen damit den Einstieg in die Schuldenfalle dar. Das Insolvenzrisiko schlägt dann auf das Kreditkartenunternehmen über. Diese können dann selbst in Zahlungsschwierigkeiten geraten. Verstärkt wird dies in den Vereinigten Staaten durch die geringe Sparquote. Das bedeutet nichts anderes, als dass Bürger monatlich ihr gesamtes Einkommen ausgeben und mehr als das. Es wird ja zurzeit darüber gesprochen, dass die Sparquote in den USA um die 0 Prozent bis minus 0,5 Prozent ist. Das bedeutet, das Vermögen der Bevölkerung wächst nicht.

Anders in Deutschland; Deutschland hat eine Sparquote von über 11 Prozent. Das Vermögen der Bevölkerung wächst in Deutschland und führt wieder zu Refinanzierungsmöglichkeiten der deutschen Banken. Sie sehen an meinen Ausführungen, dass die Finanzkrise, die Finanzmarktlage in Deutschland ernst ist, sich aber grundsätzlich von der in den USA und den angelsächsischen Ländern unterscheidet.

Zur Helaba: Nach Angaben der Helaba und nach dem von der Bundesregierung beauftragten Sachverständigengutachten vom Juli dieses Jahres zählt die Helaba zu denjenigen Landesbanken, die von der Finanzkrise am wenigsten betroffen sind. Trotz ihres Spitzenplatzes hat der Ausbruch der Finanzmarktkrise auch bei der Helaba seit Mitte 2007 marktbedingte Bewertungskorrekturen auf ihren vornehmlich aus Liquiditätsgründen gehaltenen Wertpapierbestand zur Folge gehabt. Diese beliefen sich für das Geschäftsjahr 2007 konzernweit auf 300 Mio. €, für die erste Jahreshälfte 2008 auf 224 Mio. € und infolge der Krisenverschärfung nach dem Zusammenbruch mehrerer ausländischer Banken für das III. Quartal 2008 auf nochmals 200 Mio. €. Wirtschaftlich handelt es sich aber nicht um endgültige Ausfälle. Das bedeutet, die damit verbundenen derzeitigen finanziellen Verluste können zu einem späteren Zeitpunkt beim Einlösen dieser Papiere wieder als Einnahmen reduziert werden. Aufgrund der Zusammenbrüche amerikanischer Banken sind allerdings nach neusten Einschätzungen der Helaba erstmals tatsächliche Ausfälle in Höhe von mittleren zweistelligen Millionenbeträgen - ich habe das im Haushaltsausschuss und auch im zuständigen Vorstand, Herr Gröb hat das im Haushaltsausschuss dargestellt - zu erwarten. Die Helaba kann trotz dieser Bewertungskorrekturen ein ausgeglichenes Jahresergebnis erwarten.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, nach den mir vorliegenden Informationen bin ich mir sicher,

dass die Helaba ihre stabile Lage eher ihrem konservativen Geschäftsmodell verdankt. Die Nominierung von Dr. Günther Merl - der Ministerpräsident ist darauf eingegangen, als ehemaligen Vorstandsvorsitzenden, den ich noch vor vier Wochen in Frankfurt mit verabschiedet habe, jetzt ist er wieder da und in Berlin - als Chef dieses Leitungsausschusses zeigt, welches Vertrauen Dr. Günter Merl und die Geschäftspolitik der Helaba verdienen. Die Nominierung ist auch ein Beleg dafür, dass gerade die Zukunft der Landesbanken sich an der Geschäftspolitik der Helaba orientieren kann.

Die Helaba ist nämlich stark verknüpft im Verbundsystem mit der Realwirtschaft. Sie hat mit dem Sparkassen- und Giroverband ihren Partner, ihren Eigentümer und wir sind froh darüber, dass wir gemeinsam Verlockungen von östlich und westlich gelegenen Landesbanken in den letzten Jahren widerstanden haben. Landesbanken haben die Sparkassen und Kommunen bei der Besorgung ihrer Bankgeschäfte zu unterstützen. Sie dienen den beteiligten Ländern auch als Wirtschaftsförderung. Andere Landesbanken wandten sich von diesem öffentlichen Auftrag immer weiter ab und begriffen sich vorrangig als Investmentbank. Diese leiden heute am meisten unter der Krise. Über Jahre hinweg wurde mit diesen Landesbanken und ihren Dependancen in Irland und anderswo natürlich mehr Geld verdient, auch für die Länder und die Sparkassenvereinigung.

Lassen Sie mich kurz auf die Situation der Thüringer Sparkassen eingehen. Diese haben nach Auskunft des Sparkassen- und Giroverbandes Hessen-Thüringen keine Liquiditätsprobleme. Dies liegt in erster Linie daran, dass die Höhe der Einlagen mit rund 16 Mrd. € das Volumen der Ausleihungen an Privat- und Geschäftskunden mit knapp 8 Mrd. € mit dem Doppelten übersteigt. Die Thüringer Sparkassen sind somit nicht auf Mittelaufnahmen aus anderen Banken angewiesen. Sie können sich und ihre Kreditvergaben aus eigener Bonität finanzieren. Sie haben eine überdurchschnittlich gute Kapitalausstattung. Ich hatte das bei der Verabschiedung des Staatsvertrags und auch des Sparkassengesetzes zur Änderung des Sparkassengesetzes hier ausgeführt. Daran hat sich nichts geändert. Sie selbst, die Sie in den Verwaltungsräten sind, wissen um die guten Ausstattungen ihrer Sparkassen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich möchte auf das Thema Bürgschaften und Garantien eingehen. Im Zuge des Finanzmarktstabilisierungsgesetzes wurden immer wieder die 400 Mrd. erwähnt, die der Finanzmarktstabilisierungsfonds in Form von Garantien zur Absicherung des Interbankenhandels übernehmen kann. Ich möchte hier noch einmal ganz deutlich klarstellen, Thüringen übernimmt im Rahmen des Finanzmarktstabilisierungsgesetzes keine eigen-

nen Bürgschaften und Garantien. Der Bürgschaftsrahmen des Freistaats und damit die Handlungsfähigkeit der Thüringer Bürgschaftsprogramme werden durch den Stabilisierungsfonds nicht beeinträchtigt. Das heißt, dass Förderinstrumente der Thüringer Wirtschaft, was sehr nachgefragt wird, die Bürgschaftsprogramme stehen der Wirtschaft in vollem Umfang weiterhin zur Verfügung, auch in diesen unruhigen Zeiten der Finanzmarktkrise. Sie sind mittstandsfreundlich ausgelegt und haben sich bewährt. Diese Bürgschaftsprogramme unterstützen die Thüringer Wirtschaft für eigenkapitalentlastende Maßnahmen über die Hausbanken. Wir haben in den letzten Jahren einen aktuellen Bürgschaftsstand 1,78 Mrd. € per 31.12. In diesem Jahr sind 36,5 Mio. € dazugekommen und aktuelle Ausfälle 7 Mio. € in diesem Jahr für die Haushälter.

Wir haben jährlich durch diese Bürgschaftsvergaben im Rahmen der Mittelstandsprogramme rund 300 Unternehmen mittelständischer Struktur geholfen und damit über 5.000 Arbeitsplätze gesichert und neu geschaffen.

(Beifall CDU)

Die Bürgschaftsbank, die Thüringer Aufbaubank, gemeinsam mit der Landesregierung unterstützen hier fachkompetent, bürgernah, aber nicht ohne Sicherheiten und nicht ohne Nachfragen. Wir haben eine Richtlinie zur Vergabe von Bürgschaften für die mittelständische Wirtschaft. Auch da zeigt sich, dass es richtig ist, bei der eigenen Bürgschaftsvergabe genauso zu verfahren, wie wir es von den Banken fordern.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, meine bisherigen Vergleiche und Ausführungen haben den Ernst der Lage verdeutlicht. Sie zeigen aber auch, dass wir in Deutschland und insbesondere in Thüringen nicht vor unlösbaren Problemen stehen. Es gilt jetzt, vor allem mit dem beschlossenen Maßnahmenpaket Vertrauen zu schaffen in die Strukturen des Finanzmarkts. Mir als Finanzministerin ist es wichtig mit Blick auf den Haushalt folgende Punkte anzusprechen:

Der aktuelle Landeshaushalt 2008/2009 wird durch das verabschiedete Maßnahmenpaket nicht belastet. Über den Finanzmarktstabilisierungsfonds des Bundes sind die Maßnahmen bis zum 31. Dezember 2009 möglich. Erst dann wird der Fonds abgewickelt. Das bedeutet für unseren Haushalt, dass mögliche Belastungen - der Ministerpräsident sprach von 184 Mio. €, die gedeckelten 7,7 Mrd. € - für die Länder frühestens ab dem Jahr 2010 auf die Haushalte zukommen. Dafür müssen wir natürlich Sorge tragen und das werden wir bei der Aufstellung der nächsten Landeshaushalte. Es ist auch nicht damit

zu rechnen, dass der Maximalbetrag von 184 Mio. €, wenn er denn so ausgeschöpft wird, auf einmal auf einen Haushalt trifft, sondern der Bundesfinanzminister genauso wie die Bundesbank gehen davon aus, dass sich diese Abrechnung des Finanzmarktstabilisierungsfonds über Jahre hinweg strecken wird.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ein weiterer Punkt in § 13 Abs. 3 des Finanzmarktstabilisierungsgesetzes ist die Belastung der Länder, die Landesbanken haben. Hier geht es aber vor allen Dingen darum, dass es nicht eine globale Belastung ist, sondern nur in der Höhe, wie wir Beteiligungen an einer Landesbank haben; das sind die 5 Prozent, die wir Beteiligung an unserer Landesbank haben. Ich habe bereits über die Situation der Landesbank gesprochen und wir gehen nicht davon aus, dass wir hier in die Pflicht genommen werden.

Für den Bund - das ist für uns auch sehr wichtig -, für die Postbank und für die Bundeseinrichtungen sind also nicht die Länder zuständig, sondern der Bund ausschließlich. Das war der Punkt, wo wir gesagt haben, wir möchten nicht doppelt belastet werden, sondern eine klare Aufgabenabgrenzung, eine klare Verantwortungsabgrenzung mit dem Bund und den Ländern, wenn wir in dieses Boot gehen.

Für die Thüringer Aufbaubank und die Bürgschaftsbank haben wir natürlich die Verantwortung, aber da kann ich Ihnen sagen, die Verantwortung nehmen wir wahr und da sehe ich in die Bilanzen und gehe ruhigen Gewissens in diese Debatte.

(Beifall CDU)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, es ist ein gesamtstaatliches Interesse, dass Finanzmärkte funktionieren. Sowohl der Bund als auch die Länder haben bewiesen, dass sie in schwierigster Phase - die Amerikaner haben ja mit Argwohn geschaut, werden die beiden Kammern es schaffen, in so kurzer Zeit dieses Signal zu senden - in der Lage waren, dieses Signal zu senden für die Bürgerinnen und Bürger. Wir wollen nicht, dass die Menschen, die gespart haben für ihr Alter, für eine Investition, dieses am Finanzmarkt verlieren.

(Beifall CDU)

Es ist kein Gesetz, kein Fonds für die Manager, es ist ein Gesetz für unsere Bürger, die ihre Investitionen tätigen wollen und die Vertrauen in das System der Wirtschaft und des Finanzmarkts Deutschland behalten sollen.

Zur aktuellen Entwicklung: Der Ministerpräsident ging darauf ein, die Wachstumsprognosen werden der-

zeit nach unten korrigiert. Der Bund selbst geht von 0,2 Prozent aus im nächsten Jahr, es gibt andere Aussagen, noch im vergangenen Jahr, in der Mai-Steuerschätzung ging er von 1,2 Prozent aus. Das wird natürlich Auswirkungen auf die Steuereinnahmen der zukünftigen Jahre haben. Auch das Vorziehen der entlastenden Maßnahme des Anrechnens der Ausgaben für die Sozialversicherungsbeiträge auf die Steuer wird Einnahmeausfälle für Thüringen ungefähr in Höhe von 119 Mio. € bringen. Das alles ist zu beachten, wird aber gleichzeitig die Binnen-nachfrage versuchen anzukurbeln, denn es ist dann mehr Netto vom Brutto, wenn wir dies über die Steuer absetzen können.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, auch dafür muss Vorsorge getroffen werden. Ich bin froh, dass der Blick in die Kasse zeigt, dass wir am Jahresende aufgrund der Steuereinnahmen und der maßvollen Ausgabenpolitik eine Null erreichen werden

(Beifall CDU)

und dass wir eben nicht Rücklagen für zukünftige Konjunkturprogramme aufbrauchen, die wir noch gar nicht haben.

(Beifall CDU)

Ich bin froh, dass die CDU-Fraktion in ihrem Antrag dies in der Politik der Landesregierung unterstützt, denn nur, meine sehr verehrten Damen und Herren - und das zeigt die Krise ganz deutlich -, solide öffentliche Haushalte können garantieren, dass jetzt diese Signale in die Finanzmärkte gegeben werden können. Wie stünden wir denn da, wenn wir diese Verschuldung von 2001 noch jährlich hätten, Bund, Länder und Kommunen, 2002, als wir Steuer-einbrüche hatten in Größenordnungen. Wie stünden wir denn da? Hätte dann der Bund diese Garantie und hätten die Länder diese Garantien abgeben können? Deswegen, für die Menschen ist die solideste Finanzmarktpolitik ein solider öffentlicher Haushalt und ein Arbeitsplatz, wo ich mein Geld verdiene, um dann auch zu sparen und zu investieren. Nicht auf Pump leben, sondern für zukünftige Generationen solide Finanzpolitik machen - das ist das Wichtigste. Vielen Dank.

(Beifall CDU)

Präsidentin Prof. Dr.-Ing. habil. Schipanski:

Ich frage: Wer wünscht die Beratung zum Sofortbericht zu Nummer I des Antrags der Fraktion DIE LINKE und zu Nummer 1 des Antrags der Fraktion der SPD? Alle drei Fraktionen wünschen die Beratung. Damit eröffne ich die Beratung zum Sofortbericht zu Nummer I des Antrags der Fraktion DIE

LINKE und zu Nummer 1 des Antrags der Fraktion der SPD. Gleichzeitig eröffne ich die Aussprache zu den übrigen Nummern der Anträge des Antrags der Fraktion DIE LINKE, des Alternativantrags der Fraktion der SPD sowie zum Alternativantrag der Fraktion der CDU. Ich erteile Abgeordneten Matschie, SPD-Fraktion, das Wort.

Abgeordneter Matschie, SPD:

Frau Präsidentin, werte Kolleginnen und Kollegen, ich glaube, es ist uns allen klar, dass das, was wir in den letzten Tagen erlebt haben, eine in der Geschichte der Bundesrepublik einmalige Rettungsaktion war, die dort von der Bundesregierung in Angriff genommen wurde, um die Finanzmärkte wieder zu stabilisieren und auch ein Übergreifen der Krise auf andere Wirtschaftsbereiche einzudämmen.

Ihnen geht es vielleicht wie mir, wenn man mit Menschen hier im Land redet, da stellt man fest, es geht dabei um Milliardensummen, die keiner mehr so richtig begreifen kann in ihrem Ausmaß. Es ist auch schwer, Menschen klarzumachen, weshalb solche Milliardensummen jetzt mit einem Mal verfügbar sind und eingesetzt werden können. Aber erklären kann man es nur vor dem Hintergrund des Ausmaßes der Krise, denn was Ende 2006 als sogenannte Subprime-Krise in den USA begann, hat sich zu einem weltweiten Flächenbrand entwickelt. Neben der Spekulationsblase auf dem Immobilienmarkt - Sie sind ja darauf eingegangen - ist auch die Spekulationsblase auf den Rohstoffmärkten und auf den Währungsmärkten geplatzt und das quasi neben der Realwirtschaft entstandene Kasino auf den Finanzmärkten ist zusammengebrochen und hat die schwerste Finanzkrise seit den großen Turbulenzen von 1928/29 ausgelöst. Es fing begrenzt an in den USA. Sie haben beschrieben, auf welche Art und Weise dort Kredite vergeben werden konnten, eine Vorstellung, die uns hier sehr fremd ist. Aber diese Kredite sind nicht nur dort vergeben worden; diese hohen Risiken, die sich damit verbinden, die sind verbriefte worden und international um den ganzen Globus verteilt worden, so dass auch am Ende Banken hierzulande von solchen Risiken betroffen waren. Die Ersten waren die SachsenLB und die IKB, andere kamen später dazu, BayernLB, WestLB. Es hat dort wirklich um sich gegriffen.

Aber ein Datum hat in ganz besonderer Weise eine Kettenreaktion ausgelöst und das war der Zusammenbruch des 158 Jahre alten Traditionsbankhauses Lehman Brothers. Die US-Regierung hat diesem Zusammenbruch tatenlos zugesehen und das hat wie ein Brandbeschleuniger in der Krise gewirkt. Das Vertrauen der Finanzmärkte war ab diesem Moment dahin, Panik machte sich breit mit all den Folgen, die wir seitdem auch erlebt haben.

Ich finde, die Bundesregierung hat sehr entschlossen und auch rasch gehandelt in dieser Krise und sie hat auch mit der ausgesprochenen Staatsgarantie für private Spareinlagen das größtmögliche Vertrauenssignal zur Beruhigung der Finanzmärkte gesendet, das eine Regierung überhaupt senden kann. Trotzdem haben wir festgestellt, dieses Signal reichte nicht aus und deshalb war es notwendig, das Maßnahmenpaket zur Stabilisierung der Finanzmärkte zu schnüren. Sie haben das erwähnt, ich brauche das im Einzelnen nicht zu beschreiben, es geht insgesamt mit Bürgschaften und dem Fonds zur Eigenkapitalunterstützung um 480 Mrd. €, 480 Mrd. €, eine Summe, die die Vorstellungskraft in der Tat sprengt. Das Rettungspaket ist unter maßgeblicher Beteiligung des Bundesfinanzministers Steinbrück und seines Mitarbeiterstabes erarbeitet worden, auch in Abstimmung mit anderen europäischen Staaten. Ich bin persönlich froh, dass wir in dieser Krise einen Steuermann wie Peer Steinbrück an Deck hatten.

(Beifall SPD)

Die Krise ist in weiten Teilen eine Vertrauenskrise, ich glaube, da sind wir uns einig. Deshalb ist die Schaffung von Vertrauen in einer solchen Krise die wichtigste Aufgabe auch der politischen Akteure in diesem Zusammenhang. Gemessen an dieser Aufgabe muss ich leider konstatieren, dass ein politischer Mitstreiter hier sitzt, der in dieser schwierigen Situation leider vollkommen versagt hat; ich rede von Ihnen, Herr Fraktionsvorsitzender Mohring. Sie haben voreilig und ohne nachzudenken eine Ablehnung Thüringens an diesem Rettungspaket formuliert und haben sich damit und die Landtagsfraktion der CDU ins Abseits gestellt,

(Beifall SPD)

während alle anderen versucht haben, Krisenmanagement zu betreiben. Es ist klar, es ging nie darum, sämtliche Vorschläge des Bundes sofort gutzuheißen und 1 : 1 zu übernehmen. Natürlich sind bei einer solchen Rettungsaktion auch Länderinteressen zu beachten und die Landesregierung hat sich ja, wie andere Landesregierungen auch, dafür eingesetzt, aber Ihre Verweigerung, Herr Mohring, zeigt in einer solchen besonderen Situation mangelnde politische Urteilskraft und Reife; ich kann Ihnen das nicht ersparen.

(Beifall SPD)

Meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen, zum Glück - zum Glück will ich an dieser Stelle auch ausdrücklich sagen - hat die Landesregierung anders gehandelt als Sie das angekündigt haben, Herr Mohring. Es ist, glaube ich, eine Lösung gefunden worden, die von allen Beteiligten getragen werden kann.

Ich brauche die nicht noch einmal zu beschreiben, das ist ein Kompromiss, der die Risiken der Länder auch eingrenzt. Das ist wichtig.

Worum es bei der Rettungsaktion geht, hat der Bundesfinanzminister in seiner Regierungserklärung kürzlich sehr zutreffend beschrieben, ich darf ihn zitieren: „Mit diesem in der Geschichte einmaligen Maßnahmenpaket wollen wir nicht Bankmanagern aus der Klemme helfen und sie aus der Verantwortung entlassen, im Gegenteil, Ziel ist es vielmehr, den Menschen in Deutschland zu helfen, den Handwerkern, den Selbstständigen, den Mittelständlern, den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern und den Sparern. Wir sorgen dafür, dass sie weiter Kredite erhalten, Spareinlagen sicher sind und so die Wirtschaft weiterlaufen kann. Das ist es, worauf es jetzt ankommt.“ Peer Steinbrück hat in den letzten Tagen aber auch eindrucksvoll demonstriert, dass er gewillt ist, diese geschichtlich einmalige Situation zu nutzen, auch zur Bändigung und Kontrolle von tabu- und morallos gewordenen Finanzmärkten. Auch das ist jetzt ein Gebot der Stunde. Sie haben das auch erwähnt, Frau Finanzministerin. Ich glaube, da gibt es mittlerweile auch eine weitgehende Übereinstimmung in dieser Frage. Wir wissen, dass sich einige Länder jahrelang geweigert haben gegen strengere Spielregeln auf den Finanzmärkten, insbesondere die USA und Großbritannien, aber nicht nur dagegen, sondern auch gegen eine konsequente Umsetzung dessen, was schon verabredet war, nämlich Basel II. Es ist eine Märr, wenn manchmal behauptet wird, in den vergangenen zehn Jahren wäre auf den Finanzmärkten nur dereguliert worden. Ohne die neuen Eigenkapitalregeln für Banken unter dem Stichwort Basel II, die unter Mitwirkung der Regierung Schröder damals ausgehandelt wurden, sähe es heute vermutlich noch wesentlich schwieriger aus auf den Finanzmärkten. Das war eine Regulierung der Finanzmärkte, die durchaus sinnvoll war, die nicht unumstritten war. Wir wissen auch, dass natürlich gerade aus dem Unternehmensbereich immer wieder kritische Töne kamen gegenüber den härter gewordenen Kreditvergaberegelungen durch Basel II. Schon beim Weltwirtschaftsgipfel 2005 im schottischen Gleneagles hatte der damalige Bundeskanzler Gerhard Schröder mehr Transparenz und mehr Kontrolle auf den internationalen Finanzmärkten eingefordert. Er ist aber damals nicht nur von den Vertretern aus den USA und Großbritannien belächelt worden, sondern auch von führenden Vertretern von CDU und FDP. Ich bin froh, dass jetzt weite Teile der Union erkannt haben, dass auf den Finanzmärkten eine stärkere Regulierung notwendig ist; es wird höchste Zeit.

(Beifall SPD)

In jeder Krise liegt ja bekanntlich eine Chance und die große Chance in dieser Zeit besteht darin, jetzt Nägel mit Köpfen zu machen. Ich glaube, das Zeitfenster ist nur jetzt dafür vorhanden. Vor diesem Hintergrund geht der von Minister Steinbrück auf dem G 7-Finanzministertreffen vorgelegte Acht-Punkte-Plan nach meiner Überzeugung genau in die richtige Richtung. Ich will die Punkte kurz nennen. Es geht einmal darum, dass in Zukunft keine Risiken aus den Bilanzen der Banken mehr ausgeblendet werden dürfen, sondern alle Risiken müssen sich auch in den Bilanzen widerspiegeln. Die Banken benötigen zum Zweiten, wie in Basel II bereits festgelegt, eine höhere Liquiditätsvorsorge; das muss internationaler Standard werden. Wir brauchen auch internationale Standards für eine stärkere persönliche Haftung von Finanzmarktakteuren. Es kann nicht sein, dass dort Finanzmarktakteure mit Milliarden jonglieren und am Ende nicht dafür haftbar gemacht werden können.

(Beifall SPD)

Es kommt auch darauf an, jetzt ein anderes Anreiz- und Vergütungssystem im Finanzsektor zu schaffen. Wenn alle Anreize nur auf kurzfristigen Maximalprofit ausgerichtet sind, muss man sich am Ende nicht wundern, wenn Finanzmarktakteure so handeln, wie sie gehandelt haben. Hier brauchen wir ein anderes Anreiz- und Vergütungssystem und natürlich auch eine Begrenzung von Managergehältern, wie das jetzt bei dem Hilfspaket vorgesehen ist.

(Beifall SPD)

Wir brauchen eine internationale Finanzaufsicht, europäisch ohnehin, aber möglichst weltweit, die eng zusammenarbeitet und die Finanzmärkte kontrolliert. Ich glaube, auch an einigen Stellen müssen wir einfach mit Verboten arbeiten. Ich bin überzeugt, und das hat Peer Steinbrück auch vorgeschlagen, Spekulationen auf fallende Kurse im Rahmen von Leerverkaufsgeschäften müssen verboten werden, sie sind ein Brandbeschleuniger für Krisen an den Finanzmärkten. Die 100-prozentige Verbriefung und Weiterreichung von Kreditrisiken muss unterbunden werden. So etwas, wie wir erlebt haben, darf es nicht wieder geben. Zum Schluss will ich auch nennen Maßnahmen gegen schädlichen Steuerwettbewerb. Auch die Steueroasen haben in der Vergangenheit das Entstehen einiger hochspekulativer Finanzmarktprodukte erst möglich gemacht. Auch hier muss stärker international zusammengearbeitet werden. Es besteht die Chance, die Finanzmärkte besser zu regulieren und damit die Chance, dass die Welt am Ende auch ein Stück gerechter aus der derzeitigen Krise hervorgeht. Das geht aber nur, wenn wir jetzt entschlossen gemeinsam handeln. Es ist nicht klar im Moment, welche Kreise die Finanzmarktkrise noch

ziehen wird. Das ist schwer abzuschätzen bei den vielen Akteuren, die da eine Rolle spielen. Aber allein die Tatsache, dass seit Beginn des Jahres die Aktienkurse weltweit um 35 Prozent eingebrochen sind, lässt schlimme Befürchtungen aufkommen. Der Internationale Währungsfonds schätzt gegenwärtig den möglichen Verlust von Krediten im weltweiten Finanzsystem auf 1,4 Billionen Dollar - 1,4 Billionen Dollar Verluste, allein diese Zahlen verdeutlichen, wie groß die Gefahr einer schweren Rezession, möglicherweise sogar einer Depression ist. Zahlreiche Experten warnen heute auch schon davor und fordern unterschiedene Gegenmaßnahmen. Der US-Notenbankchef Ben Bernanke hatte in den zurückliegenden Wochen die US-Wirtschaftsperspektiven in sehr düsteren Farben gemalt und er hat ein Konjunkturprogramm eingefordert, ein Konjunkturprogramm in der Größenordnung von 150 Mrd. €. Auch andere Ökonomen in den USA fordern solche Programme, zum Beispiel nachzulesen in einem Gastkommentar im Handelsblatt am 23. Oktober Desmond Lachman, der schreibt: „Damit diese Rezession in den kommenden zwei Quartalen nicht noch unangenehmer und langwieriger wird, müssen die Politiker mit gezielten fiskalischen und geldpolitischen Anreizen die weltweite Nachfrage ankurbeln.“ Wie in den Medien ja schon diskutiert wird, denkt auch die Bundesregierung über konjunkturstützende Maßnahmen nach.

Wenn man sich die Situation betrachtet und weiß, dass hier weltweit die Finanzmärkte in die Krise geraten sind, aber auch weltweit ökonomische Folgen zu beobachten sind, muss man zu dem Schluss kommen, dass dieses Mal mehr erforderlich ist, als allein die sogenannten automatischen Stabilisatoren wirken zu lassen. Die sinkenden Rohstoff- und Ölpreise wirken zwar jetzt stabilisierend, aber die Verunsicherung der Märkte ist so groß, dass das allein mit Sicherheit nicht ausreichen wird. Deshalb fordert die Thüringer SPD-Landtagsfraktion sowohl von der Bundesregierung als auch von der Landesregierung entschiedenes Handeln zur Stützung der Konjunktur und zur Sicherung von Arbeitsplätzen.

(Beifall SPD)

Meine werten Kolleginnen und Kollegen von der Linkspartei, Sie fordern seit Jahren immer wieder bei jeder sich bietenden Gelegenheit Konjunkturprogramme. Ich denke, das war oft nicht berechtigt. Ich bin eigentlich froh und dankbar, dass der Bundesfinanzminister in den zurückliegenden Jahren die Konsolidierung des Bundeshaushalts vorangetrieben hat und damit das Pulver, das Sie sonst längst verschossen hätten, trocken gehalten hat, damit wir in dieser Krise handlungsfähig sind. Das gibt uns heute wirtschaftspolitischen Spielraum, der Rezession entgegenzuwirken.

(Beifall SPD)

Ich frage Sie - und das frage ich auch in Richtung CDU hier im Hause -, wann, wenn nicht in einer solchen Situation, muss der Staat eingreifen, um schlimmstes Unheil von den Menschen abzuwenden. Ich sage Ihnen ganz deutlich, jetzt ist die Zeit für ein Konjunkturprogramm, jetzt ist die Zeit für einen Rettungsschirm für Arbeitsplätze in diesem Land.

(Beifall SPD)

Ich habe es eben erwähnt, in der Großen Koalition wird darüber debattiert, welche Maßnahmen am geeignetsten sind - aus unserer Sicht vorzugsweise solche Maßnahmen, die das Geld auch wirklich in den Wirtschaftskreislauf bringen. Es nützen keine Steuersenkungen für Gutverdiener, die nur die Sparquote weiter erhöhen. Es müssen jetzt Investitionen getätigt werden in Bildung, in Forschung, in Klimaschutz, in Gebäudesanierung, in den Ausbau der Infrastruktur. Natürlich, Herr Ministerpräsident, geht es uns auch nicht einfach darum, nur den Betonmischer anzuwerfen, wichtig sind nachhaltig sinnvoll wirkende Investitionen. Um den Impuls für den ins Stottern geratenen Konjunkturmotor zu erhöhen, müssen auch die Länder, und zwar ungeachtet aller Konsolidierungsbemühungen, jetzt Maßnahmen ergreifen und zusätzliches Geld in die Hand nehmen.

(Beifall SPD)

Ich habe, Herr Ministerpräsident, mit einiger Sorge gehört, dass Sie sich am Wochenende gegen ein Konjunkturprogramm ausgesprochen haben. Jetzt eben habe ich Sie so verstanden, dass Sie eine Kehrtwende vollzogen haben und zumindest ein Konjunkturprogramm des Bundes gutgeheißen haben. Allerdings hat der Antrag, den die CDU-Fraktion jetzt auf den Tisch gelegt hat, bei mir wieder für etwas Verwirrung gesorgt, denn dieser Antrag spricht sich nun wieder gegen Konjunkturmaßnahmen des Bundes aus. Ich bitte Sie, doch mal wirklich zu klären, was eigentlich die CDU will. Sind Sie jetzt gegen konjunkturstützende Maßnahmen auf Bundesebene oder für konjunkturstützende Maßnahmen auf Bundesebene?

(Beifall SPD)

Dieses Drunter und Drüber in Ihrer Partei, Herr Ministerpräsident, das trägt nicht zum Vertrauen bei, das sage ich Ihnen ganz deutlich.

(Beifall SPD)

(Zwischenruf Abg. Mohring, CDU: Das ist ja unerhört! So ein Blödsinn, Herr Matschie! Sie reden den ganzen Tag schon so einen Blödsinn.)

Und wenn Sie sich, Herr Mohring, weiter gegen konjunkturstützende Maßnahmen aussprechen - das sage ich auch in Ihre Richtung, Herr Ministerpräsident -, mit einer solchen sturen Haltung schaden Sie der Wirtschaftsentwicklung, auch der Wirtschaftsentwicklung hier in Thüringen. Wenn Sie jetzt nicht handeln, machen Sie sich mitschuldig am Wegbrechen von Arbeitsplätzen.

(Beifall SPD)

Eines ist doch klar, wenn jetzt alle auf die Bremse treten, dann geht gar nichts mehr und dann ist die Rezession wirklich vorprogrammiert.

(Zwischenruf Abg. Mohring, CDU: Weil Sie sie herbeireden.)

Deshalb komme ich noch mal zurück zu den Maßnahmen, die wir schon im Sommer vorgeschlagen haben für ein Zukunftsinvestitionsprogramm in Thüringen. Das sind Maßnahmen, die auch geeignet sind, jetzt ein Konjunkturprogramm des Bundes zu flankieren. Deshalb fordere ich Sie als Landesregierung auf, jetzt einen Nachtragshaushalt vorzulegen und solche Vorschläge auch entsprechend in einem Nachtragshaushalt zu berücksichtigen.

(Beifall SPD)

(Zwischenruf Diezel, Finanzministerin: Mit Schulden!)

Sie sagen jetzt „mit Schulden“, Frau Finanzministerin. Ich bin überzeugt, in dieser Krise werden wir handeln müssen. Wir brauchen konjunkturstützende Maßnahmen. Da wir sie nicht einfach aus dem laufenden Haushalt finanzieren können, wird das nur möglich sein, wenn wir zusätzliche Schulden aufnehmen. Ja, das ist die Logik. Aber ich sage Ihnen auch, wenn wir nichts tun, wenn die Konjunktur einbricht, wenn wir nicht gegensteuern, auch dann werden wir zusätzliche Schulden aufnehmen müssen, weil dann die Einnahmen im Landeshaushalt in noch viel größerem Maße wegbrechen.

(Beifall SPD)

Deshalb ist die Frage eigentlich nur, jetzt Geld in die Hand zu nehmen und Schulden zu machen und die Konjunktur zu stabilisieren oder Arbeitsplätze zu schaffen

(Beifall SPD)

oder später hinzunehmen, dass wir ohne zusätzliche Arbeitsplätze Schulden machen müssen, weil die Steuereinnahmen weggebrochen sind. Dann bin ich dafür, jetzt Geld in die Hand zu nehmen und jetzt die Konjunktur zu stützen und für Arbeitsplätze zu sorgen.

(Beifall SPD)

Wir haben damals ein Energieeffizienzprogramm Plus vorgeschlagen, zusätzliche Hilfestellung für solche Menschen, die wegen niedriger Einkommen bisher die Bundesprogramme zur Gebäudesanierung nicht nutzen können. Ich denke, das bleibt weiter sinnvoll, zumal auf der Bundesebene darüber nachgedacht wird, genau dieses Klimaschutzprogramm jetzt auszuweiten und mehr Investitionen für diesen Bereich zur Verfügung zu stellen.

(Beifall SPD)

Wir reden seit Jahren über bessere Bildung. Dazu gehören auch bessere Lernbedingungen. Sie wissen, Herr Ministerpräsident, von Ihren zahlreichen Besuchen vor Ort: Trotz manchem, was da an Investitionen geleistet worden ist, es gibt immer noch viele Schulen und insbesondere auch Turnhallen, die in schlechtem Zustand sind. Lassen Sie uns jetzt zusätzliches Geld in die Hand nehmen und diese Investitionen, die ohnehin kommen müssen, vorziehen. Das kann Konjunktur stärken und Arbeitsplätze schaffen.

(Beifall SPD)

Die Situation ist eine besondere und deshalb müssen auch die Reaktionen darauf jetzt besondere sein. Eine Investitionsbremse, und zwar im kommunalen Bereich, die haben Sie zu verantworten als Landesregierung; ich meine die Kürzungen im kommunalen Finanzausgleich, die ab 2010 kommen werden. Denn was passiert im Moment in den Kommunen? Mit Blick auf die Kürzung von 200 Mio. € im kommunalen Finanzausgleich ab 2010 fangen die Kommunen jetzt schon an, auf die Investitionsbremse zu treten, damit sie danach noch handlungsfähig sind. Deshalb sage ich Ihnen, wir brauchen eine vorgezogene Revision des Finanzausgleichs und wir brauchen eine Garantie für die Kommunen, dass sie auch ab 2010 Finanzausgleich in der jetzigen Höhe weiter bekommen und keine Kürzung von 200 Mio. €.

(Beifall SPD)

Das, Herr Ministerpräsident, Frau Finanzministerin, wäre im Übrigen eine der wirkungsvollsten konjunkturpolitischen Maßnahmen, kommunale Investitionskraft zu stärken; denn das sind Investitionen, die unmittelbar in Arbeitsplätze vor Ort gehen. Das

ist das Signal, was wir im Moment brauchen.

(Beifall SPD)

Ich denke, wir sollten im Rahmen eines solchen Nachtragshaushalts auch prüfen, ob die bestehenden Hilfsinstrumente - und die sind hier erwähnt worden: Bürgschaften und ähnliche Programme, für durch die Finanzkrise in Not geratene Kommunen und Unternehmen ausreichen, ob diese ...

(Zwischenruf Diezel, Finanzministerin:
Keine Kommune ist in Notlage. Was erzählen Sie denn für ein Zeug?)

Bisher ist das nicht der Fall, Frau Finanzministerin, aber es kann sein, dass solche Situationen auf uns zukommen, und es kann auch sein, dass Unternehmen durch diese Finanzkrise in Not geraten.

(Zwischenruf Abg. Mohring, CDU)

Die ersten Beispiele dafür sind ja schon durch die Presse gegangen. Herr Mohring, es macht doch keinen Sinn, die Augen zu verschließen

(Zwischenruf Abg. Mohring, CDU:
Dann machen Sie sie doch mal auf.)

und den Kopf in den Sand zu stecken und zu sagen, es wird schon nichts passieren, sondern wir müssen uns jetzt dafür rüsten, dass solche Schwierigkeiten auftreten können und wir müssen für Handlungsfähigkeit in der Krise sorgen.

(Beifall SPD)

Deshalb sage ich Ihnen, wir müssen auch sehen, ob solche Hilfsinstrumente ausreichend finanziell ausgestattet sind, um in den nächsten Monaten wirken zu können.

(Zwischenruf Abg. Mohring, CDU: Das haben Sie im Januar auch erzählt, Sie reden immer das gleiche.)

(Glocke der Präsidentin)

Herr Mohring, Lautstärke allein ist noch kein Argument. Und ich will einen kritischen Punkt ansprechen.

Präsidentin Prof. Dr.-Ing. habil. Schipanski:

Herr Abgeordneter Mohring, Sie können hier vorn an das Pult kommen. Ich bitte Sie, lassen Sie Herrn Matschie zu Ende reden.

(Beifall SPD)

Abgeordneter Matschie, SPD:

Herr Mohring, Sie plagt das schlechte Gewissen, ich weiß das, weil Sie angesichts der Krise eine gigantische Fehleinschätzung abgegeben haben und für Unsicherheit statt für Sicherheit gesorgt haben. Aber ich sage Ihnen auch noch eines: Mit Ihrer Forderung nach Abschaffung der Erbschaftssteuer hätten wir ein gigantisches Antikonjunkturprogramm, Herr Mohring,

(Beifall SPD)

weil das 4 Mrd. Steuerausfälle bei der öffentlichen Hand bedeutet; und das bedeutet, wenn 4 Mrd. € weniger zur Verfügung sind, dass erst recht auf die Bremse getreten werden muss, dass gespart werden muss und eben nicht investiert werden kann. Das betrifft auch den Thüringer Landeshaushalt. Sie wissen, wir haben direkte Steuereinnahmen nur 10 Mio., aber über den Länderfinanzausgleich kommen mit der Erbschaftssteuer für uns über 100 Mio. in den Landeshaushalt. Das sind 100 Mio., die wir dringend für Investitionen in Thüringen brauchen und die wegfallen, wenn die Erbschaftssteuer wegfällt, so wie Sie das gefordert haben.

(Beifall SPD)

Auch hier, Herr Ministerpräsident, das gleiche Bild in Ihrer CDU wie bei der Frage Konjunkturprogramm. Sie haben eben in Ihrer Erklärung deutlich gemacht, wir brauchen die reformierte Erbschaftssteuer und Sie wollen sich dafür einsetzen und Ihr Fraktionsvorsitzender redet dauernd davon, dass die Erbschaftssteuer abgeschafft werden muss. Sorgen Sie doch endlich einmal für Klarheit in Ihrer Partei. Was will die Thüringer CDU eigentlich?

(Beifall SPD)

Dann können Sie auch, Herr Mohring, noch so wohlklingende Kofinanzierungsvorschläge machen, die Abschaffung der Erbschaftssteuer wird nur eines bewirken, sie entlastet diejenigen, die über große Erbschaften und Vermögen verfügen und sie belastet die unteren und mittleren Einkommen. Das ist die Wahrheit und sonst nichts.

(Zwischenruf Abg. Mohring, CDU: Wie denn? So was blindes, Herr Matschie.)

(Beifall SPD)

Als wir am 09.10.2008 hier schon einmal über die Auswirkungen der Finanzmarkt- und Immobilienkrise auf Thüringen debattiert haben, ahnten die wenigsten, dass es kurz danach bereits neuen Bedarf für eine weitere Debatte geben würde. Auch heute

wissen wir nicht ganz genau, wie sich die Situation im Einzelnen weiterentwickeln wird. Wir können nur hoffen, dass die ergriffenen Maßnahmen zu einer Beruhigung der Finanzmärkte und auch am Ende zu einer Beruhigung der Aktienmärkte führen werden. Für viele Menschen in unserem Land ist die Situation schwer verständlich und auch die drastischen Rettungsbemühungen des Staates sind oft schwer verständlich. Aber es gilt auch hier, was Steinbrück in seiner Regierungserklärung gesagt hat - ich darf ihn zitieren: „Wenn es auf den Weltfinanzmärkten brennt, dann muss gelöscht werden, auch wenn es sich um Brandstiftung handelt. Danach müssen die Brandstifter allerdings daran gehindert werden, dass so etwas wieder passieren kann. Die Brandbeschleuniger müssen verboten werden und es muss für einen besseren Brandschutz gesorgt werden.“ Das ist richtig und findet auch unsere volle Unterstützung.

(Beifall SPD)

Die Menschen würden es aber nicht verstehen, wenn die Politik danach einfach wieder zur Tagesordnung übergeht, ohne zu klären, wer die ganze Rettungsaktion letztendlich bezahlt. Deshalb haben wir in unserem Antrag unter Punkt 6 noch einmal einen konkreten Handlungsauftrag formuliert: Die Landesregierung soll sich dafür stark machen, dass nicht der normale Steuerzahler allein die Zeche zu zahlen hat, sondern dass zumindest die für den Finanzmarktstabilisierungsfonds entstehenden Kosten nach dem Verursacherprinzip, und zwar durch die Finanzbranche, aufzubringen sind.

(Beifall SPD)

Das würde letztendlich auch dem Freistaat helfen, nicht in so hohem Umfang für die Bürgschaften eintreten zu müssen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir sind in einer ernsthaften Krise, die sehr tief reicht, die sich rund um den Globus ausgebreitet hat. Deshalb ist es wichtig, dass Politik entschlossen, aber auch wirkungsvoll handelt, dass Vertrauen wiederhergestellt werden kann. Es ist schon eine besondere Situation, in der wir auch sehen, dass sich Menschen wieder stärker der Politik zuwenden, weil sie begriffen haben, Märkte allein können in der Krise nicht ausreichend regeln. Wir erleben im Moment so etwas wie eine Renaissance des Politischen, und wenn wir klug handeln, wenn wir entschlossen handeln, wenn wir in der Lage sind, Vertrauen wieder herzustellen, ist das auch eine Chance, um politische Arbeit wieder mit größerer Wertschätzung zu versehen und Vertrauen in politische Institutionen zurückzugewinnen. Ich hoffe, dass uns das gemeinsam gelingt, im Interesse von Menschen, die in diesem Land leben,

im Interesse von Arbeitsplätzen, im Interesse des Schutzes von Spareinlagen. Lassen Sie uns dieses Signal heute gemeinsam geben!

(Beifall SPD)

Präsidentin Prof. Dr.-Ing. habil. Schipanski:

Das Wort hat Abgeordneter Hausold, Fraktion DIE LINKE.

Abgeordneter Hausold, DIE LINKE:

Frau Präsidentin, meine verehrten Damen und Herren, verehrte Gäste, ich denke, die Entwicklungen der Tage und Wochen seit unserer letzten Plenardebatte im Oktober sind schon in der Frage, die wir heute besprechen, als dramatisch zu bezeichnen. Ich will an dieser Stelle sagen, das habe ich auch den Worten des Herrn Ministerpräsidenten entnommen, auch Ihnen oder Ihren Worten, Frau Diezel, ich denke, mittlerweile sind auch Sie der Auffassung, Sie haben das ja gesagt, dass die Situation sehr ernst ist, mit der wir uns befassen müssen. Ich will Ihnen aber auch sagen, Herr Althaus, um Missverständnisse nicht aufkommen zu lassen, uns geht es nicht um die Änderung einer politischen Ordnung in dieser Debatte, aber uns geht es natürlich darum, dass Politik, und insbesondere Politik in Thüringen und Ihre, viel konsequenter und entschlossener bezogen auf die Lageeinschätzung reagiert, meine Damen und Herren,

(Beifall DIE LINKE)

und das lassen Sie bisher vermissen. Dass die Frage, entgegen anderer Meinungen, auch von Ihrer Seite, die das immer noch wieder infrage gestellt haben, eine wichtige Frage ist, zeigt ja letzten Endes auch, dass die Sitzung neben unserem Antrag mit weiteren Alternativanträgen hier versehen ist. Ich gehe schon davon aus, dass das natürlich zu tun hat mit unserer gemeinsamen Einschätzung, dass wir ernsthaft mit diesen Fragen umgehen müssen und ein Zeichen setzen müssen. Aber ich will da noch ganz deutlich sagen: Ja, ohne näher darauf einzugehen, in wesentlichen Punkten des Antrags der SPD können wir natürlich mitgehen. Aber ich muss andererseits, ähnlich wie Kollege Matschie, sagen, Herr Althaus, Frau Diezel, also für eines müssen wir uns entscheiden, wenn Ihre zumindest in der Grundtendenz auch aus unserer Sicht richtige Lageeinschätzung stimmt, dann stimmt nun der Antrag der CDU-Fraktion überhaupt nicht, im Gegenteil, der konterkariert das, was Sie hier gesprochen haben.

(Beifall DIE LINKE)

In Verantwortung vor den Bürgerinnen und Bürgern dieses Landes ist es doch völlig richtig, von Ihnen Klarheit zu verlangen in dieser Frage.

In den Zeitungen und in vielen Statements auch des Bundesfinanzministers wird ganz offen angesprochen, was viele Menschen befürchten, nämlich dass sich die Finanzmarktkrise zu einer allseitigen Krise ausweitet. Ich glaube, dass wir uns schon damit beschäftigen müssen, dass mittlerweile klar sein dürfte, dass es mindestens eine Krise der Politik und, wenn Politik nicht in diesen Tagen Entscheidungen trifft, auch eine Krise der Gesellschaft sein wird, die sich bereits heute andeutet. In diesem Zusammenhang müssen wir die anstehenden Fragen beraten.

Meine Damen und Herren, die Lage ist also ernst und verlangt engagiertes, politisches Handeln international, im Bund, aber auch im Land Thüringen. DIE LINKE wird sich dabei mit konkreten Vorschlägen einbringen, wie wir das in den letzten Plenarsitzungen ganz besonders zu diesem Thema bereits getan haben. Besonders mahnen wir dringend Maßnahmen zur Stärkung der Binnennachfrage sowohl in Deutschland als auch in Thüringen an.

Heute kann nämlich nicht mehr die Frage sein, ob die Finanzkrise auf die Realwirtschaft durchschlägt. Diese Erkenntnis scheint sich mittlerweile durchgesetzt zu haben. Heute geht es darum, die Auswirkungen zu bekämpfen, indem wir, meine Damen und Herren, Prävention betreiben. Deshalb sage ich ganz deutlich, da kann man sich nicht rausreden, indem man sagt, kurzfristige Konjunkturprogramme lehnen wir ab. Wer diesen Schritt der gewissen Kurzfristigkeit nicht gehen will an der Stelle, der wird schon gar nicht verhindern, dass es längerfristig zu viel größeren Verwerfungen kommt. Darüber sind wir mit Ihnen, Herr Althaus, und der Thüringer CDU allerdings kräftig im Streit.

(Beifall DIE LINKE)

Es gibt mehrerer Beispiele, die deutlich machen, dass auch in Thüringen die Realwirtschaft bereits mit Auswirkungen der Finanzkrise zu kämpfen hat. Leidtragende - das wurde schon erwähnt - ist die Automobilindustrie und insbesondere die dort Beschäftigten. Es ist schon so, dass annähernd 1.000 Menschen, insbesondere aus Leiharbeitsverhältnissen, bereits jetzt davon unmittelbar betroffen sind. Überall - und da können wir uns nicht verschließen - ist von deutlich zurückgehenden Auftragseingängen der Unternehmen zu hören. Erste Anzeichen gibt es auch, dass Kredite für Unternehmen nun zu deutlich ungünstigeren Konditionen bewilligt werden. Da ist es klar, eine Vielzahl von kleinen und mittelständischen Unternehmen steht vor der Herausforderung, langfristige Investitionskredite nach Auslaufen der

Zinsbindungsfrist umzuschulden. Hier fordern die Banken größere Sicherheiten als bisher und dies können die betroffenen Unternehmen oftmals - das zeichnet sich jetzt schon ab - nicht leisten; obwohl die betriebswirtschaftliche Situation als stabil bewertet werden muss.

(Beifall DIE LINKE)

Das ist doch gerade die Diskussion mit kurzfristig oder mit den Zeitverhältnissen beim Handeln. Wir wollen doch ein politisches Zeichen setzen, dass aufgrund der guten betriebswirtschaftlichen Situation die Chance bestehen muss, dass das auch so bleiben kann für diese Unternehmen. Das fordert ganz deutlich, jetzt zu handeln.

(Beifall DIE LINKE)

Deshalb fordern wir, dass der Bund und das Land hier die von den Banken geforderten höheren Sicherheiten der Investitionskredite für die Unternehmen absichern. Da ist schon klar, wenn Staat und Bankensektor Bürgschaften von 400 Mrd. € übernehmen, ist es keine überzogene Forderung, meine Damen und Herren, für den Bereich der KMU ein vergleichsweise niedrigeres Bürgschaftsengagement des Staates zu erwarten.

(Beifall DIE LINKE)

Aufgrund der Thüringer Wirtschaftssituation und Wirtschaftsstruktur ist das für uns sogar eine besondere Herausforderung. Das bringt einige Unternehmen aufgrund der Kostenstruktur und der Gewinnsituation ansonsten in Existenzprobleme, wenn wir hier nicht gegensteuern. Und wenn selbst Unternehmerverbände, wie zum Beispiel Dr. Miltzer vom Thüringer Verband der Automobilzulieferindustrie, hier ein Zinshilfeprogramm für Unternehmen fordert, sollten wir den Umfang der Probleme nun doch wirklich erkennen und auch Sie sollten das tun und sollten an diesen Stellen handeln.

(Beifall DIE LINKE)

Ich will hier auch an dieser Stelle formulieren, ich komme noch einmal darauf zurück, Menschen, die Kredite für ihre Häuser laufen haben, sorgen sich natürlich wegen drohender Arbeitslosigkeit und damit drohender Vollstreckung und den Ausfall von Kreditzahlungen, um ihr Wohneigentum, um ihre Lebensumstände in diesem Zusammenhang. Gerade weil wir wollen, dass auch in dieser schwierigen Lage optimistisch an die Lebensverhältnisse herangegangen werden muss, müssen wir auch in diesem Bereich Maßnahmen vorschlagen.

Meine Damen und Herren, nun zur Situation der Kommunen. Diese sorgen sich natürlich auch, das ist in diesen Tagen oft zu hören, wegen möglicher Auswirkungen infolge eigener Geschäfte am Finanzmarkt. Die Finanzkrise ist also auch in den Thüringer Kommunen - an der Feststellung führt nichts vorbei - angekommen. Im Rahmen des Schuldenmanagements haben die Thüringer Kommunen Derivatgeschäfte aus Swap und Doppelswap abgeschlossen. Diese Spekulationsgeschäfte auf ein künftiges Zinsniveau verursachen jetzt unter Umständen Verluste, weil die Zinsen für kurzfristige Kredite stark gestiegen sind. Hier muss umgehend geprüft werden, unter welchen Voraussetzungen diese Geschäfte aufgelöst werden können, um so den Schaden zumindest zu minimieren. Geprüft werden sollten natürlich auch alle Geldanlagemodelle der Kommunen in dieser Hinsicht. Dafür hat das Land eine Verantwortung. Hochriskante Anlagemodelle sollten ebenfalls kurzfristig beendet werden, selbst wenn die Renditeerwartungen sinken. Ebenso wie Unternehmen haben auch Kommunen höhere Zinsbelastungen für Kassenkredite aufzubringen. Hier wäre ein Zinshilfsprogramm für betroffene Städte und Gemeinden aus unserer Sicht zumindest sehr diskussionswürdig, meine Damen und Herren.

(Beifall DIE LINKE)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, meine Fraktion fordert, wie bereits hier erwähnt, ein Konjunkturprogramm auf der Bundesebene. Es mehrten sich deutlich die Stimmen aus allen Bereichen der Gesellschaft und auch der Wirtschaft, die dies fordern. Wir haben schon von Christoph Matschie gehört: In der Bundesregierung wird es diskutiert, aber es wird, wie ich das heute vernommen habe, vor allen Dingen darum gestritten. Das lässt mich natürlich nicht sehr optimistisch auf diese Entwicklung blicken. Ich will aber auch sagen: Wir lehnen selbstverständlich ab, Steuersenkungen für Großunternehmen und Vermögende weiterhin in Erwägung zu ziehen, denn damit würde es nicht nur zur weiteren Erosion der öffentlichen Haushalte kommen, was wir für völlig unzulässig halten. Wir wollen im Gegenzug eine Ausweitung der öffentlichen Investitionstätigkeit und die Stärkung der Kaufkraft. Das betrifft natürlich auch die Frage der Löhne ganz zentral. Ich sage das hier noch einmal mit aller Deutlichkeit: Lohnkürzungen und Lohndumping sind die falschen Zeichen. Ein prozyklisches Hineinsparen in die Krise, meine Damen und Herren, wäre ein verhängnisvoller Fehler in diesen Tagen.

(Beifall DIE LINKE)

Wir sind allerdings die Finanzierung betreffend fest der Überzeugung, dass die Frage der Steuergerechtigkeit und der Umverteilung unbedingt auf die Agen-

da gehört. Zum einen, weil eine der Hauptursachen der heutigen Krise die jahrelange Aufhäufung unglaublicher privater Vermögen ist und zum anderen, weil die nun vor uns stehenden Lasten unbedingt solidarisch nach dem Prinzip der Leistungsfähigkeit zu tragen sind, meine Damen und Herren. Diese politische Forderung bleibt für uns das A und O.

(Beifall DIE LINKE)

Auch wenn wir wissen, dass die Ankurbelung der Binnenkonjunktur nur ein Baustein bei der Bewältigung der Krise sein kann, hat unsere Fraktion gerade deshalb jetzt eine Reihe von Vorschlägen unterbreitet. Ich möchte jedoch vorab betonen, Steuererleichterungen lösen in diesem Zusammenhang das Problem jedenfalls nicht, weil damit große Teile der Bevölkerung, Rentner, Hartz-IV-Empfänger und auch 30 Prozent der Lohnempfänger, überhaupt nicht erfasst werden, meine Damen und Herren.

Wir brauchen also bundesweit eine Verbesserung der Rente. Wir brauchen mindestens Verbesserungen bei den aktuellen Sätzen von Hartz IV. Wir brauchen bessere Löhne, meine Damen und Herren. Wir können so die Stärkung der Binnenkaufkraft erreichen. Erneut möchte ich an dieser Stelle sagen, weil es auch zu dieser Problematik gehört: Ein Mindestlohn für die Bundesrepublik Deutschland ist unter diesen Gesichtspunkten wichtiger denn je. Geben Sie, meine Damen und Herren von der Union, endlich Ihren Widerstand dagegen auf.

(Beifall DIE LINKE)

Aber, und das vermisste ich übrigens in Ihren Ausführungen, Herr Althaus, ganz deutlich, wir können auch selbst im Lande aktiv werden und konkret etwas tun. Wir meinen, die Landesregierung muss jetzt handeln. Dazu möchte ich an dieser Stelle noch einmal einige Vorschläge unterbreiten bzw. bekräftigen:

1. Wir sollten uns beschleunigt darum bemühen, die Finanzausstattung der Kommunen zu verbessern.

(Beifall DIE LINKE)

Dazu könnte man die kommunale Investitionspauschale wieder einführen. Wir hatten das schon. Man könnte auch das Haushaltsrecht novellieren, so dass die Kommunen sogenannte rentierliche Investitionen bzw. zusätzliche Kredite aufnehmen dürfen und die sogenannten alternativen Finanzierungsmodelle damit verbunden dann gesetzlich untersagt werden könnten, meine Damen und Herren. Das wären Schritte, die sind im Rahmen unserer Möglichkeiten realisierbar im Land.

(Beifall DIE LINKE)

2. Wir sollten Investitionsvorhaben des Landes vorziehen. An der Stelle kann ich an Christoph Matschie anschließen: Investitionen im Bildungsbereich, Investitionen bei der Sanierung von Schulen, verbunden mit ökologischen und nachhaltigen Maßnahmen, desgleichen im Bereich von Sport- und Kindereinrichtungen sind für dieses Land dringend notwendig und sie könnten in mehrererlei Hinsicht positive Akzente gerade in der jetzigen Zeit setzen.

(Beifall DIE LINKE)

Eine solche Variante würde im beträchtlichen Maße Auftragsvergaben auslösen, von denen Unternehmen und Beschäftigte gleichermaßen profitieren würden wie die Gemeinden und Bürgerinnen und Bürger insgesamt. Damit würden wir zugleich ein wichtiges Sicherheitssignal an die Bevölkerung insgesamt, aber natürlich auch an die Wirtschaft im Land Thüringen aussenden. Deshalb sind solche konkreten Maßnahmen jetzt gefragt. In diesem Zusammenhang sollte auch die sofortige Auszahlung noch ausstehender Rechnungen an Auftragnehmer aus öffentlichen Aufträgen bzw. den Aufträgen öffentlicher Beteiligungsunternehmen vorgenommen werden, um die Liquiditätsbasis entsprechend zu verbessern.

3. Wir sollten über das Ausweiten, nicht nur über das Realisieren, von revolving Fonds in der Wirtschaft nachdenken. Wir haben oft in diesem Haus darüber debattiert. Ich sehe hier ganz akuten Handlungsdruck und auch die Möglichkeit zu handeln.

4. - das will ich noch mal ganz grundsätzlich sagen: Wer immer noch mit der Position durch das Land reist, dass wir ein Verschuldungsverbot in der Verfassung brauchten hier in Thüringen, der ist auf völlig falschem Kurs und völlig weg von den realen Einschätzungen der Lage in diesen Tagen. Wir brauchen antizyklisches Handeln und das brauchen wir grundsätzlich. Deshalb ist für uns ein Verschuldungsverbot in der Thüringer Verfassung in keinsten Weise zu akzeptieren und jetzt noch verstärkt aus unseren Gesichtspunkten heraus abzulehnen.

(Beifall DIE LINKE)

(Zwischenruf Reinholz, Minister für Wirtschaft, Technologie und Arbeit: Da habt ihr die DDR ja in Grund und Boden gefahren auf die Art und Weise.)

Wir könnten sachlich debattieren, das hat dem Haus bis heute gut getan.

5. schließlich, meine Damen und Herren, sollten wir einige Überlegungen miteinander besprechen, die Programme ermöglichen, den Bundesbürgschafts-

rahmen auf dieses Land Thüringen zu übertragen. Dies ist wichtig, um den kleinen und mittelständischen Unternehmen in ihren Finanzproblemen tatsächlich helfen zu können. Es geht um die Absicherung von Kontokorrentkrediten, aber auch um die Absicherung von Hypotheken. Ich höre ja kritische Stimmen wohl, aber es gibt nicht nur die von Ihnen zu Recht positiv erwähnten Sparkassen in Thüringen, es gibt auch noch andere Banken und darüber haben wir nicht den Überblick in so guter Art und Weise. Deshalb ist dieses Thema für uns durchaus ein Thema. Es geht darum, Betroffene zu unterstützen, die ohne ihre Schuld und die der Betriebe durch die Finanzkrise in Arbeitslosigkeit kommen. Selbstverständlich müssen wir konkrete Bedingungen und Modalitäten dabei beraten, aber so etwas gemeinsam in Angriff zu nehmen ist dringend notwendig.

Meine Damen und Herren, selbstverständlich ist es so, dass gegenwärtig eine Situation herrscht, wo nach wie vor nicht ausgeschlossen ist, dass der hier schon erwähnte Kasinokapitalismus nur in seiner aktuellen Krisenlage betrachtet renoviert werden soll, und dass man dann, wenn die größten Schwierigkeiten ausgeräumt sind, wieder zum Alten zurückgeht. Das hieße dann wirklich, dass die Zeche für eine grundsätzlich verfehlte Politik, diese Politik der Deregulierung, die auch die Thüringer CDU und ihre Landesregierung stets mit großer Konsequenz vertreten haben, im Grunde genommen alle Menschen in diesem Land tragen sollen, insbesondere auch die mit niedrigen und geringen Einkommen, insbesondere die älteren Menschen in diesem Land, insbesondere junge Menschen in diesem Land, die besonders unserer Unterstützung bedürfen. Diese Art von Umverteilung darf nicht so weitergehen, die müssen wir auch und gerade in der gegenwärtigen Situation insbesondere bekämpfen. Dieser Kasinokapitalismus, diese Art und Weise, Finanzpolitik von realer Wirtschaftspolitik abzukoppeln, diese Politik, immer wieder Billiglöhnen das Wort zu reden, diese Politik, im Grunde genommen immer wieder auf den Lasten der Schwachen die großen Vermögen und die großen Banken und Wirtschaften in diesem Land zu stützen, die hat uns überhaupt erst in diese Krise geführt, die eine existenzielle ist, meine Damen und Herren. Deshalb sind wir jetzt gefragt, da grundlegend gegenzusteuern. Danke schön.

(Beifall DIE LINKE)

(Unruhe CDU)

(Zwischenruf Abg. Wehner, CDU: So ein Quark.)

Präsidentin Prof. Dr.-Ing. habil. Schipanski:

Das Wort hat Abgeordneter Günther, CDU-Fraktion.

(Zwischenruf Abg. Mohring, CDU: Er hat eine Rede gehalten wie auf einem Parteitag.)

(Glocke der Präsidentin)

Abgeordneter Günther, CDU:

Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine Damen und Herren Kolleginnen und Kollegen, hier und heute, denke ich, ist nicht Panikmache, sondern Vernunft angesagt - dies vorab.

Fakt ist, wir haben eine Finanzkrise. Fakt ist aber auch, dass der Krise rasch und nachhaltig auf Bundesebene begegnet wurde.

(Beifall CDU)

Fakt ist weiter, die Wirtschaftsexperten sehen Deutschland am Rande einer Rezession, die bis weit ins nächste Jahr andauern könnte. Fakt ist aber auch, dass Rezession heißt, dass der wirtschaftliche Output über mindestens zwei aufeinanderfolgende Quartale schrumpft. Ein Wachstum von 0,2 wäre daher für mein Verständnis als Stagnation zu bezeichnen. Hier müssen wir allerdings die weiteren Prognosen, aber auch statistische Ergebnisse abwarten. Für das vergangene Quartal können wir solche Argumente schlichtweg nicht bestätigen. In den Bereichen Industrie, Umsatz/Absatz auf dem inländischen Markt, Auslandsabsatz, Exportquote und Beschäftigungsentwicklung konnte Thüringen im Vergleich zu den Vorjahresmonaten und im bundesdeutschen Vergleich ein sehr gutes Ergebnis erzielen. Lediglich der Umsatz je Beschäftigten stieg langsamer als im gesamtdeutschen Vergleich, aber er stieg. Genaue Zahlen möchte ich uns ersparen, die hat sich jeder von Ihnen in den Meldungen des Statistischen Landesamts sicherlich angesehen und diese nachgelesen. Angesichts einer solchen Entwicklung ist es falsch, schon jetzt von umfassender Rezession zu sprechen. Natürlich möchte ich eine ernste Lage nicht schönreden; die weltweite Krise der Finanzsysteme wird neben den unweigerlich tiefen und schweren Einschnitten in die Gesellschaften, an deren Anfang wir jetzt stehen, mit Sicherheit Auswirkungen auf die Realwirtschaft haben. Vielfach angesprochen wurde heute der Bereich „Automotive“. Wie tiefgreifend und wie intensiv sich diese für Thüringen auswirken werden, kann man zurzeit nicht absehen. Noch sprechen die Wirtschaftsdaten für einen robusten Zustand vor allem des industriellen Sektors in Thüringen. Wir müssen aber mit einem Nachfrageeinbruch rechnen und davor die Augen zu verschlie-

ßen, wäre schlichtweg verantwortungslos. Insgesamt kommt es aus meiner Sicht darauf an, das Vertrauen der Konsumenten nicht ins Bodenlose sinken zu lassen. Es ist jetzt wichtig, den Konsum zu stützen. Hier finde ich mit meiner Fraktion den Gedanken bzw. die Aufforderung von Prof. Straubhaar sinnvoll, jedem Bürger eine Steuergutschrift zukommen zu lassen.

Wir können hier und heute nur die Fakten präsentieren, die sich uns heute darstellen, und müssen daraus die richtigen Schlüsse und notwendigen Konsequenzen ziehen. Natürlich gibt es Industriezweige, die einen Abschwung schneller spüren als andere. Jeden werden die Meldungen der Automobilbauer in den Ohren klingen und natürlich auch der nachgelagerten Zulieferer. Gerade hier ist die Sorge insbesondere berechtigt. Auch andere große Konzerne weltweit geben Horrormeldungen heraus. Ich nenne hier neben den Automobilbauern nur den Bereich Sony. Was aber bewirken diese Meldungen? Sie verunsichern. Angesichts solcher Meldungen werden Menschen ihr Geld zusammenhalten und keine Investitionen tätigen, die nicht auch noch ein Jahr länger warten können. Gerade wenn es um so große Ausgaben für eine Familie wie um ein Auto geht. Das Ergebnis ist eine sinkende Binnennachfrage mit dem Effekt, je mehr wir uns in die Vorstellung einer Krise bewegen, umso schneller und sicherer wird uns diese Krise auch erreichen; das dürfen wir nicht zulassen, meine Damen und Herren. Daher sollen und werden wir auch kein Unternehmen im Stich lassen, welches kurzfristige Hilfe benötigt. Was wir sicher brauchen werden, sind Überbrückungshilfen für Unternehmen, die kurzzeitig durch die Finanzkrise in Schieflagen geraten sind oder weitere vertrauensbildende Maßnahmen der Landesregierung, die insgesamt zu einer Stabilisierung der Lage führen.

(Beifall CDU)

Eines darf jetzt jedenfalls nicht passieren, dass wir im Strudel der Finanzkrise Arbeitsplätze verlieren und der erfreuliche Beschäftigungsaufbau vor allem in der Industrie der letzten Jahre stehen bleibt oder sich gar umkehrt. Damit verbindet sich ein Appell auch an die Unternehmen, jetzt nicht die Nerven zu verlieren und mit einer gewissen Zuversicht und mit Besonnenheit auf das Aufgebaute und Erreichte zu vertrauen.

(Beifall CDU)

Personalabbau muss das letzte Mittel sein. Wir müssen uns verdeutlichen, worum es überhaupt geht, und es ist tatsächlich keine Kleinigkeit. Es geht um das Vertrauen der Bürger in Politik, in die soziale Marktwirtschaft, in die sozialen marktwirtschaftlichen Rahmenbedingungen, in die Maßnahmen und im Er-

gebnis auch, wie die politisch Verantwortlichen es verstehen, Klarheit zu schaffen in den Fragen nach der wirtschaftlichen Entwicklung, nach den Sorgen der Bürger um ihr Ersparnis, ihr Konto und schließlich auch um ihre Altersvorsorge. Hier muss Vertrauen geschaffen werden. Ich kann Sie daher nur auffordern, beschwören Sie nicht schon wieder eine extreme Krise und hören Sie auf, die Landesregierung zu unsinniger Geldvernichtung aufzufordern. Thüringen ist dank der vorausschauenden Politik der Landesregierung nicht nur auf wirtschaftlicher Ebene für die Zukunft gut gewappnet und die Wirtschaft zeigt sich bislang auch äußerst widerstandsfähig.

Nun noch zu einigen einzelnen Punkten Ihres Antrags speziell. In Punkt 2 Ihres Antrags sprechen Sie Hilfsmaßnahmen für in Not geratene Unternehmen an. Dazu möchte ich Folgendes sagen: Auch gerade für den Mittelstand und das Handwerk wird in der Zukunft eine gewisse Konjunkturabschwächung gesehen. Das hat mit der Finanzkrise aber nicht allein zu tun, vielmehr belasten andere Rahmenbedingungen mittelständische Unternehmen nachhaltig. Hier sind besonders die Regulierung des Arbeitsmarkts, bürokratische Hürden, insgesamt das derzeitige Konjunkturklima sowie Steuer- und Abgabenbelastung zu nennen. An diesen Punkten muss man ansetzen und genau das sind wir kontinuierlich in der Vergangenheit auch angegangen. Was aber noch viel schwerer wiegt, das ist die Tatsache, dass Sie ein solches Hilfsprogramm perfekt ausgefeilt und für alle Eventualitäten gerüstet bis November vorgelegt bekommen möchten, wahrscheinlich um es dann, wie in der Vergangenheit erlebt, in der Luft zu zerreißen. Hierzu, liebe Kolleginnen und Kollegen, brauchte es aber eben genaue Analysen und wohlüberlegtes Handeln und keine Schnellschüsse.

(Zwischenruf Abg. Blechschmidt, DIE LINKE: Im Bundestag haben die es in einer Woche geschafft, da werden wir das doch in einem Monat hinbekommen.)

Deshalb sagte ich am Anfang, keine Panik, sondern Vernunft ist angesagt.

(Beifall CDU)

Um es klar zu sagen: Hilfen für Unternehmer - ja, jederzeit und gern, aber eben nicht mit der Brechstange und nicht am falschen Ende. Besonders wichtig scheinen auch die sogenannten Mitnahmeeffekte, die auszuschließen sind. Denn wollen wir uns doch nichts vormachen, auf diese Mitnahmeeffekte warten doch viele, die ihre Unternehmen jetzt schon schwierig unter Dampf halten können, die springen dann auf und sagen, alles liegt an der Finanzkrise. Wir müssen unter unseren Unternehmen für Ver-

trauen werben, ihnen klarmachen, dass eine kleine Rezession bei aller Ernsthaftigkeit vorbeigeht und Investitionen sich dennoch lohnen. Hier sind die Thüringer Aufbaubank und das Wirtschaftsministerium insbesondere gefragt. Landeseigene Förderinstrumentarien sind zur Abwendung der negativen Auswirkungen der Bankenkrise auf die Wirtschaft auf ihre Wirksamkeit hin zu überprüfen und gegebenenfalls weiter zu öffnen.

Zum dritten Punkt: Meine ganz persönliche Meinung ist, Konjunkturprogramme sind abzulehnen. Die Wirksamkeit solcher Programme steht infrage, wie Erfahrungen der Vergangenheit gezeigt haben. Es wäre überhastet und würde lediglich einzelne Strohfeuer setzen. Zudem wäre dies den Haushalten in keiner Weise zuträglich und wir halten an dem Neuverschuldungsverbot fest. Dem Vorziehen von Investitionen des Landes hingegen wird man sich nicht grundsätzlich verschließen. Aber auch diese Maßnahmen, liebe Kolleginnen und Kollegen, müssen im Vorfeld genau geprüft werden. Gerade jetzt, wo Thüringen auch unter dem Vorzeichen der Finanzkrise seinen ausgeglichenen Haushalt bewahren kann, sollte jede Form der Neuverschuldung vermieden werden. Um den Bürgern des Freistaats wie auch der ganzen Republik wirklich zu helfen, wäre es notwendig, dafür zu sorgen, dass jeder Einzelne am Ende mehr in der Tasche hat. Senkungen der Lohnnebenkosten und andere Steuersenkungen wären die richtigen Signale, um die Wirtschaft durch mehr Kaufkraft anzukurbeln. Das würde das Vertrauen nachhaltig stärken und einen Weg aus der Krise bedeuten. Neben den Regularien, die die Finanzpolitiker weltweit zu finden haben, müssen wir uns auch Gedanken machen, wie wir unsere soziale Marktwirtschaft als bewährtes Koordinatensystem erneuern können. Ein Schritt, um das Vertrauen der Menschen in die soziale Marktwirtschaft zurückzugewinnen, muss lauten, eine Haltelinie in die hemmungslose Geldgier einiger weniger Manager und Vorstände zu ziehen, damit die Schere zwischen Arm und Reich in Deutschland nicht noch weiter auseinandergeht. Es kann nicht sein, das sage ich auch in aller Deutlichkeit, dass Managern selbst nach Misswirtschaft obszöne Abfindungen gezahlt werden, die das Unternehmen irgendwann noch steuerlich absetzen kann und die damit am Ende den kleinen Steuerzahler mitbelasten.

(Beifall CDU)

Eine andere Frage ist die der persönlichen Haftung. Hier muss eine Regelung her, um die gravierenden Gerechtigkeitslücken zwischen Einzelunternehmern oder Familienunternehmen und den Managergehältern bei Misswirtschaft endlich zu schließen. Ich warne aber vor einer generellen Infragestellung der Trennung von Staat und Wirtschaft. Dem un-

differenzierten Ruf nach Verstaatlichung muss eine klare Absage erteilt werden.

(Beifall CDU)

Wir sollten immer daran denken, dass unser Wohlstand nicht in der Staatswirtschaft, sondern in der sozialen Marktwirtschaft begründet liegt.

(Beifall CDU)

Im Übrigen sind es die Staatsbanken, die zumindest in Deutschland die größten Schwierigkeiten haben. Eine erneuerte soziale Marktwirtschaft, und ich glaube, dass in dieser Krise auch eine Chance liegt, ist allemal besser, als staatlich dirigierte kommunistische Planwirtschaft.

(Beifall CDU)

Die Gunst Ostdeutscher zu sein, besteht gerade darin, genau das beurteilen zu können. Und ich bin froh, dass sich die Bundeskanzlerin den vorschnellen Rufen nach Verstaatlichung aus Frankreich nicht hingibt.

Meine Fraktion, liebe Kolleginnen und Kollegen, bittet die Landesregierung, Beteiligungs- und Bürgerschaftsprogramme des Landes an die Situation anzupassen. Ebenso sollte das Programm „GuW Plus“ aufgestockt bzw. weiter geöffnet werden. Dies als konkrete Vorschläge unserer Fraktion neben unserem Alternativantrag.

Mein Fazit: Kein Aktionismus, aber konzentrierte Vorbereitungen der Landesregierung auf ein Maßnahmenpaket zu möglichen Überbrückungshilfen. Genau so wenig halte ich davon, jetzt zusätzliche Milliarden im Beton zu versenken. Zumindest der Arbeitsplatzeffekt dürfte eher geringer sein. Dennoch, wenn Herr Tiefensee zusätzliche Mittel in den Infrastrukturausbau lenken will, dann werden wir uns hier nicht verweigern. Gebäudesanierung kann aber da nur ein kleiner Baustein sein. Ich denke eher an den seit vielen Jahren hoffnungslos unterfinanzierten Straßenbau.

(Unruhe CDU)

Wenn es nun zu einem zügigen Bau zum Beispiel der B 90 neu kommen könnte, wäre das eine von Nachhaltigkeit geprägte Entscheidung. Die Anbindung hätte mit Sicherheit in Schwarzburg zur Folge, dass eine zweite Papiermaschine aufgestellt wird. Das würde klar bedeuten, Schaffung neuer Arbeitsplätze direkt bei Jass und natürlich auch bei den vielen Zulieferern und Handwerksbetrieben wäre die direkte Folge. Das wäre ein echt gutes Signal.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, die CDU-Fraktion sieht das Berichtersuchen als erfüllt an und lehnt im Übrigen die Anträge der Opposition ab. Vielen Dank.

(Beifall CDU)

Präsidentin Prof. Dr.-Ing. habil. Schipanski:

Das Wort hat Abgeordneter Huster, Fraktion DIE LINKE.

Abgeordneter Huster, DIE LINKE:

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Kollege Günther, nach Ihrer Rede, die ich von der Tonlage her durchaus als angenehm empfunden habe und auch manchen Inhalt habe ich als angenehm empfunden, aber nach Ihrer Rede habe ich doch noch größere Zweifel als vorher. Wenn ich nämlich Ihre Rede und Ihre Intention mit dem Antrag vergleiche, den die CDU-Fraktion hier auf den Tisch gelegt hat, dann ist es ein Unterschied zwischen Tag und Nacht.

(Beifall DIE LINKE)

Zumindest in Teilen Ihrer Rede haben Sie eine inhaltliche Begründung gegeben, warum man unserem Punkt II zustimmen muss, nämlich die Landesregierung bis November zu beauftragen, Maßnahmen für in Not geratene Unternehmen und in Not geratene Kommunen hier vorzulegen. Ich meine, dass Ihre inhaltliche Begründung, Ihre Beschreibung der Probleme, die wir haben und die auf uns zukommen, ganz und gar nicht zu dem passt, was im CDU-Antrag steht.

(Beifall DIE LINKE)

Insofern gebe ich meiner Verwirrung Ausdruck.

(Zwischenruf Abg. Mohring, CDU:
Scheinwiderspruch!)

Vielleicht klären Sie diesen Scheinwiderspruch auf, wenn er denn nur ein Scheinwiderspruch ist.

Meine Damen und Herren, wir haben uns bereits im Oktober zur Finanzmarktkrise verständigt. Neben der Einigkeit in analytischen Fragen scheint mir an der einen oder anderen Stelle sehr stark noch zum Ausdruck zu kommen bei den Kollegen der Union, dass wir in Deutschland doch nicht ganz so stark betroffen sein werden. Ich behaupte, das ist mehr die Hoffnung, die daraus spricht, glaube aber, dass Sie in der Analyse der Krise noch nicht so tief eingestiegen sind, um das Risiko real zu bewerten bei allen Unwägbarkeiten, die vorhanden sind.

(Beifall DIE LINKE)

Da will ich nicht so weit zurück, dass Steinbrück vor Wochen noch im Bundestag erklärt hat, das ist ein Problem der Amerikaner. Also da scheint ja in der Zwischenzeit ein Lernprozess bei ihm eingetreten zu sein.

Frau Ministerin, nur ein paar Zahlen: Die deutschen Banken sind diejenigen Banken, die sich bei der Verzockerei in Island im Volumen am meisten hervorgetan haben. Wir reden dort noch von 21 Mrd. Verbindlichkeiten. Das ist noch kein Maßstab gegenüber den Milliarden, die in Irland verzockt wurden, 241 Mrd. stehen da aus, deutsche Banken an der Spitze der Spekulationen. Und Banken aus Deutschland waren überdimensional engagiert in Spanien, wo die Immobilienblase platzt, in Italien und in Großbritannien. Sie haben erwähnt, dass mit dem Kreditkartenmarkt weitere Risiken auf Europa insofern zukommen, da viele dieser Pakete mit nach Europa verkauft wurden. Wir haben mittlerweile im Bereich der Hedgefonds Prognosen, dass 30 Prozent der Hedgefonds - und es gibt in der Welt mehr als 10.000 - möglicherweise vor dem Aus stehen, weil der Druck zu groß wird, so schnell wie möglich Liquidität zu beschaffen. Wir haben einen Markt im Bereich der Derivate, der noch um ein Vielfaches höher liegt als das, was wir im Bereich der Kreditkarten und jetzt der Immobilienblase bereden.

Aus der realen Wirtschaft haben wir Anzeichen, dass es einen enormen Nachfrageeinbruch in vielen Bereichen der Wirtschaft gibt. Wir haben die Automobilindustrie auf Thüringer Verhältnisse schon angesprochen. Es gibt, wer heute die Tagespresse liest, die ersten Signale aus dem Bereich Hotel- und Gaststätten, die sich über ausbleibende Buchungen beispielsweise von Großkunden äußern, jeweils immer an die Politik gewandt und um Unterstützung, zumindest um Begleitung und um Hilfe bittend. Das sollten wir in jedem Fall sehr ernst nehmen.

Meine Damen und Herren, da bin ich bei Herrn Matschie, der uns vorgeworfen hat, wir hätten seit Jahren Konjunkturprogramme gefordert und die wären in den letzten Jahren nicht notwendig gewesen und jetzt notwendig gewesen. Ich will zumindest hier den Versuch einer Argumentation unternehmen, warum ich glaube, dass ein Teil des Problems in einer falschen wirtschaftlichen Konzeption liegt.

Wir haben derzeit mit Auswirkungen auf Thüringen zu kämpfen, zumindest werden diese Befürchtungen laut. Eine dieser Befürchtungen, Frau Ministerin, die haben wir besprochen im Haushalts- und Finanzausschuss unter der Maßgabe: Was passiert eigentlich in den nächsten Wochen und Monaten auf dem osteuropäischen Markt? Die Kontroverse war:

Sind die Thüringer Unternehmen stärker von einem möglichen Nachfrageeinbruch auf dem osteuropäischen Markt betroffen oder nicht? Der Ministerpräsident des Landes Sachsen-Anhalt, Herr Böhmer, wird heute mit den Worten zitiert, er glaubt im Fall einer tiefergehenden Rezession, dass der Osten insgesamt stärker von steigender Arbeitslosigkeit betroffen sein könnte. Er begründet das mit der geringeren Eigenkapitalbasis ostdeutscher Unternehmen. Ich möchte dem hinzufügen, dass wir tatsächlich aufgrund der letzten Jahre anfälliger sind. Das hängt auch mit dem osteuropäischen Markt zusammen. Der internationale Währungsfonds will dort helfend tätig werden. Warum hat das etwas zu tun mit der Bemerkung von Herrn Matschie? Ich glaube, dass die Konzeption, die in Deutschland in den letzten Jahren gefahren wurde, auch mittels Steuerpolitik, die deutschen Unternehmen so fit zu machen, so konkurrenzfähig zu machen, dass vor allen Dingen und zuallererst Produkte hier aus Deutschland weltweit zu verkaufen waren. Das wurde letztlich auch erkaufte mit einer Drosselung der Einkommen hier im Land, mit einer Schwäche der Nachfrage hier im eigenen Land, mit einer schwachen Binnennachfrage. So ist es kein Wunder, Frau Ministerin, dass wir uns die letzten zwei Jahre während des Aufschwungs gewundert haben, warum so wenig von dem konjunkturellen Aufschwung, wo Deutschland wieder Exportweltmeister geworden ist, bei den Leuten, die diesen Mehrwert erarbeitet haben, angekommen ist.

(Beifall DIE LINKE)

(Zwischenruf Diezel, Finanzministerin: Preisentwicklung!)

Dieses, meine Damen und Herren - das hat auch mit Preisentwicklung zu tun, natürlich -, ist jetzt in der Krise. Wenn wir es jetzt nicht sehen, dass diese Konzeption auf Sand gebaut ist, jetzt in der Krise würde diese Achillessehne dieser gesamten Konzeption klarer, nämlich in dem Moment, wo andere Länder nicht mehr in der Lage sind, weil in den Ländern eine massive Kapitalflucht einzusetzen droht und schon eingesetzt hat, dann nimmt ihnen hier im Land keiner Produkte ab. Das trifft natürlich unmittelbar eine Industrie wie in Thüringen, die in den letzten Jahren massiv auf Export getrimmt worden ist.

(Beifall DIE LINKE)

Das sind die Zusammenhänge und das ist auch der Widerspruch zu Herrn Matschie. Wir hätten in den letzten Jahren, gemessen auch an dem Wachstum der Wirtschaft, was es immer gab, die Menschen viel mehr an den Mehrwerten beteiligen müssen über höhere Löhne, um uns in gewisser Weise auch zu schützen. Jetzt, denke ich, treten die Gefahren dieser Konzeption offen zutage. Meine Hoffnung, Frau Mi-

nisterin, ist wirklich, auch an die CDU-Fraktion gerichtet, dass, wenn wir das überstehen, es danach in diesem Land, aber auch in Europa endlich die Grundlage dafür gibt, eine wirtschaftspolitische Konzeption zu erarbeiten, die einerseits international verflochten ist, das ist gar keine Frage, aber die andererseits die Binnennachfrage, damit die Kaufkraft und damit die Frage der Löhne endlich so ernst nimmt, damit solche Katastrophen auch in Zukunft verhindert werden können.

(Beifall DIE LINKE)

Meine Damen und Herren, ich will das auch so dringlich sagen, weil Herr Barroso bei seinem Besuch in China die Chinesen dafür kritisiert hat, dass ihre Wirtschaft viel zu starke Handelsbilanzüberschüsse erzielt und ein Teil des Problems ist, dass die Ungleichzeitigkeit in der Welt verstärkt wird durch Nationen, die extreme Handelsbilanzdefizite haben und andererseits durch Nationen, die extreme Handelsbilanzüberschüsse haben. Deutschland gehört da eigentlich mit in die Liga solcher Nationen wie China, die extreme, viel zu hohe Handelsbilanzüberschüsse erwirtschaften. Das ist ein Teil dieser Ungleichzeitigkeit in der Welt, die in den letzten Jahren immer hier gefeiert wurde als die Ultima Ratio und ich glaube, die ist falsch. Die ist falsch, weil die Binnennachfrage hier nicht mithalten kann und jetzt zur Achillessehne wird, meine Damen und Herren.

In dem Sinne will ich Ihnen ein weiteres Beispiel nennen. Die IHK in Erfurt, die sicherlich seit Jahren - und Sie werden das wissen, auch wenn der Wirtschaftsminister die jeweiligen Erfolge aus seiner Sicht dargestellt hat, die Exportquote Thüringer Unternehmen wurde hier immer als ein Erfolg gefeiert. Jetzt haben wir die Situation -

(Zwischenruf Abg. Seela, CDU)

ja, Herr Seela -, dass die IHK angesichts der Krise erklärt, ein Glück, dass wir nicht so eine hohe Exportquote haben, das sichert uns noch ein bisschen was. Da sehen Sie doch, dass Ihre Konzeption schlichtweg eine Schönwetterkonzeption ist, die produziert Krisen und die ist nicht krisenfest. Deshalb ist diese Konzeption falsch.

(Beifall DIE LINKE)

(Unruhe CDU)

Meine Damen und Herren,

(Zwischenruf Abg. Mohring, CDU:
Bei der DDR war es Staatsbankrott!)

ja, Herr Mohring, wenn der krisenfest gewesen wäre, gäbe es ihn noch. Wir haben jetzt mit einer schweren wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Krise zu tun, bei der das Ende tatsächlich noch nicht absehbar ist. Das spricht dafür, dass Probleme energisch gelöst werden müssen. Ihr Antrag suggeriert: Weiter so! Das ist falsch.

(Beifall DIE LINKE)

Meine Damen und Herren, da bin ich bei den Anträgen dank der Beteiligung des Kollegen Mohring an der Diskussion. Ich will zu den SPD-Anträgen nur so viel sagen, Herr Höhn, dass uns aufgefallen ist, dass man den ersten beiden Punkten, also den Punkten 2 und 3 Ihres Antrags zustimmen kann, auch weiteren Punkten in Ihrem Antrag, aber nur unter der Maßgabe zustimmen kann, dass sie äußerst allgemein formuliert sind, und ich vermute, so formuliert sind, dass Sie sich doch mehr auf den Konflikt zwischen Ihnen und Ihrem Koalitionspartner im Bund beziehen. Wir würden dennoch den Punkten 4 und 6 Ihres Antrags ebenfalls zustimmen. Ich will Ihnen aber zumindest für die Kritik ein Beispiel nennen. Ihr völlig allgemein formulierter Punkt 4, den haben wir interpretiert und wir wollten ihn wohlwollend dahin gehend interpretieren, dass Sie sich mit Ihrem Vorschlag gegen direkte Steuersenkungen im Sinne der Konzeption des Wirtschaftsministers Glos aussprechen, sondern für direkte Ausgaben des Staates, um die Wirtschaft anzukurbeln - das unterstellt, können wir dem zustimmen. Aber nehmen Sie bitte die Kritik ernst. Warum steht denn das verdammt noch mal nicht auch so da und wir müssen das interpretieren, ob Sie es gut meinen.

(Zwischenruf Abg. Becker, SPD: Wir
sehen das so, da das so dasteht.)

Ähnlich verhält sich das mit anderen Punkten.

(Zwischenruf Abg. Höhn, SPD: Wir
haben uns ja bewusst zu Ihrem Antrag
nicht geäußert.)

Ich finde, dann sollten Sie sich zu den einzelnen Anträgen unserer Fraktion äußern. Aber ich finde, Herr Höhn, der ist interpretationsfähig. Aber wir haben ja erklärt, wir würden dem zustimmen. Wo wir es nicht können, ist beim Punkt 5 zur Erbschaftsteuer. Nicht, weil wir nicht hinlänglich erklärt haben, dass wir natürlich die Erbschaftsteuer erhalten wollen auch als Einnahmeposition im Landeshaushalt, aber wir wollen sie erhalten und weiterentwickeln. Das, was bisher als Kompromiss auf Bundesebene ausgehandelt war zwischen SPD und CDU und nun von Leuten wie Herrn Mohring infrage gestellt wird, erscheint uns schon als nicht ausreichend. Angesichts der Tatsache, dass in den nächsten Jahren in Deutschland

pro Jahr Vermögen von ca. 200 Mrd. € vererbt werden, hielten wir eine andere Art von Reform für notwendig.

Zum CDU-Antrag, meine Damen und Herren, ist eigentlich alles gesagt, dass die Ausführungen hier im Haus nicht zu dem passen, was im Antrag steht. Unsere Position ist, dass es kein „weiter so“ geben kann. Ihre Strategie zielt bisher zu stark darauf hin, dass das Kasino nach Renovierung insgesamt weiter betrieben und an die alten Besitzer übergeben wird.

Frau Ministerin, Sie widersprechen, aber ich habe von Ihnen noch keine Forderung gehört, dass Hedgefonds verboten werden müssen.

(Beifall DIE LINKE)

Ich habe von Ihnen noch keine Forderung gehört, dass Steueroasen auszutrocknen sind. Ich habe von Ihnen in dem Zusammenhang noch keine Forderung gehört, dass Steuerflucht und Steuerhinterziehung zu bekämpfen sind.

(Zwischenruf Diezel, Finanzministerin:
Die bestrafen wir in den Finanzämtern.)

Ja, die bestrafen Sie in den Finanzämtern, aber immer mit der Ansage, es ist völlig ausreichend. Aber jeder weiß doch, was in Europa und in der Welt los ist und welche Finanzinstrumente wir in den letzten Jahren erst ermöglicht haben.

(Beifall DIE LINKE)

Es fehlt übrigens auch in der Konzeption der SPD ein klares Wort dazu, dass die Hedgefonds natürlich maßgeblich von Rot-Grün in Deutschland erst zugelassen und möglich gemacht wurden. Und da wäre es, denke ich, auch Zeit, mal zu sagen, Moment mal, wir haben damals einen schweren Fehler gemacht, wie wir das heute an den Ergebnissen sehen können.

Meine Damen und Herren, ich will abschließend noch sagen, dass ich Herrn Matschies Einschätzungen teile, wir werden in gewisser Weise die Renaissance des Politischen erleben dürfen. Ich bin überzeugt davon, dass auch in vielen anderen gesellschaftlichen Bereichen eine Debatte stattfinden wird, und die Chancen hier zum Guten liegen. Ich will Ihnen ein Beispiel nennen: Als der Deutsche Bundestag in erster Lesung das Finanzmarktstabilisierungsgesetz beraten hat, das war interessant. Sonst sehen Sie überall Liveschaltungen der beiden Sender n-tv und N24. Die waren an dem Tag nicht anwesend, haben ein bisschen über Sport berichtet und über Sonstiges, was noch so in der Welt passierte. Aber als der Bundestag einen Versuch unternommen hat,

das auszubaden, was in der privaten Wirtschaft und vor allem in der Finanzwirtschaft getrieben wurde, da haben diese Sender, anders als andere öffentlich-rechtliche Sender in Deutschland, dem Publikum keine Möglichkeit gegeben daran teilzuhaben. Ich habe versucht wahrzunehmen, wie hier die Interessenlagen in der Gesellschaft sind. Wenn Sie in Teilen, wer te Kollegen der CDU, den Ernst der Situation annehmen, dann brauchen wir endlich Initiativen in Thüringen; wir haben Vorschläge dazu gemacht. Keiner sagt, das ist das Nonplusultra. Wir haben Vorschläge gemacht, nur müssen wir handeln, davon sind wir überzeugt. Wir müssen handeln, bevor die Krise richtig auf die Realwirtschaft durchgeschlagen hat.

(Beifall DIE LINKE)

Es darf jetzt kein wochenlanges Zögern und Feilschen geben, sondern es muss sich jetzt vorbereitet werden auf die Situation, die wir heute möglicherweise in ihrer Tiefe noch nicht sehen können.

Zweite Bemerkung: Wir müssen erkennen - da bin ich auch ganz sicher und Herr Hausold hat das schon erwähnt -, dass die Frage zwischen Reichtum und Armut zwei Seiten einer Medaille sind. Das muss auch in die Debatte hinein. Nämlich nur dort, wo so massenhafter privater Reichtum eingesetzt werden kann, muss sich auf der anderen Seite die Armut bei den Menschen und in den öffentlichen Haushalten wiederfinden. Das sind zwei Seiten einer Medaille. Und wer das eine Problem lösen will, nämlich Armut bekämpfen, muss auf der anderen Seite Reichtum begrenzen, meine Damen und Herren. Auf den Beitrag der Union an dieser Debatte bin ich, ehrlich gesagt, sehr gespannt.

(Beifall DIE LINKE)

Meine Damen und Herren, abschließend: Mit dem heutigen Tage liegen Ihnen einige Vorschläge der LINKEN vor, einerseits die Situation sowohl in Richtung Bund zu verbessern und zu unterstützen, andererseits selbst im Land Thüringen aktiv zu werden. Diese Vorschläge haben alle nicht den Anspruch, das letzte Wort zu sein, aber sie sind ein Diskussionsangebot und diese Verantwortung haben wir gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern dieses Landes. Herzlichen Dank.

(Beifall DIE LINKE)

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Für die CDU-Fraktion hat sich Abgeordneter Mohring zu Wort gemeldet.

Abgeordneter Mohring, CDU:

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren, seit Wochen hält die Finanzkrise die Wirtschaft und die Menschen in Atem - kein Zweifel, wir sind in einer ernsten Lage. Trotzdem - und das will ich zu Beginn sagen und die Anmerkung sei gestattet - hat die Politik natürlich die Aufgabe, Vertrauen zu schaffen und Sicherheit und Vernunft auch zu signalisieren und Handlungsfähigkeit zu beweisen. Aber es gehört auch zu einer realistischen Einschätzung dazu, dass wir uns darüber Gedanken machen sollten, dass dieser Landtag in Thüringen ein wichtiger Baustein im föderalen Gebilde der Bundesrepublik Deutschland ist, aber dieser Landtag mit Sicherheit nicht in der Lage sein wird, allein die globalen Zusammenhänge so zu verändern, dass sie in vernünftige Bahnen kommen.

(Beifall CDU)

Es ist gut, dass wir uns austauschen, aber wir sollten zudem auch realistisch bleiben, welche Möglichkeiten wir in diesem Landtag haben. Allein seit der Debatte im letzten Plenum auf Ihren Antrag hin bis zum heutigen Tage - zwischendurch gab es das Finanzmarktstabilisierungsgesetz des Bundes - ist der Dax in Deutschland um weitere 1.000 Punkte abgefallen. Das zeigt, dass das Ende der Finanzkrise nicht erreicht ist, dass die Frage des Finanzmarkts weiter in Bewegung ist und dass die Signale aus der Politik zwar wichtig sind für Vernunft und für Vertrauen, aber sie nicht allein Mittel sein können, diese Schwierigkeiten zu beheben, weil sie einen ganz wichtigen Grund haben, nämlich - darauf will ich noch einmal kurz eingehen -, es ist eine Spekulationsblase geplatzt, weil durch leichtfertige Kreditvergabe für Immobilien und Handel mit diesen Krediten eine Blase entstanden ist, die am Ende - Frau Birgit Diezel hat es ausgeführt - nicht mehr finanziert werden konnte.

Deswegen will ich das noch einmal sagen, weil es wichtig für die Bewertung der Debatte ist: Ausgangspunkt für diese schwierige Situation jetzt waren die Kredite an amerikanische Bürger für ihre eigenen Immobilien - zum einen - und die Kredite, die sie im Rahmen von Kreditkarten bekommen haben, um ihren Verbrauch täglich zu finanzieren. Weil es darauf gebaut war, dass das alles sich auf Wachstum begründet und dass das alles sich auf niedrige Zinsen begründet und dies nicht mehr so weitergegangen ist, weil es an eine Grenze gekommen ist, deswegen gibt es diese Schwierigkeit, nicht zuallererst, weil die Bürger in Amerika ihre Immobilienkredite nicht mehr bezahlen konnten, sondern weil mit diesen Krediten gehandelt wurde, weil sie nach Europa hinein in Portfolios verkauft wurden, die Risiken verlagert und verbreitert wurden und man gehofft

hat, man kann am Ende aus diesen Geschäften nur gewinnen und weil andere darauf gewettet haben, dass die Zinsen steigen oder die Zinsen fallen oder darauf gewettet haben, ob der eine zurückzahlen kann oder nicht und diese Wetten wiederum verkauft wurden. Das sind unsinnige Geschäfte, die zugelassen wurden und die zeigen, dass es eine Abkoppelung gab von Realwirtschaft und auch Finanzmarktwirtschaft. Aber fest steht, solange der Ausgangspunkt nicht beendet ist, dass die normalen kleinen Leute in Amerika ihre Immobilienkredite zurückzahlen können, und solange nicht beendet ist, dass die ihre Kredite aus ihren Kreditkartenschulden zurückzahlen können, so lange wird diese Blase weiter am Platzen sein und so lange wird weiter der Finanzmarkt in großen Schwankungen und ungesunden Aus-, Um- und Einschlügen mit sich zu kämpfen haben. Deswegen müssen wir wissen, alles, was wir tun aus Europa, was wir tun aus Deutschland, was wir tun aus Thüringen heraus, setzt immer nur am Ende an, dass wenigstens unser eigener Finanzmarkt so geschützt ist, dass er auf sicheren Beinen weiter stehen kann und das Vertrauen da ist. Da haben die Bürger großartig mitgeholfen in den letzten Wochen, weil sie in dieses Vertrauen auch gesetzt haben. Aber ganz am Anfang der Kette, dort hat noch niemand angesetzt und dort ist das eigentliche Problem der ganzen Finanzmarktkrise zu sehen. Deshalb will ich in einem großen Bogen ganz kurz darauf verweisen, dass wir uns hier zwar sehr viel austauschen können, aber am Ende an diesem Ausgangsproblem die Verantwortlichkeit in Übersee zu suchen ist und dort auch Handlung gezeigt werden muss.

(Beifall CDU)

Deshalb bin ich schon der Meinung, dass es uns überhaupt nichts nützt hier in diesem Thüringer Landtag, wenn wir zum wiederholten Male - ich glaube, ich habe es jetzt zum vierten Mal in diesem Landtag gehört - eine Rede des SPD-Fraktionsvorsitzenden hören, die immer wieder dieselben Inhalte hat, die sich immer wieder um sein 100-Mio.-€-Investitionspaket dreht, die sich immer wieder um die Frage eines Nachtragshaushalts dreht, je nachdem, was gerade tagesaktuell auf der Agenda steht. Ich weiß nicht, wie es bei der SPD läuft. Die schlagen wahrscheinlich früh die Zeitung auf und sehen, ein spannendes Thema, das passt in unser 100-Millionen-Programm rein. Am nächsten Tag schlagen sie sie wieder zu, die andere Woche wieder die Zeitung auf. Da passt auch unser 100-Millionen-Programm rein und wenn das nicht passt, dann ist es mindestens der Nachtragshaushalt, der reinpasst. Je nachdem, was gerade ist, wird ganz aufgeregt der SPD-Fraktionsvorsitzende an das Pult gehen und seine selbe Rede halten. Man kann das nachlesen, man kann ein bisschen im Intranet beim Landtag nachschauen, da stellt man fest, dass diese Rede jetzt schon viermal

gehalten wurde. Dies ist kein Argument, um gute, vertrauensichernde Politik aus diesem Landtag heraus zu gestalten.

(Beifall CDU)

(Zwischenruf Abg. Höhn, SPD:
Das ist billig, was Sie da sagen!)

Es ist so.

(Beifall CDU)

Dann kommt dazu, dass natürlich eins wichtig ist, wenn wir schon hier miteinander reden und wenn wir uns hier schon darüber austauschen, welche Wirkung die Finanzmarktkrise auf Thüringen hat, dann geht es natürlich darum, zuerst das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in das Banken- und Finanzsystem in Deutschland zurückzugewinnen. Es geht vor allen Dingen darum, finanzielle Handlungsfähigkeit von klein- und mittelständischen Unternehmen zu sichern. Das ist die Aufgabe, die wir aus Thüringen heraus leisten können. Ich will das gleich zu Beginn schon einmal sagen: Genau das ist der Anspruch unseres Alternativantrags der Union, weil sich nämlich genau diese Vertrauensrückgewinnung zum Beispiel im Punkt 5 unseres Antrags wiederfindet, weil wir sagen und unsere Landesregierung bitten, dort, wo wir selbst tätig werden können, nämlich „an der bisherigen risikobewussten und mittelstandsfreundlichen Bürgschaftspolitik zur Unterstützung der Thüringer Wirtschaft bei der Kreditversorgung festzuhalten“, jetzt und auch für die Zukunft.

(Beifall CDU)

Wenn unsere eigene IHK hier in Thüringen - der Hauptgeschäftsführer Grusser aber auch andere haben das bewertet - sagt, dass unsere Thüringer Wirtschaft robust ist, dass die Arbeitsplätze robust sind, dass die Auftragslage robust ist, dann liegt das zuallererst immer wieder daran, dass wir in Thüringen eine klein- und mittelständisch und handwerksgeprägte Wirtschaftsbasis haben. Zu 95 Prozent wird unser BIP genau von diesen Betrieben erwirtschaftet. Das hilft uns, wir haben das immer gesagt, wenn auch hier debattiert wurde, um Großansiedlungen nach Thüringen zu bringen. Wir haben immer gesagt, in Krisenzeiten ist diese robuste Aufstellung unserer Wirtschaft besser, als wenn man sich auf große globale Märkte und Investitionen verlässt.

(Beifall CDU)

Deshalb wollen wir mit unserer Bürgschaftszusage genau diese Garantie geben. Das ist unsere Aufgabe, die wir leisten können. Da sind wir uns völlig einig mit unserer Landesregierung, da finden Sie über-

haupt gar keine Möglichkeit, etwas unterschiedlich zu interpretieren. Sie müssen es natürlich, das ist Grundvoraussetzung, auch richtig lesen wollen. Dabei bleibt es, das ist wie in jeder Lebenslage üblich, ein Stück Grundvertrauen gehört schon dazu und wir untermauern das mit diesem Punkt 5 unseres Antrags.

Aber eins will ich auch deutlich sagen, und das bleibt wahr und darüber haben sich viele Thüringer Bürger in den letzten Wochen Gedanken gemacht, als sie jeden Tag Nachrichten geschaut, Zeitung gelesen und sich ihre eigene Meinung zur Finanzmarktkrise gebildet haben. Vielen Menschen in Thüringen schwillt angesichts des unverantwortlichen Treibens in einem Teil des Bankensektors die Zornesader an. Die Wut darüber, dass genau dieses Bankensystem nun mit Steuergeld zu retten ist, ist groß bei vielen Menschen. Deshalb ist es richtig, dass wir als Thüringer verantwortliche Politiker das auch aufnehmen, was die Menschen wirklich bewegt. Deswegen sind es auch zwei Seiten einer Medaille, die wir beachten müssen, nämlich zum einen das Vertrauen zu schaffen, aber auch zu wissen, dass wir dieses Vertrauen auf der einen Seite nicht dadurch erkaufen können, indem wir das Steuergeld der kleinen Bürger dafür nehmen, um den ganz Großen jetzt nun ihre Sicherheit zu geben. In den Phasen, wo sie viel Geld verdient haben, haben sie auch nicht daran gedacht, an die kleinen Bürger etwas zurückzugeben. Diese zwei Dinge zusammengefasst müssten wir ein Stück beachten. Sie sind deshalb aus einem ganz bestimmten Grund wichtig, weil, wenn sich der Bundesfinanzminister jetzt hinstellt und sagt, immer und überall dort, wo der Finanzmarktfonds jetzt greifen soll und er dafür richtigerweise wirbt, dass Vorstandsgehälter begrenzt werden und nicht ausufernde Bonifikationen gezahlt werden, bleibt ein Punkt trotzdem erhalten und darüber machen sich die Thüringer Gedanken, dafür macht es Sinn, dass Thüringer Politik sich darüber Gedanken macht. Wenn die lesen, dass der Bundesfinanzminister Steinbrück sagt, wenn die Vorstandsgehälter auf 500.000 € pro Jahr begrenzt werden, dann ist das ein wichtiger Schritt, dann sagt aber die Tante Emma aus Niedertrebra, die vielleicht 500 € jeden Monat netto verdient, wenn der Vorstandschef immer noch 500.000 € per anno verdienen kann und das deshalb kriegt, weil wir mit Steuergeld genau diese Bank schützen, dann sehen die Leute darin einen Widerspruch. Deswegen ist es wichtig, dass man natürlich auf der einen Seite zwar das Vertrauen bewirbt, aber auch die andere Wahrnehmung nicht außer Acht lässt. Genau deshalb haben wir als CDU in Thüringen in der Woche, als über das Finanzmarktstabilisierungsgesetz gesprochen wurde, gesagt, Vertrauen ist die Grundwährung, aber wenn ein Gesetz verabschiedet wird, was dieses Vertrauen aus Sicht des deutschen Bankensektors/Finanzmarkts geben soll, ist das die eine Seite, die ist wichtig, aber wie die Verteilung im föderalen Gebilde deshalb darunter

läuft, ist eine zweite Frage, wo wir mitreden und keine Blankoschecks ausstellen wollen. Eins steht nämlich fest: Wenn die Finanzmarktkrise zu Ende ist und der Pulverdampf der Aufregung verzogen ist, wenn die Wirtschaft wieder normal läuft, wenn Christoph Matschie nicht mehr von Rezessionsängsten hier im Thüringer Landtag spricht, dann sind wir wieder ganz normal in unserer eigenen Wirtschafts- und Haushaltssituation.

(Unruhe SPD)

Dann schauen die anderen auf uns und dann schauen auch Sie von der Opposition auf uns und sagen uns: Ihr macht zu viele Schulden, Ihr zahlt zu viele Zinsen, Ihr investiert zu wenig. Deshalb gehört gute, zukunftsweisende Politik auch dazu, dass man zwar tagesaktuell reagiert und Vertrauen gibt, aber auch weiß, dass Politik auch noch in fünf Jahren handlungsfähig sein muss.

(Beifall CDU)

Ich will Ihnen das auch begründen. Als wir den Doppelhaushalt 2008/2009 aufgestellt und damit auch eine Sicherheit gegeben haben, unter anderem auch - ich will das sagen - mit einer 16,2-prozentigen Investitionsquote, deswegen ist es völlig falsch, hier mit Strohfeuern schnelle Konjunkturprogramme zu fordern. Wir haben eine Investitionsquote jetzt in dieser Größenordnung und nächstes Jahr festgeschrieben. Die Investitionen finden laufend statt, da gibt es keinen Abbruch durch die Finanzmarktkrise, sondern es ist genau unser Anspruch, den wir als CDU-Landesregierung und auch als Fraktion haben, dass wir mit dieser hohen Investitionsquote, die sich deutschlandweit sehen lassen kann, genau dieses Vertrauen in die Wirtschaft hineingeben. Aber wir haben auch unseren Haushalt aufgestellt auf der Basis eines Wirtschaftswachstums von 1,2 Prozent. Jetzt wissen wir, dass vermutlich nur 0,2 Prozent Wachstum prognostiziert werden. Das heißt für Thüringen Steuermindereinnahmen von 100 Mio. €. Das muss nicht so kommen, es kann so kommen.

Aber wir wissen auch, das kommt sicher,

(Zwischenruf Abg. Becker, SPD: Das ist ein Horrorszenario, Herr Mohring.)

die Degression des Solidarpakts. Ab dem Jahr 2010 jedes Jahr 100 Mio. € weniger, die müssen wir verkraften, weil wir keine neuen Schulden machen wollen und weil wir unsere Ausgaben darauf ausrichten wollen. Gute vorsorgende Politik weiß, dass sie in den nächsten 12 Jahren noch wichtige Wegstrecken zu gehen hat und sich darauf vorbereiten muss, wenn man auch noch im Jahr 2009 handlungsfähig sein will. Dann wissen wir, dass ab 2013 die EU-

Fördermittel sinken und allein durch die Bevölkerungsentwicklung jährlich 40 Mio. € aus dem Finanzausgleich uns künftig verloren gehen. Jetzt kann das jeder ein Stück zusammenrechnen, 40 Mio. € da - Länderfinanzausgleich Bevölkerungsentwicklung; die EU-Fördermittel-Ziel-I-Förderung die wegeht; Solidarpakt II, der zurückgeht; und die Steuermindereinnahmen - wenn sie denn so kommen wie sie jetzt prognostiziert sind. Dann kommt die Thüringer SPD, die diesen alten Baustein wieder hervorholt, man muss sich um den KFA kümmern, und dann sagt der Landesvorsitzende und Fraktionsvorsitzende der SPD hier im Landtag vor zehn Minuten ungefähr, jetzt muss die Landesregierung handeln und sie muss sicherstellen, dass sie für den KFA für das Jahr 2010 genauso viel Geld zur Verfügung stellt wie im Jahr 2009. Dann sagt er so ganz nebenbei - 200 Mio. €. Jetzt frage ich die SPD: Wenn ich das ernsthaft zusammenrechne, das, was uns verloren geht aus ganz feststehenden Effekten, und dann kommen Sie mit Ihrem Paket und sagen, packt da noch 200 Mio. € auf die Kommunen, und dann kommen Sie auch regelmäßig mit dem Vorhalt, die Schulden und die Zinsen sind jetzt schon zu hoch und es kann nicht mehr genug in die Zukunft investiert werden, wie das beides zusammenpassen soll. Das ist unglaublich. Das klingt zwar gut beim SPD-Parteitag, aber das klingt schlecht im Thüringer Landtag.

(Beifall CDU)

Deshalb war es falsch, Herr Matschie, dass Sie an dem Montag, als das Kabinett erstmals über den Entwurf des Finanzmarktstabilisierungsgesetzes beim Bund gesprochen hat, dass Sie schon aus Ihrer SPD-Präsidiumssitzung heraus einen Blankoscheck verteilt haben. Das kann man in allen Thüringer Zeitungen nachlesen. Da muss man die Archive bemühen. Dort stand drin - Christoph Matschie O-Ton: „Ich habe im Präsidium den Gesetzentwurf gelesen und ich habe aus Thüringen Zustimmung signalisiert.“ Aber was stand denn am Montag im Gesetzentwurf drin? Wir als CDU-Fraktion sind unserer Landesregierung - Dieter Althaus als Ministerpräsident und Birgit Diezel als Finanzministerin - sehr dankbar, dass sie in diesen vier Tagen, als über das Finanzmarktstabilisierungsgesetz gesprochen wurde, gesagt haben, lasst uns aus Thüringer Sicht über einzelne Details reden, lasst uns darüber sprechen, damit auch die Zukunftsabsicherung sicher ist und am Ende etwas Vernünftiges herauskommt, was wir uns auch leisten können. Am Montag, als das SPD-Präsidium noch beraten hat und der Landesvorsitzende dort schon Zustimmung signalisiert hat, da stand noch Folgendes in dem Finanzmarktstabilisierungsgesetz drin, nämlich: Der Bund hat vorgeschlagen, ohne die Länder vorher zu konsultieren, 35 Prozent von 400 Mrd. € Bürgschaftsrahmen sollen die Länder an Haftungsri-

siko übernehmen. In den Tagen danach ist auch noch klar geworden, dass nicht nur für den Bürgschaftsrahmen, der zunächst kein Geld kostet, die 35 Prozent Länderfinanzierungsanteil vorgesehen waren, sondern auch für den zweiten Teil der 100 Mrd. € in Summe, 80 Mrd. € gleich und auch die 20 Mrd. € Reserve, wo tatsächlich festes Cash sofort fällig geworden wäre. Das hätte den Freistaat Thüringen, wenn man am Montag zugestimmt hätte, 4,2 Mrd. € Risiko gekostet. Da kann ich nur sagen, so ein Hurra-Patriotismus, wie Sie ihn an den Tag gelegt haben, Herr Matschie, den haben wir nicht mitgemacht und es war gut für Thüringens Zukunft, dass es so nicht gekommen ist.

(Unruhe SPD)

(Zwischenruf Abg. Becker, SPD: Man kann sich die Welt auch schönreden, Herr Mohring.)

(Beifall CDU)

Dann kam noch der haushaltspolitische Sprecher aus der SPD-Bundestagsfraktion, ein Thüringer, der hat dann gleich noch Interviews gegeben und gesagt, alles gar kein Thema diese 4,2 Mrd. € für Thüringen, weil die Länder die notwendigen Mittel für das Rettungspaket nur in ihrem Haushalt umschichten müssten. Jetzt frage ich mich: Wo lebt dieser Mensch? Wo hat er die ganze Zeit eigentlich sein Wissen her und macht seine Politik? Jeder hier im Haus weiß, wie schwer es ist, auch nur ein paar 100.000 € umzuschichten, aber von einem Bundestagsabgeordneten, der in Thüringen einen Wahlkreis hat, im Radio hören zu müssen, dass er sagt, wir müssten nur 4 Mrd. € umschichten, dann wäre das kein Problem, dann sage ich nur, Gott gnade uns, dass der hier in Thüringen mal Verantwortung übernimmt. Gott gnade uns davor.

(Beifall CDU)

Am Ende dieser vier Tage ist etwas ganz Entscheidendes passiert, nämlich jetzt steht fest, dass die Länder nicht mit 177 Mrd. € in der Summe von 500 Mrd. € 35 Prozent haften, sondern dass es dem Ministerpräsidenten gelungen ist, bei einer Obergrenze einen Deckel einzuziehen bei 7,7 Mrd. €. Dann kann man ganz leicht nach Adam Ries zusammenrechnen, wo der Finanzvorteil für Thüringen und für die deutschen Länder in den vier Tagen liegt, dank der Verhandlung aus den Ländern, dank der Verhandlung von Birgit Diezel und dank der Verhandlung von Dieter Althaus - 170 Mrd. € in cash durch andere Risikobegrenzung, weniger, 177 Mrd. € am Montag und 7,7-Mrd.-Deckel am Donnerstag. Das ist das Ergebnis guter Verhandlungen in der ganzen Woche.

(Beifall CDU)

Es war wichtig und deshalb wissen wir jetzt natürlich - und der Ministerpräsident hat es vorhin gesagt -, im schlimmsten Fall ist nun die Risikobelastung für den Thüringer Haushalt in der Zukunft nicht bei 184 Mio. €. Ich habe das vorhin aufgezählt, wie sich unsere Finanzentwicklung darstellen wird. Es wird schwierig werden, wenn wir in Anspruch genommen würden - ein Teil aus der Bürgschaft, ein Teil, wenn wirklich Geld fällig würde. Aber wir nehmen das auf uns, weil es unser Solidarbeitrag ist. Aber das ist ein Punkt, den wir uns leisten können. Alles andere, was noch am Montag diskutiert wurde und was mit Hurra-Patriotismus laut hinausgerufen wurde, hätten wir uns nicht leisten können. Alle, die heute von uns aus Solidarität einfordern, sind morgen die zu Recht, die in der Föderalismuskommission Teil II, die nun auch wieder ihre Arbeit aufnehmen und sagen wird, wie wir uns künftig aufstellen wollen und sollen, wenn wir in der Zukunft auch noch Hilfe von Dritten bekommen wollen. Wir haben noch einen schwierigeren Weg in den nächsten 12 Jahren vor uns. Da können wir nicht einen Tag ausblenden, weil es wichtig ist, wie wir uns in den nächsten Jahren gerade als junge Länder aufstellen und am übernächsten Tag bekommen wir den Spiegel wieder vorgehalten, wir würden unsere Gelder zweckentfremdet ausgeben. Wir haben das doch alles erlebt bei den Fortschrittsberichten Aufbau Ost, wo uns jahrelang durch statistische Effekte erzählt wurde, dass wir angeblich unser Geld fehlerverwenden würden und tatsächlich, wenn man in dieses Land hinausschaut, dann sieht man, was alles passiert ist und was gut angelegt ist. Aber es gehört zu guter Politik dazu, Vertrauen zu schaffen, vernünftig zu handeln, aber auch Vorsorge für die Zukunft zu treffen. Sie wissen, dass man auch in der Zukunft noch Handlungsoptionen braucht, damit man eine gute Zukunft für diesen Freistaat in Thüringen gestalten kann.

(Beifall CDU)

Wir sind deshalb dankbar, dass vor allen Dingen - ich habe das vorhin gesagt - Gerald Grusser, IHK-Hauptgeschäftsführer hier in Thüringen mit Besonnenheit die Lageeinschätzung für die Thüringer Wirtschaft gegeben hat. Er hat gesagt - ich will daraus zitieren - in der letzten Woche: „Man muss sauber unterscheiden zwischen der Bankenkrise und dem normalen Konjunkturverlauf. In welchem Ausmaß die Turbulenzen auf den Finanzmarkt strukturell durchschlagen, lässt sich momentan kaum seriös beantworten.“ - so sagt es der IHK-Hauptgeschäftsführer in Thüringen. Aber natürlich wissen wir auch, wir können das ja jeden Tag hören und wahrscheinlich sind einige in den Familien selbst betroffen, an der Thüringer Wirtschaft wird diese Finanzmarktkrise nicht spurlos vorbeigehen. Wir dürfen davor nicht die Au-

gen verschließen, weil wir wissen, dass durch Produktionsstopp - der Ministerpräsident hat es gesagt - auch Zulieferbetriebe betroffen sind. Das kann Auswirkungen haben und da müssen wir auch mit Sicherheiten reagieren. Aber insgesamt ist unsere Wirtschaft in Thüringen gut aufgestellt und die lange Reihe guter Entwicklungsdaten und der Industrieumsätze im Deutschlandvergleich zeigt, dass Thüringen weit vorn steht. Alle Zahlen von Januar bis August 2008 unterlegen das. Nicht zuletzt sind in Thüringen mehr Industriearbeitsplätze neu entstanden als im Durchschnitt der alten wie der neuen Länder. Das meinen wir mit dem robusten Fundament durch Haushaltskonsolidierung, mit dem robusten Fundament der Arbeitsmarktpolitik, aber vor allen Dingen auch mit dem robusten Fundament, was seitens des Wirtschaftsministeriums zur Förderung der Thüringer Wirtschaft und des Thüringer Handwerks gelegt wurde. Auch die CDU-geführte Bundesregierung hat in den letzten drei Jahren konsequent den Weg des Sanierens, des Reformierens und des Investierens beschritten. 1,6 Mio. Arbeitsplätze sind neu entstanden; die Wirtschaft ist kontinuierlich gewachsen; die Neuverschuldung ist auf dem niedrigsten Wert seit der Wiedervereinigung. Deshalb haben wir insgesamt eine gute Ausgangslage und nun stelle sich einer vor, wir hätten diese letzten drei guten Jahre nicht gehabt. Wir können jetzt ein Stück davon zehren, dass diese robuste Entwicklung uns auch hilft, durch diese Krise hindurchzugehen. Aber wichtig ist auch ein Signal, was wir auch setzen müssen als Politik, dass dieses Vertrauen Grundvoraussetzung ist. Wenn wir aber selbst ankommen und malen die Rezession an die Wand und sagen, sie steht quasi schon vor der Tür, wenn wir nicht alle unter den Riesenschirm jetzt von Konjunkturprogrammen gehen, dann bricht alles zusammen, dann kann man auch durch politisches Handeln so eine Situation herbeireden. Deshalb keine Schönmalerei, natürlich nicht, aber auch realistische Kenntnisnahme, wie gut dieser Freistaat insgesamt aufgestellt ist und wie robust dieser Freistaat auch in der Zukunft aufgestellt sein wird.

(Beifall CDU)

Eines bleibt natürlich, die Thüringer Bürger, auch insgesamt die Ostdeutschen vor allen Dingen, sehen das skeptisch, was derzeit an den Finanzmärkten passiert. Deshalb hat eine Umfrage des Leipziger Instituts für Marktforschung im Angesicht der Finanzkrise ergeben, dass 52 Prozent der Bürger in den jungen Ländern sagen, sie können mit Marktwirtschaft nichts anfangen, sie halten sie für untauglich und sie halten sie für abgewirtschaftet.

(Beifall DIE LINKE)

Nun können Sie natürlich klatschen, das ist ja genau der Grund, weil Sie natürlich damit Ihre System-

fragen erneut stellen können, aber jetzt ist genau Ihr Beifall der Unterschied zur Schlussfolgerung aus dieser Umfrage, weil jetzt Politik nicht hinterher reden kann und sagen kann, jawohl, soziale Marktwirtschaft ist schlecht, jawohl, soziale Marktwirtschaft ist untauglich, sondern es ist auch Aufgabe der Politik in den nächsten Wochen und in den nächsten Monaten zu erklären, was hier eigentlich passiert ist aus der Spekulationsblase heraus, aber auch, was es bedeutet, welche Parameter soziale Marktwirtschaft leisten kann, aber auch leisten muss, damit das Vertrauen in die soziale Marktwirtschaft zurückkommt und damit die Bürger auch Vertrauen für ihre eigene Entwicklung haben. Deshalb ist es wichtig, dass wir als Politik offen reden und sagen, dass in der Vergangenheit zu dieser Spekulationsblase mit Sicherheit auch die Gier manchen offenbar blind vor Risiken gemacht hat. „Gier frisst Hirn“ hat ein großer deutscher Regisseur einmal vor etlichen Jahren gesagt und das trifft an dieser Stelle genauso zu. Jeder weiß, dass hohe Risiken auch mit hohen Gewinnen möglicherweise verbunden sein können, aber dass die hohen Risiken nie ausgeblendet werden können. Für die Zukunft ist es wichtig, dafür klare Regeln zu schaffen, das hat unsere Bundeskanzlerin angesagt, die international geklärt werden müssen, die international aufgestellt werden müssen, und dass in diesem Kontext bestimmte Giermomente einfach nicht mehr stattfinden können, bestimmte Geschäfte auch einfach nicht mehr zulässig sind, aber das Grundvertrauen, was sich daran aufbaut, das Grundvertrauen des Aufbaus unserer Demokratie und unserer eigenen Weiterentwicklung, das macht sich mit sozialer Marktwirtschaft fest und ist untrennbar mit ihr verbunden. Es ist unsere Aufgabe als Politik, nicht das System infrage zu stellen und nicht das System schlechtzureden, sondern für soziale Marktwirtschaft einzutreten und zu werben und auch zu sagen, welches Vertrauen sich damit verbindet.

(Beifall CDU)

Dass das, meine Damen und Herren, so wichtig ist, zeigt auch ein anderer Aspekt, den Sie auch von den LINKEN angesprochen haben, nämlich in den Fragen: Müssen jetzt Banken verstaatlicht werden? Ist das der Ausweg aus der Konsequenz der Umfragen? Ist das Ausweg aus der Finanzmarktkrise? Da will ich Ihnen vorhalten und sagen, es ist doch gerade nicht verwunderlich, dass es nicht die Privatbanken sind, die sich jetzt unter den Schuttschirm des Finanzmarktstabilisierungsgesetzes stellen wollen, sondern es sind gerade die staatlichen oder halbstaatlichen Landesbanken, die sich unter den Schuttschirm stellen wollen und sagen, ihr müsst uns helfen, wir brauchen dort das Vertrauen. Das zeigt am Ende eines: Der, der jetzt denkt, der Staat sei der bessere Banker, sieht da den falschen Ansatz. Der Staat ist nie der bessere Banker, der Staat kann das

nicht so gut; aber wir brauchen Vertrauen in die Grundaufstellung unserer sozialen Marktwirtschaft, damit das System funktioniert.

(Beifall CDU)

Deshalb will ich auch noch mal einen kleinen Moment nutzen, um an den ethischen Kern der sozialen Marktwirtschaft zu erinnern. Freiheit, Menschenwürde und Verantwortung gehören zusammen. Wilhelm Röpke, einer der Väter der sozialen Marktwirtschaft, hat für die Marktteilnehmer feste, sittliche Normen erklärt. Ich will sie noch mal nennen, weil sie wichtig sind auch für uns heute, was er damals schon formuliert hat: Gerechtigkeitssinn, Ehrlichkeit, Fairness, Ritterlichkeit, Maßhalten, Gemeinsinn und Achtung vor der Menschenwürde der anderen. Das sagen auch wir aus der Unionsfraktion heraus, an diesem ethischen Kern der sozialen Marktwirtschaft hat es offensichtlich im Finanzmarkt in den letzten Jahren gefehlt. Aber wichtig ist auch,

(Beifall CDU)

und das ist das Entscheidende, diese sittlichen Normen bringt der Markt selbst hervor, dafür muss jeder einzelne Marktteilnehmer, dafür muss jeder einzelne Mensch und dafür muss letztlich auch die Politik selbst einstehen, dass diese sittlichen Normen eingehalten werden. Niemand kann erwarten, dass der Markt diese Sittlichkeit von allein hervorbringt, aber es liegt an dem Menschen selbst, sich diesem Rahmen zu unterwerfen und dafür auch ihre Handlungsmaßstäbe aufzunehmen. Aber fest steht auch, wenn Sie denken, aus der Linkspartei, dass jetzt Ihre große Stunde gekommen ist zur Finanzmarktkrise und Sie sogar die Krise der Demokratie aufrufen, dann will ich noch mal aufzählen, was Ihr Konzept angeblich ist, was Sie hier vorlegen: Teilverstaatlichung der Banken, Konjunkturprogramme mindestens 50 Mrd. €, massive Aufstockung sozialer Leistungen, Zahlung für Kommunen und Unternehmen in Millionenbeträgen, Millionärsabgabe, Reichensteuer, Vermögensteuer, Erbschaftsteuer. Sie laufen zur Hochform auf, wenn Sie Ihre Systemkrise für sich beschreiben wollen.

(Beifall DIE LINKE)

Und da wollen wir doch mal kurz hinter diese populistische, scheinheilige Welt schauen und da wollen wir doch mal in die Rede von Ihrem Spitzenkandidaten am Sonntag in Sömmerda zum Landesparteitag schauen.

(Zwischenruf Abg. Kuschel, DIE LINKE:
Sie waren doch gar nicht da!)

Da wollen wir mal schauen, was er denn gesagt hat, und jetzt stellen wir uns mal einen Moment vor, er hätte ernsthaft hier Verantwortung. Einen kurzen Moment, einen Schreckensmoment stellen wir uns vor, das sei so.

(Beifall CDU)

Da sagt er, er erklärt seinem Parteitag, was das mit den 500 Mrd. € auf sich hat und erklärt denen, das ist ein Bürgschaftsrahmen, und er fordert jetzt, dass dieser Bürgschaftsrahmen - man muss auf die Worte achten - für die Thüringer Bürger umgesetzt werden kann. Jeder weiß, wie Bürgschaften aufgestellt sind, da fließt zunächst kein Cash; es gibt Sicherheit für Gläubiger, damit er wiederum Vertrauen in sein Handeln geben kann. Dann sagt derselbe Redner, der hier Verantwortung übernehmen will und der derzeit hin und her schwankt zwischen seiner Verantwortung im eigentlichen Bundestagsmandat und hier mit Bustouren durch Thüringen fährt, der sagt, jetzt will er wenigstens

(Unruhe CDU)

1 Mrd. von dem 500-Mrd.-Bürgschaftsrahmen für die Thüringer Wirtschaft und für die Thüringer Häuslebauer zur Verfügung gestellt haben. Jetzt frage ich mich: Hat der eigentlich wenigstens ein kleines bisschen Ahnung von dem, was in dem Gesetz steht, was die Bundesregierung verabschiedet hat?

(Beifall CDU)

Nein, hat er nicht, sonst würde er wissen, wie das gehen soll, einen Bürgschaftsrahmen von 400 Mrd. € als Sicherheitsgarantie in der Hoffnung, wie alle politisch Verantwortlichen in Berlin sagen, hoffentlich wird er nicht in Anspruch genommen, hoffentlich reicht die Vertrauensgarantie aus. Und da kommt derselbe Politiker an und sagt, ich will aber in Cash 1 Mrd. €. Ich bin ganz überrascht, warum nicht 5, warum nicht 10, warum nicht alle 500 Mrd. € für Thüringen. So viel Bescheidenheit, Herr Ramelow, hätte ich Ihnen gar nicht zugetraut!

(Beifall CDU)

Aber die Erklärung bleibt offen und sie wird uns die nächsten zehn Monate begleiten, wie Sie die Dinge, die Sie populistisch an dem einen Tag verkünden, am nächsten Tag auch tatsächlich umsetzen wollen. Da will ich noch mal, weil man das ja nicht tun kann, was Sie als Verantwortliche in Thüringen getan haben, zurückblicken in die Zeit, in der Sie Verantwortung hatten. Da ist es natürlich wichtig, wenn man von dieser Frage von Steuern reden, Reichensteuer, Erbschaftsteuer, Vermögensteuer, und schauen, wo ist die Grenze dessen, wo Sie mal anlangen könn-

ten, wenn Sie in diesem Schreckensmoment Verantwortung hätten. Da lohnt sich ein Blick in die Einkommensteuer der DDR. Wer da mal reinschaut, was damals am Steuersystem in der Einkommensteuer da war, der weiß, der Höchstsatz lag dort bei 96,75 Prozent. Praktisch war diese Einkommensteuer eine Enteignungsteuer. Da wir keinen anderen Maßstab haben zu wissen, was haben Sie für Politik gemacht und was haben Sie vor, dann müssen wir das, was Sie an Summen an Steuern den Bürgern aufdrücken wollen, genau dahinter kommen. Sie stellen nicht nur das System infrage, Sie wollen die Leute enteignen und wollen ihnen alles nehmen, Sie wollen Freiheit einschränken.

(Beifall CDU)

(Zwischenruf Abg. Dr. Scheringer-Wright, DIE LINKE: Wer so viele Millionen verdient, der kann auch ein paar Millionen Steuern zahlen.)

Danke für diesen Zwischenruf. Da will ich mal noch einen zweiten Punkt anführen. Wenn Sie sich nicht mehr erinnern können, weil Sie es so oft ausblenden, will ich Ihnen auch noch mal eine zweite Zahl nennen aus Ihrer DDR-Diktatur, wie hoch die Rente in DDR-Mark für die Bürger war - 375 Alu-Groschen gab es damals. Da kann sich jeder ausrechnen, was ein Bürger mit 375 DDR-Mark machen sollte - nichts. Der war arm den Rest seines Lebens, obwohl er für den Sozialismus die ganze Zeit gearbeitet hat, das ist Ihre Politik.

(Beifall CDU)

360.000 Unternehmer haben in Zeiten der DDR diese verlassen. Wolfgang Böhmer, der Ministerpräsident in Sachsen-Anhalt, hat zu Recht in der Süddeutschen Zeitung gesagt: „Solche Umverteilungsstrategien setzen voraus, dass man die Menschen einmauert.“ Und genau das ist auch der Politikansatz in der Finanzmarktkrise - einmauern, zuschotten, eigene Welt aufbauen. Wenn Sie das tun wollen, gehen Sie nach Kuba, ich bezahle Ihnen das Schiffsticket. Machen Sie das dort, aber machen Sie das nicht bei uns und machen Sie uns nicht zur Experimentierwüste.

(Beifall CDU)

(Unruhe DIE LINKE)

(Zwischenruf Abg. Blechschmidt, DIE LINKE: Es wäre wirklich das Beste, wenn Sie ein Reisebüro aufmachen.)

Ich zahle Euch das - nur die Hinfahrt - natürlich, One-way-Ticket. Ich bitte Euch, ja nicht wieder zurück.

Dann will ich noch etwas sagen, einen kleinen Moment zur Erbschaftsteuer, weil ich das nicht ausbreiten will. Aber ich will einen wichtigen Punkt sagen, weil er eine Rolle spielt. Weil Sie natürlich einen wichtigen Punkt verkennen, ich will ihn wenigstens erklären. Da will ich den Moment hier vorn auch nutzen, das noch mal aus unserer Sicht sachlich darzustellen. Natürlich trägt das Erbschaftsteueraufkommen in Deutschland 4 Mrd. €. Aber 25 Prozent dieser 4 Mrd. sind Erhebungskosten. Es gibt keine Steuer in der Welt - da kann man sich auch andere Steuersysteme zu Erbschaftsteuer und Schenkungsteuer in der Welt anschauen -, das ist die Steuer mit den höchsten Erhebungskosten, in Deutschland 1 Mrd. € Erhebungskosten, um 4 Mrd. € Steueraufkommen aus der Erbschaftsteuer zu generieren. Das ist der eine Punkt, der steht nur so im Raum.

Der zweite Punkt ist, dass das Bundesverfassungsgericht gesagt hat, bis zum Ende des Jahres muss es eine Neuregelung geben, weil die unterschiedliche Bewertungsregelung von Einkommen und Vermögen verfassungsrechtlich nicht sauber aufgestellt ist. Deshalb hat die Politik zunächst natürlich einen Handlungsauftrag, eine verfassungsmäßige Norm aufzustellen. Und da, wo wir hingehen in Berlin, da kann man zufrieden sein oder auch nicht, da kann man unterschiedliche Ansätze haben, gute Politik lebt auch davon, dass man auch unterschiedlich argumentiert. Natürlich haben diejenigen auch recht, die sagen, zuallererst lasst uns so eine Erbschaftsteuer aufstellen, die die Kleinen nicht belastet und die die Familienunternehmer auch nicht belastet, damit sie weiter hier ihren Sitz haben können und damit auch Einnahmen generiert werden. Aber wenn das nicht gelingt, dann gilt die Regel, die das Bundesverfassungsgericht aufgegeben hat, dann läuft diese Steuer aus. Jetzt gibt es unterschiedliche Bewertungsansätze dazu, dass man schauen muss. Weil wir in einer globalen Welt leben, können wir nicht als Deutsche die Augen verschließen, was andere in Europa tun. Da wir auch Grenzlandräume haben, müssen wir auch schauen, was passiert in den Nachbarländern, was ist in Österreich, was ist in Tschechien und was ist mit den Bundesländern, die jetzt Erbschaftsteueraufkommen generieren, die aber Konkurrenzsituationen im europäischen Ausland vorfinden, weil dort Erbschaftsteuer abgeschafft ist und ihre Familienunternehmer drohen, ihren Firmensitz ins Ausland zu verlagern, weil sie dort den Erbschaftsteuerfall steuerlich anders darstellen können als im Inland.

Deshalb ist Ihre Rechnung aus der SPD nicht richtig, wenn Sie sagen, wenn Erbschaftsteuer fortgesetzt wird, dann ist es nicht nur der Verlust aus dem 10 Mio. € Erbschaftsteueraufkommen im Thüringer Haushalt, sondern es seien auch 100 Mio. € aus dem Länderfinanzausgleich. Das blendet aber aus - und das ist auch diese Mauer in den Gedanken -, dass

man Thüringen abschotten konnte. Das blendet aus, dass andere Länder, von denen wir aus dem Länderfinanzausgleich Geld bekommen - wie Bayern und Baden Württemberg - an ihren Grenzsituationen diesen Druck spüren, dass Familienunternehmer sagen, wir ziehen mit unserer Firma 30 km weiter und machen dort unseren Firmensitz und gestalten von dort Unternehmenspolitik. Dann ist es nicht nur der Verlust des Firmensitzes, dann ist es auch der Verlust von Arbeitsplätzen. Das eingerechnet in den Länderfinanzausgleich kann auch eine andere Situation mit sich bringen.

(Zwischenruf Abg. Matschie, SPD:
Immer die alte Leier.)

Deshalb haben wir vorgeschlagen, wenn man über das Auslaufen nachdenkt, dann macht es Sinn, auch über adäquate andere Formen, die auch den Gerechtigkeitsaspekt berücksichtigen, nachzudenken. Dann ist es bei der Frage nach dem Spitzensteuersatz sinnvoll, so zu besteuern, dass man auf der einen Seite Aufkommen generiert, andererseits aber den hohen Erhebungsaufwand, den man jetzt in der Erbschaftsteuer vorfindet - 1 Mrd. €, ich will das noch mal sagen -, für die Zukunft einsparen kann.

Wie schwierig das ist, zeigt der Blick nach Österreich. Nicht nur, dass die genau auch gerade über eine adäquate andere Einnahmequelle aus Staatsicht schauen, noch viel spannender ist eine andere Frage, die erleben wir doch auch immer in Haushaltsfragen, wenn wir Behörden abbauen, wenn wir Personal abbauen und sagen, jetzt tritt endlich eine Entlastung ein. Wir stellen am Ende fest, dass es durch altersbedingte Abgänge und schwierige Umstrukturierungen an Standorten oft der Fall ist, dass die Einspareffekte schwieriger zu erzielen sind. Ich habe die Österreicher Kollegen von uns gefragt, wie denn jetzt die Einspareffekte beim Erhebungsaufwand sind. Natürlich ist es so, wie es ist, wenn man als Politik nicht konsequent handelt, dann sind dieselben Beamten, die früher Erbschaftsteuer und Schenkungsteuer erhoben haben, immer noch da und machen jetzt etwas anderes. Dann tritt natürlich der Entlastungseffekt nicht ein. Deswegen gehört auch dazu, auf Konsequenz zu drängen. Aber zu denken, dass - und das ist das Entscheidende mit Blick noch mal auf die Einkommensteuer DDR-bezogen und auf die hohe 96,75-prozentige Belastung - durch die eine Steuer und durch die andere Steuer noch mal obendrauf dann am Ende die Konjunktur anspringt und Arbeitsplätze entstehen, dass am Ende Familienunternehmer bereitstehen mit ihrem eigenen verantwortlichen Risiko, in die Verantwortung zu gehen und Arbeitsplätze vorzuhalten, dann täuschen Sie sich. Dann täuschen Sie sich, weil das nicht der richtige Weg ist.

(Beifall CDU)

Vor allen Dingen deshalb, weil Sie denselben Familienunternehmern, denen Sie heute mit kurzfristigen Konjunkturprogrammen versprechen, ihre Arbeitsplätze und ihre Firma zu erhalten, morgen durch Ihre besonderen Steuerarten - Vermögensteuer, Reichensteuer, was Sie da alles haben, Erbschaftsteuer, das ganze Paket - auf der anderen Seite alles wieder wegnehmen. Wer da noch Lust haben soll, sich hier in Freiheit und Verantwortung zu engagieren und ins Risiko zu gehen, das bleibt offen. Es bleibt Ihre eigene Theorie, wie das funktionieren soll.

(Beifall CDU)

Meine Damen und Herren, für uns ist das ganz entscheidend und so ist auch unser Antrag aufgebaut, wir wollen zum einen unsere Landesregierung bitten, für das, was man tun kann, auf Bundesebene einzutreten, nämlich einerseits auf langfristige Stabilisierungsziele zu orientieren bei der Finanzpolitik, für nachhaltiges Wirtschaftswachstum, aber auch für Generationengerechtigkeit und diese zum Leitbild von Finanzpolitik in Deutschland werden zu lassen und zu halten und gleichzeitig auch darauf hinzuwirken, sowohl in der Föderalismuskommission II, aber auch in allen anderen Besprechungen, die jetzt stattfinden, dass das grundsätzliche Ziel einer Konsolidierung der öffentlichen Haushalte weiterhin Priorität hat und nicht zurückgeschreckt wird, weil wir zwar heute neue Schulden machen könnten, aber morgen auch in der Lage sein müssten, diese zu finanzieren. Wir können das nicht, deshalb muss man da Vorsorge treffen, darum bitten wir unsere Regierung. Genauso bitten wir um eins und das ist entscheidend: Trotz Finanzkrise und trotz Vertrauen schaffender Maßnahmen durch die Politik darf nicht passieren, dass die Prioritäten durch die Finanzkrise in der öffentlichen Haushaltspolitik zulasten der Leistung für Bildung, zulasten der Leistung für Forschung, zulasten der Leistung der Entwicklung des Landes und auch zulasten der Leistung für Familien erfolgen. Diese Maßnahmen haben nach wie vor oberste Priorität, weil sie neben dem anderen Punkt, den ich vorhin genannt habe, entscheidend sind mit der Bürgschaftszusage, die wir unserem Handwerk und der mittelständischen Wirtschaft hier in Thüringen geben. Das ist das Grundvertrauen, das ist die Grundwährung, auf die wir aufbauen. Mit dieser Sicherheit und auch mit dieser Zuversicht müssen wir jetzt durch dieses Tal gehen, weil am Ende des Tals auch wieder Sonne scheint. Dieses Vertrauen wollen wir den Thüringer Bürgern von dieser Landtagsitzung aus mitgeben. Vielen Dank.

(Beifall CDU)

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

(Beifall SPD)

Für die SPD-Fraktion hat sich Abgeordneter Dr. Pidde zu Wort gemeldet.

(Zwischenruf Abg. Mohring, CDU: So viel zum Thema Selbstbeweihräucherung.)

Abgeordneter Dr. Pidde, SPD:

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren, zuerst bleibt die Frage zu klären, wer uns gerade Thüringen, Deutschland und das Universum erklärt hat; Herr Mohring, der Generalsekretär mit der Meinung der CDU Thüringen oder der Fraktionsvorsitzende, der die Meinung der Fraktion vertritt oder wenigstens einige aus der Fraktion vertritt oder war es das CDU-Mitglied Mohring, der einmal wieder eine vollkommene Einzelmeinung hier vertreten hat.

(Beifall SPD)

(Unruhe CDU)

Dann habe ich mich zu Wort gemeldet, Herr Mohring, weil diese Selbstbeweihräucherung der eigenen Politik einfach nur noch langweilig ist.

(Beifall SPD)

(Zwischenruf Abg. Mohring, CDU:
Sie haben doch keine Ahnung.)

Ich weiß nicht, ob Ihnen Ihre Ämter genug Zeit lassen, hinauszugehen und mit den Menschen zu reden. Sie sehen Thüringen, obwohl Sie gar keine haben, durch eine rosarote Brille. Dieser Dreiklang von Ignoranz, Tabuisierung und Schönrederei ist eine ganz gefährliche Mischung und die wird Ihnen auf die Füße fallen.

(Beifall DIE LINKE, SPD)

Dann wäre es gut, wenn Sie dichter bei der Wahrheit bleiben würden und nicht wider besseres Wissen hier Dinge falsch darstellen. Herr Matschie hat in der Präsidiumssitzung der SPD der Grundsatzentscheidung zu dem Rettungspaket zugestimmt, und so war es auch in der Zeitung zu lesen. So ist es dargestellt worden und auch richtiggestellt worden in der Sitzung des Haushalts- und Finanzausschusses. Sie behaupten hier wider besseres Wissen etwas Falsches. Übrigens hat der Ministerpräsident ja auch schon am Dienstag, am Tag darauf, aus seinem Urlaub, wo er ja auch keine weiteren Papiere haben konnte, gesagt, er stimmt dem Rettungspaket prinzipiell zu.

Dann muss das 100-Millionen-Programm, welches wir im Sommer vorgeschlagen haben, Ihnen ja unwahrscheinlich im Magen liegen, weil wir wahrscheinlich genau das Richtige vorgeschlagen haben.

Sie haben hier Ihre gute, zukunftsweisende Finanzpolitik dargestellt, haben auf den Doppelhaushalt verwiesen, auf die Investitionsquote, die aber gar nicht besser ist als die in den anderen neuen Bundesländern. Sie haben gar nichts Besonderes vorzuweisen. Sie haben in den vergangenen Jahren niemals in der Durchführung des Haushalts die Investitionsquote auch erreicht. Meistens lagen Sie um 2 Prozentpunkte darunter. Wenn ich die Anträge sehe, die wir jetzt schon als über- und außerplanmäßige Ausgaben im Haushalts- und Finanzausschuss beraten haben, sehr oft hat die Finanzministerin gar keine Deckung dafür vorgelegt. Das greift ja um sich, wird dann mit dem Haushalt hinten glattgezogen.

(Zwischenruf Diezel, Finanzministerin:
Das ist aber verfassungsgemäß.)

Da werden wir die Zahlen wieder sehen, wie viel Sie wirklich für Investitionen ausgegeben haben. Bei den Anträgen, bei denen Sie eine Deckung vorlegen, ist es sehr oft, dass Sie das Geld aus der Hauptgruppe 8, aus den Baumaßnahmen, aus den Investitionen für andere Dinge einsetzen.

Herr Günther hat dargelegt, er will nicht, dass Mittel verwendet werden als unsinnige Geldvernichtung. In Ihrem Antrag ist sehr schön zu lesen, dass Sie sich für Generationengerechtigkeit einsetzen. Schön, dass endlich das Aufwachen kommt. Bisher waren Sie es doch, die die Geschenke großzügig verteilt haben und immer, wenn Wahlen bevorstanden, ist das Füllhorn ausgeschüttet worden - koste es, was es wolle.

(Zwischenruf Abg. Mohring, CDU: Sie fordern 100 Mio. € - Füllhorn SPD.)

Im Thüringer Landeshaushalt haben Sie die Verschuldung hochgetrieben auf fast 16 Mrd. €, auch im Bundesrat nicht anders.

(Unruhe CDU)

Herr Mohring, Sie stellen hier Ihre Position zum Spitzensteuersatz dar. Sie waren maßgeblich, die CDU/CSU, waren maßgeblich daran beteiligt, dass der Spitzensteuersatz überproportional abgesenkt worden ist. Sie waren maßgeblich daran beteiligt, dass es Steuersenkungen für Reiche und für Gutverdiener gab. Was hat es denn genützt? Wo ist denn die Binnennachfrage in Gang gekommen? Die Sparquote ist erhöht worden, das haben Sie erreicht.

(Beifall SPD)

Dann fragen Sie einmal Otto Normalverbraucher, der den ganzen Tag an der Maschine steht oder der mit mehreren Arbeitsverhältnissen am Tag über die Runden kommen muss, der mit dem, was zwischen Daumen und Zeigefinger rauskommt, über die Runden kommen muss, der steuerlich nichts oder nur ganz wenig absetzen kann, was Sie dem für einen Gefallen tun. Da ist die Frage Mindestlohn doch eine ganz entscheidende Frage, und darüber sollten Sie nachdenken.

(Beifall SPD)

(Zwischenruf Abg. Mohring, CDU:
Das müssen Sie mal vorrechnen.)

Und dann, meine Damen und Herren, hat der Ministerpräsident heute gesagt, er will die Erbschaftsteuer nun doch reformieren, ganz im Gegensatz zu seinem Generalsekretär. Also ist die Hoffnung nach einer Erbschaftsteuer doch noch nicht ganz erloschen. Ich verstehe es auch nicht, denn immerhin gibt es ja diesen Kompromissvorschlag, den Nochministerpräsident Koch in Hessen mit ausgehandelt hat. Herr Mohring, Sie haben das vorhin noch mal dargelegt, es bedeutet einerseits 4 Mrd. € Steuerausfälle für Deutschland und viele Länder wären gezwungen, ihre Investitionen zu kürzen. Aber es bedeutet auch andererseits mehr als 100 Mio. €, wenn man die direkten Steuerausfälle nimmt, und wenn wir die Erbschaftsteuer beim Länderfinanzausgleich berücksichtigen, mehr als 100 Mio. €, Tendenz steigend, die Sie wegdrücken wollen. Ich frage mich, wie? Sie haben vorhin gesagt, wie der Solidarpakt nach unten gefahren wird, Sie haben vorhin gesagt, wie die EU-Mittel zurückgehen, Sie wissen von der enormen Verschuldung, die Sie aufgehäuft haben, die offizielle Zahl, die hier immer benannt wird, Schattenhaushalte, Sondervermögen, das wollen wir mal gar nicht erwähnen. Sie wissen, dass Sie mit den Pensionslasten eine solche Bugwelle vor sich herschieben, und nur minimal dafür Vorsorge treffen, und es kommt der Schutzschirm für die Banken noch dazu. Das alles führt dazu, dass Thüringen in die zehn finanziell schwierigsten Jahre geht, und Sie sagen, wir können uns auch noch leisten, die Erbschaftsteuer abzuschaffen. Das ist schon wirklich interessant.

(Beifall SPD)

(Zwischenruf Abg. Heym, CDU: Und Sie wollen ein 100-Millionen-Euro-Programm.)

Der Ministerpräsident sagt ja zum Glück das Gegenteil. Die Frage ist natürlich, wofür steht denn die Thüringer CDU? Das ist beim Rettungspaket so, der

Generalsekretär sagt das Gegenteil vom Ministerpräsidenten, das ist bei der Erbschaftsteuer so. Da haben Sie nicht eine Sekunde drüber nachgedacht, was Sie gesagt haben. So ist es wahrscheinlich.

(Unruhe CDU)

Und dann bei der Ökosteuer, Herr Mohring sagt, kann abgeschafft werden, Herr Minister Wucherpfennig, der jetzt gerade nicht da ist, sagt, das geht auf keinen Fall. Frau Ministerin Diezel sagt, trotz Rücklage und Steuermehreinnahmen haben wir kein Geld zur Verfügung für irgendwelche zusätzlichen Maßnahmen. Der Ministerpräsident sagt in einem Interview von diesem Sommer, bei dpa nachzulesen, ich zitiere Frau Präsidentin: „Wir können einmalige Effekte nutzen, um zu investieren“. Schön, ja wofür steht denn eigentlich die CDU? Ich würde mir wünschen, dass der Ministerpräsident ein Machtwort spricht und einfach einmal die Richtung weist, wo es wirklich langgehen soll. Schönen Dank!

(Beifall SPD)

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Für die Fraktion DIE LINKE hat sich Abgeordneter Huster zu Wort gemeldet.

Abgeordneter Huster, DIE LINKE:

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Mohring, ich muss auf Sie eingehen, wenngleich ich Ihre Demagogie hier in diesem Haus bisweilen widerlich finde,

(Beifall DIE LINKE)

und mich stört, wie Sie hier mit Vorschlägen im Haus umgehen. Ich meine nämlich auch, dass es ein Grundsatz unserer Arbeit sein sollte, auch wenn man im Inhalt dem Vorschlag einer Fraktion nicht folgen kann, man dennoch den nötigen Respekt für die Fraktion hier auch darstellen kann. Das kann man insbesondere von der Mehrheitsfraktion erwarten, und das kann man insbesondere bei dieser Thematik erwarten, Herr Mohring. Wenn Sie nicht begreifen, dass das, was Sie in den letzten Jahren hier in Reinform, insbesondere in Thüringen in Reinform gepredigt haben, dabei ist, sich zu delegitimieren durch Praxis, weil weltweit der Nachweis erbracht wird, dass Ihre reine Lehre der letzten 20 Jahre nicht funktioniert und die Menschen letztlich in Armut führt, dann sollten Sie hier mit Vorschlägen anderer Fraktionen einfach demütiger umgehen, finde ich.

(Beifall DIE LINKE)

Ihre Versuche, hier jede Debatte, immer dann, wenn es eng wird für Sie, in eine Vergangenheitsdebatte zu führen - Sie wissen, Sie können mit uns über Vergangenheit trefflich streiten, wir werden uns da auch nie einig sein -, aber ich glaube, Ihre Versuche, heutige gesellschaftliche Probleme, extreme Probleme, immer dadurch wegzubügeln, indem Sie auf die Erfahrung des real existierenden Sozialismus zurückkehren und damit alles, was heute kritisch zu diskutieren ist, abbügeln, diese Versuche sind durchsichtig und sie werden von den Menschen immer weniger begriffen, weil ihnen das heute nicht weiterhilft.

(Beifall DIE LINKE)

Herr Mohring, ich greife einen Gedanken aus der letzten Plenarsitzung auf: Das, was heute in Scherben liegt, ist doch der Glaube der Menschen an Ihr Leitbild der sozialen Marktwirtschaft, das nach meiner festen Überzeugung darin bestand, dass es zwischen Kapital und Arbeit einen Interessenausgleich geben muss, um Reichtum zu begrenzen und nicht, weil man den Reichen etwas wegnehmen will und man denen das nicht gönnt, sondern weil man aus den Erfahrungen, die zum Zweiten Weltkrieg führten, erkannt hat, dass zu viel Reichtum für eine demokratische Gesellschaft ein viel zu hohes Risiko darstellt und dass dieser Reichtum durch die Steuerpolitik eines handlungsfähigen Staates zu begrenzen ist und dass die Mittel, die man dadurch gewinnt, einzusetzen sind, um die Chancengleichheit der Benachteiligten in der Gesellschaft zu erhöhen. Das war das Ordnungsmodell der sozialen Marktwirtschaft in der alten Bundesrepublik/West. Es ist wichtig, darauf hinzuweisen, dass die Menschen heute nicht nachvollziehen können, dass die heutige Realität irgendetwas noch gemeinsam haben soll mit dem postulierten Ordnungsmodell der sozialen Marktwirtschaft aus den 50er-Jahren.

(Beifall DIE LINKE)

Herr Mohring, wenn Sie heute nicht dazu Stellung beziehen können; das ist eine der zentralen gesellschaftspolitischen Herausforderungen für alle demokratischen Parteien und Sie werden dazu glaubwürdig Stellung beziehen müssen. Genauso verhält es sich im Detail mit unserem Ansinnen, die Frage zu stellen: Kann denn aus dem Finanzmarktstabilisierungsgesetz, das bisher für den Bankensektor gestrickt ist, um größere Schäden abzuwenden, nicht ein Teil mit für die Bereiche in der Gesellschaft zur Verfügung gestellt werden oder in Aussicht gestellt werden, sprich in Form von Bürgschaftsrahmen, also die realwirtschaftlichen Bereiche der Gesellschaft, die uns hier genauso stark tangieren sollten, wie die Schicksale der Banken? Da ist doch ganz klar, dass man die Frage stellen muss: Soll dieser Bürgschaftsrahmen nicht erweitert werden, beispielsweise für

Unternehmen in Not auch hier in Thüringen? Herr Mohring, Sie werden um eine Antwort auf diese Frage nicht herumkommen. Wenn Sie es nicht innerhalb des sogenannten 500-Mrd.-Pakets beantworten können, werden Sie es beantworten müssen mit eigenen Maßnahmen hier im Land Thüringen. Ein paar Vorschläge haben wir Ihnen heute gemacht und wir werden Ihnen in den Beratungen der nächsten Woche, so beispielsweise im Haushalts- und Finanzausschuss, weitere Vorschläge machen. Ich gehe davon aus, dass Sie dann sachlicher mit diesen Vorschlägen umgehen müssen, als Sie es jetzt hier in der Debatte getan haben. Danke schön.

(Beifall DIE LINKE)

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Seitens der Abgeordneten liegen mir jetzt keine weiteren Redeanmeldungen vor. Für die Landesregierung Minister Reinholz, bitte.

Reinholz, Minister für Wirtschaft, Technologie und Arbeit:

Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren, DIE LINKE hatte im letzten Plenum noch in guter Parteischultradition das Hohelied vom Kampf Kapital gegen Arbeit gesungen. Dieses Mal möchte Sie also Maßnahmen ergriffen wissen, um dem Kapital - in ideologiefreiem Deutsch, also den Unternehmen - unter die Arme zu greifen. Eine solche Kehrtwende, meine Damen und Herren von der Linkspartei, ist natürlich legitim,

(Unruhe DIE LINKE)

sie wäre sogar erfreulich, wenn sie die ehrliche Einsicht enthielte, dass nicht alle Unternehmer im Land böse Kapitalisten sind, sondern ziemlich hart für ihr Geld arbeiten müssen.

(Zwischenruf Abg. Buse, DIE LINKE:
Stellen Sie sich vor, das weiß DIE
LINKE!)

Mit dieser Einsicht wären Sie wohl voll auf der Seite der Landesregierung. Aber irgendwie kann man sich natürlich des Eindrucks nicht erwehren, dass es Ihnen immer noch darum geht, mal wieder mächtig gewaltig auf den bösen Finanzmarktkapitalismus und den sogenannten Neoliberalismus zu schimpfen, der in unserem Land angeblich an der Tagesordnung ist. Wir haben das eben in epischer Breite gehört. Das hat sich auch schon im Punkt IV Ihres Antrags abgezeichnet, in dem Sie eine Millionärssteuer und die Weiterentwicklung, also Erhöhung der Erbschaftssteuer, fordern.

Was glauben Sie denn eigentlich, wen Sie da am meisten treffen? Natürlich die Unternehmen in diesem Land, für die Sie in Punkt II Ihres Antrags gerade noch ein Hilfsprogramm gefordert haben. Das ist aus meiner Sicht schon etwas mehr als schizophren, aber so ist offensichtlich Ihr gesamtes Verständnis von der Politik.

(Beifall CDU)

Deshalb gleich vorweg: Wir brauchen weder eine Millionärsabgabe, die wichtige Steuerzahler und Investoren aus unserem Land vertreibt, noch die Erhöhung der Erbschaftsteuer, die die Weiterführung der mittelständischen Betriebe dann nur noch erschwert. Lassen Sie Ihre Forderung ganz einfach in der Mottenkiste verschwinden, da haben Sie schon das halbe Hilfsprogramm, für das Sie sich angeblich so intensiv einsetzen.

Noch ein Wort zum Thema „Millionärssteuer“ und zum Thema „Umverteilung“: In der DDR gab es bekanntlicherweise keinen Armutsbericht. Beim Umtausch der DDR-Mark in die DM ist dann aber - das können Sie bei der Deutschen Bundesbank nachlesen - herausgekommen, dass 10 Prozent der Kontoinhaber über 60 Prozent des Geldvermögens verfügt haben. Genau das Gleiche, was wir heute auch haben und genau das, was Sie seinerzeit 40 Jahre lang auch befürwortet haben.

Noch eines: Unser Wirtschaftssystem ist kein entfesselter Turbokapitalismus, wie Sie das so gern darstellen, sondern eine soziale Marktwirtschaft, die gegenüber allen anderen Systemen einen einzigen riesigen Vorteil hat, sie erlaubt es nämlich, das nicht ganz einfache Verhältnis zwischen Staat und Markt immer wieder auch neu auszutarieren. Das macht ihre Handlungsfähigkeit und ihre Offenheit für neue Lösungen aus, wie es auch in der jetzigen Krise wieder gut unter Beweis gestellt worden ist. Die Ursachen dieser Krise liegen nicht in der sozialen Marktwirtschaft, sondern in der Maßlosigkeit einiger einzelner Akteure und in unzureichenden internationalen Standards und Regeln für ganz bestimmte Märkte.

(Zwischenruf Abg. Dr. Scheringer-Wright,
DIE LINKE: Lesen Sie doch mal ... für
Westdeutschland.)

Die soziale Marktwirtschaft ist in der Lage, genau solche Verwerfungen auch zu korrigieren, und das ist unbestritten ihre Stärke. Das Einzige was Ihr sozialistisches Gegenangebot bislang aufzuweisen hat, ist eine grandiose Bauchlandung nach 40 Jahren Mangelwirtschaft mit verheerenden Folgen für Millionen von Menschen.

Darauf, meine Damen und Herren, glaube ich, können wir alle, wie wir hier sitzen, erneut verzichten.

(Beifall CDU)

Was nun die Auswirkungen der Finanzmarktkrise auf die Thüringer Wirtschaft angeht, so stellt sich die Situation folgendermaßen dar: Weltweit und auch in Deutschland gibt es bereits seit ungefähr einem Jahr Anzeichen einer zyklischen konjunkturellen Abschwächung. Diese Abschwächung ist nicht nur durch die Finanzmärkte verursacht. Sie kann und wird aber auch diesen Trend verstärken. Dem kann sich natürlich Thüringen nicht entziehen. Nach den vorliegenden Daten präsentiert sich die Thüringer Wirtschaft insgesamt als vergleichsweise robuste Verfassung. Sie kennen die Zahlen: Im 1. Halbjahr lag das Wirtschaftswachstum bei sehr guten 2,4 Prozent. Die Industrie hatte in den ersten acht Monaten ihre Umsätze um überdurchschnittliche 8,0 Prozent und das Baugewerbe sogar um 12,6 Prozent gesteigert. Auch das laufende Fördergeschäft bestätigt dieses Bild; bis zum 30. September wurden in der GA rund 300 Investitionsprojekte bewilligt, weitere 250 Anträge auf Investitionsförderung liegen uns derzeit vor. Auch im GuW-Plus und im Förderprogramm Thüringen Invest bewegt sich der Antragsingang auf Vorjahresniveau bzw. darüber. Gerade heute Nachmittag werde ich einen Förderbescheid an ein größeres Thüringer Unternehmen übergeben, was dann über 10 Mio. € investieren wird. Es zeigt sich also, von einer schweren Störung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts, die die Partei der LINKEN mit Ihrem Antrag wohl gern herbeireden würden, kann definitiv keine Rede sein. Da müssen Sie schon andere Gründe suchen, mit denen Sie Ihre unsoziale Verschuldungspolitik rechtfertigen wollen. Die Wachstumsdynamik hat zwar in den vergangenen Monaten nachgelassen, aber ein wirtschaftlicher Einbruch ist bisher einfach nicht zu erwarten.

Meine Damen und Herren, zurzeit gibt es vor allem große Verunsicherung und viele Spekulationen darüber, wie es weitergehen wird. Konkrete Beispiele von wegbrechenden Aufträgen oder unternehmerischen Schwierigkeiten, die sich kausal und ausschließlich auf die Bankenkrise zurückführen lassen, sind allerdings noch die Ausnahme. Aus meiner Sicht lässt sich vor allem die sinkende Nachfrage auf wichtigen deutschen Exportmärkten wie den USA, Großbritannien und Spanien zumindest zum Teil auf die Finanzmarkt- und Immobilienkrise zurückführen, von der diese Länder besonders betroffen sind. Die Verbraucher halten ihr Geld zusammen, weil sie unsicher sind, wie es weitergeht. Das bekommt dann mittelbar auch die Thüringer Wirtschaft zu spüren, wie sich das derzeit bereits im Automobilzulieferbereich auch zeigt. Allerdings ist auch hier nicht ganz klar, welche Entwicklung tatsächlich der Finanzmarktkri-

se und welche der weltweiten Konjunkturabschwächung oder ganz und gar anderen Faktoren wie die Unsicherheit über künftige Vorgaben zum Klimaschutz geschuldet sind. Zu erwarten ist auch, dass die Krise sich auf die Unternehmensfinanzierung auswirken wird. Die Banken werden an die Bonität der Kreditnehmer höhere Anforderungen stellen. Auch wird sich die Finanzierung tendenziell verteuern. Derzeit kann aber von einer Verschlechterung der Finanzierungssituation bei Unternehmensinvestitionen noch keine Rede sein. Ohnehin profitiert Thüringen von seiner eher kleinteiligen Bankenlandschaft, die im Gegensatz zu anderen Bundesländern von Sparkassen und Genossenschaftsbanken dominiert wird. Die Finanzministerin hat sich dazu ja auch geäußert.

Fazit also, meine Damen und Herren: Es gibt derzeit nur wenige konkret greifbare Auswirkungen der Finanzmarkturbulenzen auf die Thüringer Wirtschaft. Die sich abzeichnenden Probleme der Automobilindustrie sind vor allem eine Absatzkrise, die durch die weltweite, abflauende Konjunktur und die daraus verursachten drastischen Nachfragerückgänge ausgelöst wurden. Die Finanzmarktkrise kann diese Tendenzen aber verstärken, zuallererst dadurch, dass es zu einer Verunsicherung der Verbraucher kommt. Die Folge wäre: Es werden noch weniger Autos oder andere Konsumgüter gekauft. Es ist deshalb, denke ich, gut, dass die Bundesregierung mit ihrem Maßnahmenpaket zur Stabilisierung des Bankensektors schnell und entschlossen reagiert hat. Sie trägt so dazu bei, das notwendige Vertrauen bei Banken, Unternehmen und Bürgern wieder herzustellen und sie hat damit die wesentlichen Voraussetzungen geschaffen, um die gesamtwirtschaftlichen Auswirkungen der Krise zu begrenzen.

Darüber hinaus gibt es auch andere Faktoren, die zu einer Stabilisierung der Konjunktur beitragen können. Dazu gehört aktuell der deutlich gesunkene Ölpreis, ebenso wie die Abwertung des Euros oder gar sinkende Leitzinsen. Ganz generell an dieser Stelle ist auch festzuhalten, die Thüringer Wirtschaft ist gut aufgestellt und wird eine konjunkturelle Schwächephase auch verkraften. Unsere überwiegend mittelständischen Unternehmen können sich schnell und flexibel - das wissen wir alle - an neue Anforderungen anpassen. Auch macht die Branchenvielfalt unsere Wirtschaft insgesamt natürlich weniger krisenanfällig. Für Untergangsszenarien, wie sie die LINKE immer wieder an die Wand malt, um daraus dann politisches Kapital zu schlagen, ist deshalb kein Platz. Was wir stattdessen brauchen, das ist die Politik des kühlen Kopfes. Politik des kühlen Kopfes heißt vor allem, wir müssen die Krise ernst nehmen, aber wir dürfen sie nicht zur Katastrophe hochreden. Wir müssen machbare und sinnvolle Maßnahmen ergreifen, aber wir dürfen nicht - wie Sie das gern hätten - in hektischen Aktionismus verfal-

len.

Selbstverständlich waren wir als Landesregierung nicht untätig, sondern wir haben unsere Hausaufgaben längst gemacht.

(Zwischenruf Abg. Becker, SPD:
Wie immer.)

Thüringen verfügt heute bereits über ein ausgewogenes Förderinstrumentarium, mit dem mögliche Finanzierungsengpässe vermieden werden können. Dazu zählen u.a. zinsbegünstigte Kredite zur Investitions- und Betriebsmittelfinanzierung wie zum Beispiel das GuW-Plus oder die Bürgschaftsprogramme des Landes. Mit der Investitionsförderung tragen wir dazu bei, dass die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen sich verbessert. Wir müssen also, denke ich, das Rad nicht neu erfinden, aber wir können es noch ein wenig auswuchten, damit es auch zukünftig ordentlich rund läuft. Deshalb wollen und werden wir genau an dieser Stelle auch ansetzen, um im Hinblick auf mögliche Auswirkungen der Finanzkrise Erleichterungen für die Thüringer Wirtschaft zu erreichen. Der Ministerpräsident hat die Punkte bereits genannt. Wir werden den Anwendungsbereich des Programms GuW-Plus für Fälle, in denen Unternehmensfinanzierungen aufgrund der Finanzmarktkrise infrage gestellt sind, für einen begrenzten Zeitraum erweitern, indem wir den Darlehenshöchstbetrag von derzeit 750.000 € auf 2 Mio. € erhöhen und das Programm zugleich für Unternehmen öffnen, die keine KMU im Sinne der Europäischen Kommission sind. Mit dem Bund haben wir bereits abgestimmt, dass bei Investitionsvorhaben, die aus der GA gefördert werden sollen, eine Erhöhung des GA-Zuschusses und die Übernahme einer GA-Bürgschaft möglich ist, wenn sich herausstellen sollte, dass die Finanzierung des Vorhabens aus Gründen, die auf die Finanzmarktkrise zurückzuführen sind, nach Antragstellung, aber vor Bewilligung scheitern könnte. Zudem haben wir beim Bund zusätzliche Spielräume und Handlungsmöglichkeiten ausgelotet und dabei insbesondere über eine vorübergehende Lockerung des GA-Förderrechts und des Beihilferechts gesprochen. Zu dem Thema werde ich mich auch mit meinen Kollegen auf der nächsten Wirtschaftsministerkonferenz noch abstimmen.

Schließlich wollen wir in Zukunft auch die bestehenden Bürgschaftsprogramme - die spielten heute in der Diskussion ja mehrfach eine Rolle - noch offensiver bewerben und stärker anbieten, als das bisher der Fall ist und auch notwendig war. Bürgschaften sind nämlich genau das richtige Instrument für die erwartete Situation. Sie ermöglichen Vorhaben oder Finanzierungen, die die Hausbanken unter Umständen nicht mehr auf eigenes Risiko begleiten können

oder auch wollen. Die Finanzministerin hat sich auch dazu umfangreich geäußert.

Ich will nur noch darauf hinweisen, dass auch eine Kombination dieser verschiedenen Förderprogramme durchaus möglich ist und sich anbietet. Was derzeit, meine Damen und Herren, natürlich nicht geht, das ist am EU-Beihilferecht vorbei mal eben neue Hilfsprogramme für in Not geratene Unternehmen ins Lebens zu rufen. Ganz und gar unsinnig ist dagegen aus unserer Sicht, durch Steuererhöhung und neue Schulden Konjunkturstrohfeuer über ein sogenanntes Konjunkturprogramm zu entfachen, die dann schnell auch wieder verpuffen und relativ wenig bringen. Im Übrigen, meine Damen und Herren, fordern auch die Kammern und Verbände gerade kein Konjunkturprogramm.

Gleichwohl unterstützen wir die Überlegung der Bundesregierung, Maßnahmen zur Entlastung der Verbraucher zu ergreifen und damit das Vertrauen in die Konsumkraft zu stärken. Dabei ist ein Vorziehen der Absetzbarkeit der Krankenkassenbeiträge ebenso sinnvoll wie eine Senkung der Lohnnebenkosten. Die Umsetzung dieser Maßnahmen tragen wir deshalb auch mit.

Meine Damen und Herren, ich fasse zusammen: Die Auswirkungen der Finanzmarktkrise auf die Thüringer Wirtschaft halten sich derzeit noch in einem überschaubaren Rahmen. Allerdings gibt es seit Längerem Anzeichen für eine Abschwächung der Weltkonjunktur. Die Zuspitzung der Finanzkrise wird diese Tendenz weiter verstärken. Davon kann sich am Ende auch Thüringen nicht abkoppeln. Wir müssen also mit einem Dämpfer für die Wirtschaftsentwicklung in Thüringen rechnen. Ein wirtschaftlicher Einbruch ist jedoch aus heutiger Sicht nicht zu erwarten. Grund für Panikreaktionen und blinden Aktionismus gibt es deshalb nicht.

Und noch einmal: Was wir brauchen, ist die Politik des kühlen Kopfes. Die Landesregierung analysiert die Situation gemeinsam mit allen relevanten Akteuren regelmäßig und hat bereits die Weichen gestellt, um den Unternehmen im Land gegebenenfalls zusätzliche Unterstützung anbieten zu können.

Nicht ausmalen möchte man sich dagegen, wie das Hilfsprogramm für die Wirtschaft aussehen würde, das die Steuer- und Neuverschuldungspartei der LINKEN auflegen würde. Es genügt, sich zwei, drei Aussagen von Ihnen in der letzten Plenarsitzung mal wieder vor Augen zu rufen. Herr Huster hat der Landesregierung und der CDU-Fraktion vorgeworfen, dass die Steuerpolitik, die wir unterstützen, zu Entlastungen geführt hat. Er findet das offenbar überhaupt nicht gut. Herr Hausold hat beklagt, dass der Staat sich dank unserer Politik zurückgenommen hat

und er ist traurig über unsere - so wörtlich - „Deregulierungswut“. Das alles zeigt doch, wie ernst Sie es mit Ihrem Hilfsprogramm für die Unternehmen nun tatsächlich meinen. Sie setzen auf mehr Steuern, mehr Schulden, mehr Regulierung. Da kann ich Ihnen nur eins sagen: mit uns nicht! Sie mögen sich ja mittlerweile DIE LINKE nennen, aber linken lassen wir uns von Ihnen deshalb noch lange nicht.

(Beifall CDU)

Zum Schluss noch ein paar Worte zu Ihrem Wahlprogramm vom Wochenende. Hier und heute fordern Sie uns auf, Hilfsprogramme für die Unternehmen aufzulegen und am Wochenende zuvor entwerfen Sie ein Regierungsprogramm, in dem Sie den Unternehmen neue Belastungen auferlegen.

(Unruhe DIE LINKE, SPD)

Das ist doch für meine Begriffe hochgradig schizophren. Aber so sind Sie nun mal, meine Damen und Herren von der Linkspartei, konzeptlos, ahnungslos, aber dafür in alter SED-Manier hochgradig populistisch und das ohne jeden Inhalt. Danke.

(Beifall CDU)

(Zwischenruf Abg. Hauboldt, DIE LINKE:
Dicker geht es nicht mehr.)

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Es liegen mir keine weiteren Redeanmeldungen vor. Damit kann ich die Aussprache sowohl zu dem Bericht als auch zu den weiteren Sachverhalten in den drei Anträgen schließen.

Zunächst frage ich, ob ich davon ausgehen kann, dass das Berichtersuchen erfüllt ist. Dagegen erhebt sich kein Widerspruch.

Nun kommen wir zu den Abstimmungen. Als Erstes rufe ich den Antrag der Fraktion DIE LINKE auf, und zwar dort die Nummern II bis V, Ausschussüberweisung ist nicht beantragt worden und demzufolge stimmen wir darüber ab. Wer für die Nummern II bis V aus dem Antrag der Fraktion DIE LINKE votieren möchte, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. Danke schön. Ich frage nach den Gegenstimmen. Das ist eine Mehrheit von Gegenstimmen. Ich frage noch nach den Enthaltungen. Es gibt eine ganze Reihe von Enthaltungen. Mit einer Mehrheit von Gegenstimmen sind diese Ziffern II bis V aus dem Antrag der Fraktion DIE LINKE abgelehnt.

Nun komme ich zur Abstimmung zu den Nummern 2 bis 4 des Alternativantrags der Fraktion der SPD. Dort ist auch keine Ausschussüberweisung bean-

tragt worden. Herr Abgeordneter Blechschmidt, ein Geschäftsordnungsantrag?

Abgeordneter Blechschmidt, DIE LINKE:

Danke, Frau Präsidentin. Namens meiner Fraktion wünschen wir, dass der Punkt 5 in dem Antrag extra abgestimmt wird.

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Ja, dagegen erhebt sich kein Widerspruch. Demzufolge rufe ich als Erstes auf aus dem Antrag der Fraktion der SPD in Drucksache 4/4554 die Nummern 2, 3, 4, 6. Wer diesen zustimmt, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. Danke schön. Die Gegenstimmen bitte. Danke. Gibt es hier Stimmenthaltungen? Es gibt einige Stimmenthaltungen und eine Mehrheit von Gegenstimmen hat diese Ziffern abgelehnt.

Nun stimmen wir aus dem eben genannten Antrag über die Ziffer 5 ab. Wer diesem zustimmen möchte, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. Danke schön. Ich frage jetzt nach den Gegenstimmen. Danke schön. Das ist eine Mehrheit von Gegenstimmen. Ich frage auch nach den Stimmenthaltungen. Es gibt etliche Stimmenthaltungen. Die Ziffer 5 ist damit auch abgelehnt.

Nun kommen wir zum Alternativantrag der Fraktion der CDU. Auch hier ist keine Ausschussüberweisung beantragt worden, so dass wir direkt darüber abstimmen. Auch hier gibt es einen Geschäftsordnungsantrag seitens der Fraktion DIE LINKE. Herr Abgeordneter Blechschmidt, bitte.

Abgeordneter Blechschmidt, DIE LINKE:

Danke, Frau Präsidentin. Bei diesem Antrag hätten wir gern den Punkt 4 extra abgestimmt.

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Dann machen wir das wie eben, wir stimmen zunächst ab ... Ein Geschäftsordnungsantrag seitens der Fraktion der SPD. Herr Abgeordneter Höhn, bitte.

Abgeordneter Höhn, SPD:

Frau Präsidentin, namens meiner Fraktion beantrage ich, den gesamten Antrag der Fraktion der CDU in Einzelabstimmung zu absolvieren, alle Punkte.

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Dann ist das ein weitergehender Antrag, den wir so behandeln werden, wenn es keinen Widerspruch gibt. Also rufe ich zuerst auf aus dem Antrag in Druck-

sache 4/4555 den Punkt 1. Wer dafür stimmt, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. Danke schön. Ich frage nach den Gegenstimmen. Gegenstimmen gibt es keine. Stimmenthaltungen? Gibt es einige. Eine Mehrheit hat diesen Punkt 1 angenommen.

Ich frage nun nach der Nummer 2 aus dem genannten Antrag. Wer dem zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. Das ist eine Mehrheit. Ich frage nach den Gegenstimmen. Es gibt eine Reihe von Gegenstimmen. Ich frage nach den Stimmenthaltungen. Es gibt 1 Stimmenthaltung, 2 Stimmenthaltungen. Aber dieser Punkt ist mit Mehrheit angenommen.

Ich frage nach dem Votum zu Punkt 3 aus dem Antrag in Drucksache 4/4555. Wer dafür stimmt, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. Danke schön. Das ist eine Mehrheit. Ich frage nach den Gegenstimmen. Das ist eine ganze Reihe von Gegenstimmen. Ich frage nach den Stimmenthaltungen. Es gibt keine Stimmenthaltungen. Die Nummer 3 ist damit angenommen.

Ich frage nun nach dem Votum zu Punkt 4 aus dem genannten Antrag. Wer dafür ist, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. Das ist eine Mehrheit. Ich frage nach den Gegenstimmen. Es gibt keine Gegenstimmen. Ich frage nach den Stimmenthaltungen. Es gibt einige wenige Stimmenthaltungen. Die Nummer 4 ist angenommen.

Ich frage nun zu dem Votum zu Punkt 5. Wer dafür ist, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. Danke schön. Ich frage nach den Gegenstimmen. Es gibt etliche Gegenstimmen. Ich frage nach den Stimmenthaltungen. Es gibt auch etliche Stimmenthaltungen. Mit einer Mehrheit ist dieser Punkt 5 angenommen.

Damit sind alle fünf Punkte aus dem Antrag und damit der Antrag der CDU-Fraktion angenommen.

Ich schließe diesen Tagesordnungspunkt der heutigen Sitzung und möchte bekannt geben, dass die nächsten planmäßigen Plenarsitzungen am 13. und 14. November 2008 stattfinden. Die Präsidentin wird dem Ältestenrat vorschlagen - ich bitte, diesen Gedanken für sich aufzunehmen -, am 12. November eine zusätzliche Plenarsitzung durchzuführen, weil wir noch sehr viele Tagesordnungspunkte offen haben. Der Ältestenrat wird in seiner Sitzung in der nächsten Woche am 4. November dazu beraten.

Ich wünsche Ihnen noch einen angenehmen Arbeitstag.

Ende der Sitzung: 13.29 Uhr